



JET-SET

Die Einführung von Emissionshandelssystemen als sozial-ökologischer Transformationsprozess

Joint Emissions Trading as a Socio-Ecological Transformation

Klimapolitik und Gender
Eine Sondierung möglicher Gender Impacts
des Europäischen Emissionshandelssystems

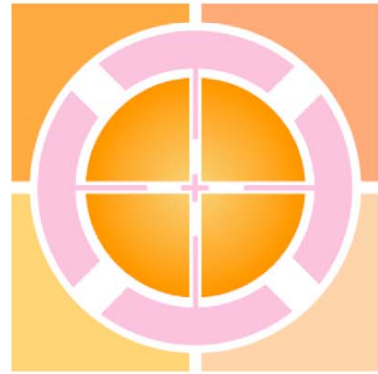
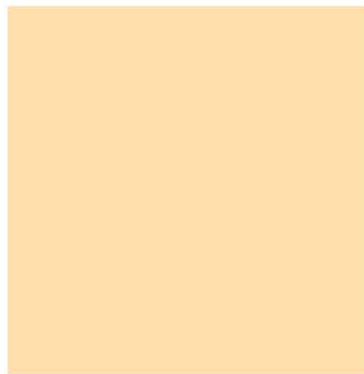
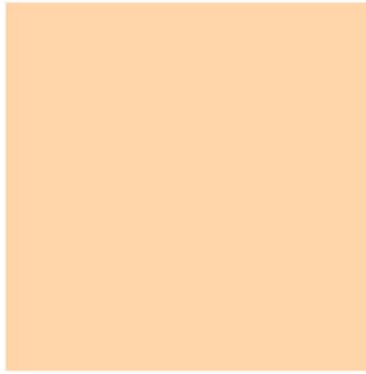
Ulrike Röhr, Irmgard Schultz, Gudrun Seltsmann und Immanuel Stiess

Arbeitspapier II/05

JET-SET 

ist ein Verbundvorhaben im Rahmen der
BMBF-Förderinitiative „Sozial-ökologische Forschung“





JET-SET



Die Einführung von Emissionshandelssystemen als sozial-ökologischer Transformationsprozess

Joint Emissions Trading as a Socio-Ecological Transformation

Wissenschaftszentrum
Nordrhein-Westfalen
Institut Arbeit
und Technik



Kulturwissenschaftliches
Institut
Wuppertal Institut für
Klima, Umwelt, Energie

Dr. Ralf Schüle (*Koordination*)
Dipl. Vw. Christiane Beuermann
Dipl. Umw. Wiss. Bernd Brouns
Dipl. Soz. Tilman Santarius
Wolfgang Sterk, M.A.
Dipl. Geogr. Renate Duckat
Marcel Braun, M.A.
Dr. Hermann E. Ott
Prof. Dr. Joseph Alcamo
Dr. Janina Onigkeit

ralf.schuele@wupperinst.org
christiane.beuermann@wupperinst.org
bernd.brouns@wupperinst.org
tilman.santarius@wupperinst.org
wolfgang.sterk@wupperinst.org
renate.duckat@wupperinst.org
marcel.braun@wupperinst.org
hermann.ott@wupperinst.org
alcamo@usf.uni-kassel.de
onigkeit@usf.uni-kassel.de



Dipl. Vw. Niels Anger
Prof. Dr. Christoph Böhringer
Dr. Ulf Moslener
Dipl. Wi.-Ing. Marcus Stronzik
Dipl. Wi.-Ing. Marion Hitzeroth
Dr. Irmgard Schultz
Dr. Immanuel Stiess

anger@zew.de
boehringer@zew.de
moslener@zew.de
stronzik@zew.de
hitzeroth@zew.de
schultz@isoe.de
stiess@isoe.de



Dipl. Ing. Markus Duscha
Dipl.-Ing. Hans Hertle

duscha@ifeu.de
hertle@ifeu.de

Wuppertal, Januar 2005

Inhaltsverzeichnis

1	<i>DAS PROJEKTMODUL „GENDER IMPACTS VON KLIMASCHUTZ UND EMISSIONSHANDEL“</i>	4
1.1	Einleitung	4
1.2	Genderdimensionen der Klimapolitik – Sondierung möglicher Gender Impacts des europäischen Emissionshandelssystems	4
2	<i>DIE GENDERDIMENSION IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN FORSCHUNG</i>	6
2.1	Zum theoretischen Verständnis der Kategorie „Geschlecht“ in der sozial-ökologischen Forschung	7
2.2	Zum politischen und normativen Gehalt der Kategorie ‚Geschlecht‘	13
2.3	Literatur	22
3	<i>GESCHLECHTERVERHÄLTNISSE IN DEN INTERNATIONALEN KLIMASCHUTZVERHANDLUNGEN</i>	24
3.1	Einleitung	24
3.2	Historischer Überblick: Frauen auf den UN-Vertragsstaatenkonferenzen zum Klimaschutz	25
3.3	Quantitative Beteiligung von Frauen an den UN-Klimaverhandlungen und deren Auswirkungen	27
3.4	Geschlechterverhältnisse als Thema bei den Klimaverhandlungen	31
3.5	Klimaverhandlungen: Inhaltliche Genderaspekte und Anknüpfungspunkte aus Gendersicht	33
3.6	Positionen zu den ‚flexiblen Mechanismen‘ des Kyoto-Protokolls	35
3.7	Schlussbemerkung	38
3.8	Literatur	39
4	<i>GENDER ISSUES VON KLIMAWAHRNEHMUNG UND KLIMAWANDEL – MIT EINEM EXKURS ZUR DEBATTE ÜBER DIE PARTIZIPATIONS-MÖGLICHKEITEN AN EMISSIONSHANDELSSYSTEMEN</i>	41
4.1	Einleitung	41
4.2	Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik	42

4.3	Genderspezifische Auswirkungen des Klimawandels	46
4.4	Exkurs: Zur Debatte über die Partizipationsmöglichkeiten an Emissionshandels- systemen	49
4.5	Schlussbemerkung.....	51
4.6	Abkürzungen und Literatur	53
5	<i>EINE METHODE ZUM IDENTIFIZIEREN VON GENDER IMPACTS IN DER SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN FORSCHUNG</i>	57
5.1	Das Gender Impact Assessment.....	57
5.2	Zur Methode des Identifizierens von „Gender Issues“ in der sozial-ökologischen Forschung	58
5.3	Erste Genderdimension: die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung.....	59
5.4	Zweite Genderdimension: die gesellschaftliche Organisation der Privatbeziehungen, der Reproduktion (Prokreation), der Gesundheit und der Körperbelange	61
5.5	Dritte Genderdimension: Gestaltungsmacht von Frauen und Männern in Wissenschaft, Technik und Politik	62
5.6	Forschungsfragen für die erste Phase des Verbundvorhabens JET-SET.....	64
5.7	Literatur	67
6	<i>AUSBLICK</i>	68
7	<i>SUMMARY.....</i>	70

Das Forschungsprojekt JET-SET

Ausgangsproblem

Die Unterzeichnung des Kyoto-Protokolls im Jahre 1997 markiert für die Entwicklung und Umsetzung der Klimapolitik in der Europäischen Union und in der Bundesrepublik Deutschland einen wichtigen Meilenstein: Seit diesem Zeitpunkt kommt der Konkretisierung und Einführung sog. flexibler Mechanismen – und hier insbesondere dem Handel mit Zertifikaten für Treibhausgasemissionen (kurz: Emissionshandel) zwischen den Industriestaaten – eine herausragende Rolle zu. Mit der Entwicklung von Emissionshandelssystemen (EHS) wird der in Europa bislang vorwiegend ordnungsrechtlich ausgerichteten Umweltpolitik ein marktwirtschaftliches Instrumentarium hinzugefügt, das in seiner Ausgestaltung auf nationaler Ebene neue gesellschaftliche Chancen und Risiken birgt. Über das Ausmaß der ökologischen, wirtschaftlichen, institutionellen und sozialen Folgewirkungen besteht jedoch weiterhin ein großer Informations- und Forschungsbedarf – und dies, obwohl hierzu bereits eine Reihe wirtschafts- bzw. politikwissenschaftlicher Studien vorliegen. Darüber hinaus besteht sowohl für die sog. 1. Kyoto-Verpflichtungsperiode zwischen 2008 und 2012 als auch für die Phase ab dem Jahre 2012 ein großes Informationsdefizit über die sektorale und geographische Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandelssystems.

Das vom BMBF geförderte Projekt „Emissionshandel als ein sozial-ökologischer Transformationsprozess“ (**JET-SET** – **J**oint **E**missions **T**rading as a **S**ocio-**E**cological **T**ransformation) befasst sich mit einer Analyse der Folgewirkungen der Implementierung des Emissionshandels in der EU und in Deutschland.

Zielsetzungen des Gesamtvorhabens

Dem Verbundvorhaben liegt die übergeordnete **Hypothese** zugrunde, dass die Einführung eines europäischen Emissionshandelssystems weit reichende sozial-ökologische Transformations- und Lernprozesse auslöst, die u.a.

- das institutionelle Setting klimapolitischer Maßnahmen auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene verändern,
- die Entscheidungsrationitäten und das Marktverhalten von Unternehmen maßgeblich beeinflussen,
- sich auf den öffentlichen Diskurs über – und die öffentliche Wahrnehmung von – (inter-) nationaler Klimapolitik auswirken und die sich schließlich
- auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse auswirken.

In dieser Hinsicht lässt sich die Einführung eines europäischen Emissionshandelssystems als ein Transformationsprozess begreifen, der gleichermaßen soziale und ökologische Dimensionen in ihren Wechselwirkungen umfasst.

Die **Zielsetzungen** des Verbundvorhabens liegen

- in der wissenschaftlichen Begleitung der Einführung eines EHS in der EU und der Bundesrepublik Deutschland,
- in einer integrierten Abschätzung und Bewertung ausgewählter (zu erwartender) ökonomischer, ökologischer und sozialer Folgewirkungen eines EHS,

- in der Formulierung von Empfehlungen für die Ausgestaltung eines künftigen EHS und schließlich in einer
- konzeptionellen und theoretischen Einbettung der Forschungsergebnisse in die interdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung.

Aufbau des Gesamtvorhabens

In der **Struktur des Gesamtvorhabens** spiegeln sich ein *analytisches* und ein *praktisch-politisches Element* sozial-ökologischer Transformationen durch die Einführung eines europäischen Emissionshandelssystems wider:

Eine **erste Projektphase** befasst sich in analytischer Perspektive mit den sich gegenwärtig abzeichnenden, durch ein europäisches EHS ausgelösten Transformationsprozessen. Entsprechend der Zielsetzungen befassen sich die Basisprojekte (BP) 1-4

- mit Transformationen der institutionellen Rahmenbedingungen im Bereich der europäischen Klimapolitik (BP 1),
- mit der Veränderung von Unternehmensstrategien (BP 2),
- mit der Veränderung von Diskursen und öffentlicher Wahrnehmung von Klimapolitik (BP 3)
- und mit Landnutzungsänderungen am Beispiel von Energiepflanzen (BP 4).

Weitere Bausteine liegen in der Entwicklung einer integrierten Forschungsperspektive für das Gesamtprojekt bzw. in der Sondierung von Gender-Aspekten internationaler Klimapolitik.

Die **zweite Projektphase** befasst sich mit den Potenzialen und Risiken einer Vernetzung des EU-Emissionshandelssystems mit anderen entstehenden Emissionshandelssystemen in Nicht-EU-Staaten und unternimmt eine integrierte Abschätzung und Bewertung dieser möglichen strategischen Verknüpfung von Systemen. Dabei werden folgende Fragestellungen bearbeitet.

- (1) Welche Länder planen momentan den Aufbau eines nationalen CO₂-Emissionshandelssystems? In welchen zeitlichen Dimensionen werden diese nationale Handelssysteme aufgebaut?
- (2) Welche ökonomischen Wirkungen (Kosten, Zertifikatspreis) lösen verschiedene Alternativen („storylines“) der Verknüpfung des EU-Systems mit anderen nationalen Systemen aus?
- (3) Können anspruchsvolle Emissionsreduktionsziele mit Hilfe der Verknüpfung von Emissionshandelssystemen für die Phase nach 2012 erreicht werden?
- (4) Welche institutionellen und prozeduralen Anforderungen müssen erfüllt sein, um potentielle Verknüpfungen verschiedener Emissionshandelssysteme zu ermöglichen?

Die Fragestellungen werden in vier Querschnittsprojekten behandelt:

- Querschnittsprojekt 1: Modelle und Politiksznarien von Vernetzungen
- Querschnittsprojekt 2: Beiträge zu ökologischen Stabilisierungszielen
- Querschnittsprojekt 3: Ökonomische und ökologische Wirkungen
- Querschnittsprojekt 4: Institutionelle und prozedurale Rahmenbedingungen

Rolle dieses Arbeitspapiers im Gesamtvorhaben

Das vorliegende Arbeitspapier ist Ergebnis des Ergänzungsprojekts 2, welches die Auswirkungen des Emissionshandels auf die unterschiedlichen Lebenszusammenhänge von Männern und Frauen untersucht. Das Papier wurde am Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) erstellt und spiegelt jeweils die Meinung der AutorInnen wieder.

1 Das Projektmodul „Gender Impacts von Klimaschutz und Emissionshandel“

1.1 Einleitung

Emissionshandelssysteme wurden bislang noch nicht unter genderspezifischen Fragestellungen betrachtet. Weder wurden mögliche Unterschiede in der Akzeptanz dieses Instruments bei Männern und Frauen untersucht, noch wurden mögliche Folgewirkungen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern und die Folgen für die Geschlechterverhältnisse erforscht. Hinzu kommt, dass geschlechterspezifische Fragestellungen in der Klimaforschung bislang generell nur eine geringe Beachtung gefunden haben.

Das vom Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) durchgeführte Ergänzungsprojekt nimmt eine Schlüsselstellung für die Integration der Gender-Perspektive in das Gesamtprojekt ein. In der ersten Arbeitsphase umfasst dies folgende Aufgaben:

1. Im Rahmen des Teilprojekts wird der Forschungsstand zum Thema klimapolitische Instrumente und Gender in dieser Sondierungsstudie aufgearbeitet.
2. Die Rechercheergebnisse werden aufbereitet und im Rahmen eines Vermittlungsworkshops zu „Gender Issues in der Klimaforschung und der Forschung zu EHS“ im Projektverbund präsentiert.
3. Gemeinsam mit den Projektpartnern werden die aus einer Gender-Perspektive relevanten Themen und Prüfkriterien identifiziert, die von den einzelnen Teilprojekten bearbeitet werden.
4. Nach Abschluss der ersten Arbeitsphase von JET-SET Mitte 2005 werden in der zweiten Projektphase die genderrelevanten Ergebnisse der einzelnen Teilprojekte zusammengetragen und bewertet.

1.2 Genderdimensionen der Klimapolitik – Sondierung möglicher Gender Impacts des europäischen Emissionshandelssystems

Vorbemerkung

Das vorliegende Diskussionspapier fasst die Ergebnisse der ersten Arbeitsphase des Ergänzungsprojekts „Gender Impacts von Klimaschutz und Emissionshandelssystemen“ zusammen.

Es dient der Sondierung möglicher „Gender Impacts“, das heißt, möglicher geschlechtsspezifischer Wirkungen des europäischen Emissionshandelssystems. Ziel einer solchen Betrachtung ist es, die Auswirkungen auf Frauen, auf Männer und auf die Geschlechterverhältnisse zu untersuchen, die mit der Einführung von EHS verbunden sind. Vor diesem Hintergrund sollen Empfehlungen zur Vermeidung negativer Folgen und zur Förderung positiver Effekte auf die Geschlechterverhältnisse entwickelt werden, die vom Projekt in die gemeinsamen Empfehlungen zur weiteren Ausgestaltung des EU-Emissionshandelssystems integriert werden. Dabei werden geschlechtsspezifische Wirkungen (Gender Impacts) als ein Indikator des sozial-ökologischen Transformationsprozesses betrachtet.

Emissionshandelssysteme (EHS) sind bislang noch nicht unter genderspezifischen Fragestellungen untersucht wurde. Bisher liegen folglich noch keine Studien oder Vorarbeiten vor, auf die zurückgegriffen werden könnte. In der ersten Arbeitsphase nimmt das Ergänzungsprojekt die Einführung des EU-Emissionshandelssystems daher als Rahmen und Anlass, um sich mit dem generellen Zusammenhang von Gender und Klimapolitik zu befassen. In diesem Diskussionspapier werden zuerst die wissenschaftsbezogenen Kontexte der Genderdimension innerhalb der sozial-ökologischen Forschung dargestellt. Daran anschließend werden geschlechterrelevante Aspekte des politischen Umfelds des europäischen Emissionshandelssystems im Hinblick auf zwei Themenfelder sondiert und dargestellt: erstens in Bezug auf die Teilnahme von Frauen und Männern an internationalen Verhandlungen der Klimapolitik, zweitens in Bezug auf mögliche geschlechtsspezifische Aspekte (Gender Issues) von Klimawahrnehmung und Klimawandel, die aus der Literatur erschließbar sind. Schließlich wird eine eigens für die sozial-ökologische Forschung entwickelte Methode der Integration von „Gender Issues“ in inter- und transdisziplinäre Projekte erläutert. Deren Anwendung zur Entwicklung von genderbezogenen Forschungsfragen wird beispielhaft am Verbundprojekt „JET-SET“ gezeigt.

Die Sondierung gliedert sich in die folgenden sechs Teile:

- I Die Genderdimension in der sozial-ökologischen Forschung (Irmgard Schultz)
- II Geschlechterverhältnisse in den internationalen Klimaschutzverhandlungen (Ulrike Röhr)
- III Gender Issues von Klimawahrnehmung und Klimawandel – mit einem Exkurs zur Debatte über die Partizipationsmöglichkeiten an Emissionshandelssystemen (Gudrun Seltsmann)
- IV Eine Methode zum Identifizieren von Gender Impacts in der sozial-ökologischen Forschung (Irmgard Schultz/Immanuel Stieß)
- V Ausblick (Irmgard Schultz/Immanuel Stieß)
- VI Summary

2 Die Genderdimension in der sozial-ökologischen Forschung

Irmgard Schultz, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

Das Projekt JET-SET wird durch das Bundesforschungsministerium Deutschlands im Programm Sozial-ökologische Forschung (SÖF) gefördert. Das Programm bezieht sich auf die inter- und transdisziplinäre Nachhaltigkeitsforschung, die sich in den letzten Jahren als ein neuer akteurs- und problemorientierter Forschungstyp herausgebildet hat: „Soziale Ökologie ist die Wissenschaft von den Beziehungen der Menschen zu ihrer jeweiligen natürlichen und gesellschaftlichen Umwelt. In der sozial-ökologischen Forschung werden die Formen und Gestaltungsmöglichkeiten dieser Beziehungen in einer disziplinübergreifenden Perspektive untersucht. Ziel der Forschung ist es, Wissen für gesellschaftliche Handlungskonzepte zu generieren, um die zukünftige Reproduktions- und Entwicklungsfähigkeit der Gesellschaft und ihrer natürlichen Lebensgrundlagen sichern zu können.“ (ISOE 1999, S. 13)

Das konzeptionelle Gerüst der sozial-ökologischen Forschung wird im Förderprogramm des BMBF im Hinblick auf drei „Problemdimensionen“ erläutert. Das sind:

- A: Grundlagenprobleme und Methodenentwicklung,
- B: Umsetzungsprobleme und Praxisbezüge und
- C: Geschlecht und Umwelt (Gender & Environment).

Zur dritten Problemdimension schreibt das Rahmenkonzept für die sozial-ökologische Forschung: „Innerhalb der Umweltforschung bilden soziale und kulturelle Differenzen einen großen ‚blinden Fleck‘. Teilhabe, Arbeitsteilung und Rollenverständnis in Haushalt und Erwerbsarbeit, Normen und handlungsleitende Vorstellungen sind geschlechtsspezifisch ausgeprägt und von Veränderungen in diesen Bereichen können wesentliche Impulse für nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsformen ausgehen. Innerhalb der Umweltforschung wird die Geschlechterdifferenz als eine grundlegende Struktur des Sozialen jedoch bislang nur ansatzweise rezipiert und reflektiert. Vermutlich hat jedes ökologische Problem in seinen sozialen Dimensionen auch einen Geschlechterbezug. Geschlechterverhältnisse bilden für die sozial-ökologische Forschung daher eine zentrale und innovative Problemdimension.“ (BMBF 2000, S. 19)

Vor diesem Hintergrund soll zunächst der Frage nachgegangen werden, wie die Geschlechterdimension in der sozial-ökologischen Forschung genauer zu fassen ist: Was sind die zentralen Bezüge und systematischen Verknüpfungen von Gender-Forschung und sozial-

ökologischer Forschung? Welches theoretische Verständnis von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen legen wir dabei zu Grunde? Diesen Fragen wird im ersten Abschnitt der folgenden Ausführung nachgegangen. Im zweiten Abschnitt soll die normative Bedeutung der Kategorie Geschlecht für die sozial-ökologische Forschung erschlossen werden: Welche politischen und normativen Bezüge gehen mit der Aufnahme der Kategorie „Gender“ in die sozial-ökologische Forschung ein? Wie geht die Forschung mit dieser politisch-normativen Dimension um?

2.1 Zum theoretischen Verständnis der Kategorie „Geschlecht“ in der sozial-ökologischen Forschung

2.1.1 Theoretische Ansätze zum Verständnis

Der englische Begriff „Gender“ wird gemeinhin als „Geschlecht“ übersetzt: das weibliche Geschlecht und das männliche Geschlecht. In der Sprache der Soziologie und der Ethnologie ist das Geschlecht eine Genus-Kategorie. In der Geschlechterforschung, die in Form sogenannter Frauen- oder Genderlehrstühle an den Universitäten institutionalisiert ist, gibt es lange und ausführliche Debatten über ein theoretisches Begreifen von Geschlecht. Dabei waren und sind alle Ansätze eines theoretischen Begreifens von Geschlechtsunterschieden mit dem folgenden Problem konfrontiert: Wie kann „Geschlecht“ begriffen und definiert werden, ohne dabei zugleich Geschlechtsunterschiede, Geschlechterstereotype und die tradierten Formen des Sprechens in Gegensatzpaaren zu verfestigen, die doch genau kritisiert und beseitigt werden sollen? Wie können wir von Mann – Frau reden, ohne dabei die mitschwingenden Bedeutungen über Männer als Repräsentanten von Autorität und Macht, von Vernunft, Politik und ökonomischer Potenz zu stabilisieren und das Reden über Frauen als ein Reden über Ohnmacht, Privates, Kinder und Gefühle zu verfestigen? Wie können wir von Frauen – Männern reden, ohne die Denktradition und das Reden in biopolaren Dualismen und Dichotomien fortzuführen, in denen die Gegensatzpaare von vornherein als sich wechselseitig bezeichnende Identitäten angelegt sind?

Vor diesem Problemhintergrund haben sich in den letzten zwanzig Jahren unterschiedliche Erkenntnisansätze herausgebildet. „Die theoretischen Ansätze der Geschlechterforschung sind, wie die der Soziologie insgesamt, multiparadigmatisch und polyperspektivisch. Das heißt, es gibt nicht wie z.B. im Recht, die ‚herrschende Meinung‘, ‚die herrschende Lehre‘ oder die im Fach unumstrittene und allgemein anerkannte ‚Grand Theory‘. Ihre Theorienlandschaft ist vielmehr gekennzeichnet durch einige vorherrschende Leitideen (‚idées directrices‘) und, je nach Konjunktur, wechselnde, theoretische Hegemonien sowie vom wissenschaftlichen Zeitgeist abhängige Vorlieben und Theorieströmungen.“ (Lucke 2003, S. 8)

Für eine Selbstverortung des hier vertretenen Verständnisses von Geschlecht sind vor allem zwei theoretische Zugangsweisen zu unterscheiden, die in den Gender Studies in den letzten

20 Jahren sehr kontrovers diskutiert wurden und daher drittens auch von der sozial-ökologischen Forschung eine Stellungnahme einfordern:

1. Der Sex/Gender-Ansatz: Am Beginn der Neuen Frauenbewegung wurde die Argumentation entwickelt, dass die Unterscheidung zwischen Frau und Mann nicht biologisch oder „von Natur aus“ gegeben ist. In der „Naturalisierung der Frauen“ wurde eine Erklärung dafür gesehen, dass Frauen in der gesellschaftlichen Werteskala der westlichen Gesellschaften den Männern untergeordnet sind. „Is Female to Male as Nature is to Culture?“ fragte 1974 die Anthropologin Sherry Ortner. Die Übertragung der Kultur-Natur-Hierarchie auf das Geschlechterverhältnis wurde von den Feministinnen mit dem Argument kritisiert, dass zwar die Biologie von Natur gegeben, die Geschlechtsrollen jedoch „sozial erzeugt“ und demnach auch verändert werden können. Gemäß dieser Argumentation wurde in der feministischen Erklärung von „Geschlecht“ zunächst zwischen Sex: dem biologischen Geschlecht und Gender: dem sozialen Geschlecht unterschieden. Dabei bezeichnete „Sex“ die in der Medizin, Gynäkologie und Physiologie beschriebenen geschlechtsspezifischen Charakteristika und physiologischen Wirkungsweisen (biologisches Geschlecht), „Gender“ hingegen die mit dem weiblichen oder männlichen Geschlecht verbundenen sozialen Zuschreibungen, Aufgaben, Rollen etc. (soziales Geschlecht).

2. Der konstruktivistische Ansatz: Vor dem Hintergrund des „Linguistic Turn“¹ in der Philosophie und den Sozialwissenschaften bildete sich in den achtziger/neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts demgegenüber ein konstruktivistisches Begreifen von Geschlecht heraus, das die Unterscheidung zwischen biologischem und sozialem Geschlecht in Frage stellte. Dieser Ansatz nimmt das Problem des paradoxen Zirkelschlusses unter der Frage auf: „Wie spricht man von Geschlecht, von Mann und Frau, ohne dualistisch von Mann und Frau zu sprechen? Wie kritisiert man die Natur-Kultur-Unterscheidung, ohne auf einen Naturbegriff zurückzugreifen, in dem diese Unterscheidung angelegt ist?“ (Kropp 2002, S. 40) Dieser Ansatz, der in Deutschland vor allem mit dem Namen der Philosophin Judith Butler verbunden ist (Butler 1991), löst das Paradox in Richtung einer Unterminierungsstrategie des dualistischen Sprechens (Dekonstruktionsstrategie) auf. Er steht in der Tradition des französischen Poststrukturalismus (Jacques Derrida), der die Welt und Wirklichkeit als sprachlich „erzeugtes“ Konstrukt versteht (daher Konstruktivismus).² Nicht nur das „soziale Geschlecht“ wird von Judith Butler als sozial erzeugtes begriffen, sondern auch das „biologische Geschlecht“.

¹ Klaus Stierstorfers definiert den „Linguistic Turn“ im Metzler Lexikon (Nünning 1998, S. 312): „der Begriff [„linguistic turn“] bezeichnet eine Reihe von sehr unterschiedlichen Entwicklungen im abendländischen Denken des 20. Jh.s. Allen gemeinsam ist eine grundlegende Skepsis gegenüber der Vorstellung, Sprache sei ein transparentes Medium zur Erfassung und Kommunikation von Wirklichkeit. Diese Sicht wird durch die Auffassung von Sprache als unhintergehbare Bedingung des Denkens ersetzt. Danach ist alle menschliche Erkenntnis durch Sprache strukturiert; Wirklichkeit jenseits von Sprache ist nicht existent oder zumindest unerreichbar.“

² Jaques Derrida nimmt den paradoxen Zirkelschluss im Sinne seiner „Vermeidungsstrategien“ auf, indem er die Verwiesenheit der dualistischen Begriffspaare in neuer Weise reformuliert: „Man könnte auf diese Weise alle Gegensatzpaare wieder aufgreifen, auf denen die Philosophie aufbaut und von denen unser Diskurs lebt, um an ihnen nicht etwa das Erlöschen des Gegensatzes zu sehen, sondern eine Notwendigkeit, die sich so ankündigt, dass einer der Termini als *différance* des anderen erscheint, als der andere, in der Ökonomie des Gleichen unterschieden/aufgeschoben (*différé*), das Intelligible als von dem Sinnlichen sich unterscheidend (*différant*), als aufgeschobenes Sinnliches (*différé*) ...“ (zitiert bei Kropp 2002, S. 40).

Die im westlichen dichotomischen Denken immer als dualistische Entgegensetzung angelegte Kultur-Natur-Differenz müsse sprachlich reflektiert und unterlaufen werden. Natur sei keine vorgegebene Essenz von Kultur, auf die das Soziale zurückgeführt werden könne, führt Butler aus. Natur sei ebenso wie Kultur ein Effekt des Redens und Sprechens.³

3. Ein sozial-ökologisches Verständnis von ‚Gender‘: Die Kategorie Geschlecht ist nicht ohne – realistischen oder konstruktivistischen – Bezug auf die Kultur-Natur-Differenz erklärbar. In unserem Gebrauch der Kategorie Geschlecht versuchen wir jedoch, diese Entgegensetzung zwischen Realismus und Konstruktivismus zu überwinden. Wir verwenden den Begriff „Gender“ in einer dritten, differenzlogisch reflektierten Weise, die zwar einerseits die Macht des dualistischen Sprechens aufnimmt, andererseits diese aber differenzlogisch reflektiert „unterläuft“, indem sie die Natur-Kultur-Differenz in einer neuen Weise „zum Klingen bringt“. Dies geschieht, indem sie die Differenz zwischen „sozialem und biologischem Geschlecht“ fokussiert, ohne diese jedoch auf eine essentialistisch gedachte Natur-Kultur-Differenz zurückzuführen. Dabei gehen wir von historisch unterschiedlichen kulturellen Praktiken der Sozialwissenschaften und der Naturwissenschaften aus. Diese haben seit dem 18. Jahrhundert in einer den naturwissenschaftlichen und medizinischen Praktiken entspringenden Sprache einerseits definiert, was „Natur“ ist und andererseits in einer anderen, den sozialwissenschaftlichen Praktiken angehörigen Sprache immer wieder neu beschrieben, was „Gesellschaft“ und „Kultur“ ist. Geschlecht und Geschlechtsunterschiede sind schon im 18./19. Jahrhundert durch die aufkommende Moralphysiologie, die Gynäkologie und Medizin, und später durch die Psychologie und die Evolutionsbiologie vor allem auch medizinisch, anthropologisch und biologisch definiert worden. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufkommende Soziologie (Comte, Michelet, Proudhon) hat diese Zuschreibungen übernommen und wiederum zur Grundlage zentraler gesellschaftstheoretischer und kultureller Annahmen gemacht. Die dabei verfestigten Geschlechtsstereotype gingen dann wieder beispielsweise in Grundannahmen der Primatenforschung und anderer Subdisziplinen der Biologie ein (Schultz 2001). Indem wir die Natur-Kultur-Differenz auf unterschiedliche Beschreibungspraktiken (unterschiedliche „Sprachen“) zurückführen, akzentuieren wir den „Wissenstransfer“ zwischen den Natur- und den Sozialwissenschaften bei der historisch immer wieder neu ausbuchstabierten Beschreibung von Geschlecht. Mit diesem Verständnis von Geschlecht fokussieren wir auf die Interdisziplinarität des Begriffs. „Geschlecht ist ein Begriff, der – schon ohne fachspezifische Fragestellungen besonderer Art – nur interdisziplinär erfasst werden kann.“ (Becker-Schmidt 2003, S. 21) Praktisch sieht das so aus, dass wir uns zunächst auf ein Verständnis von Geschlecht beziehen, wie es in der feministischen Soziologie Deutschlands vorwiegend vertreten wird (bekannte Namen sind: Regina Becker-Schmidt, Gudrun Axeli-Knapp, Angelika Wetterer, Ute Gerhart, Marianne Rodenstein, Maria Rerrich, Doris Lücke etc.), das offen für – im weiteren Sinne – gesellschaftstheoretische (Geschlecht als Sozialkategorie) als auch für konstruktivistische Verwendungen (Geschlecht als kulturelles Konstrukt) ist. Dann verbinden wir dieses Verständnis jedoch mit aktuellen Ansätzen aus der feministischen Naturwissenschaftskritik und -geschichte (Evelyn Fox Keller, Donna Haraway, Londa Schiebinger, Elvira Scheich, Susanne Maass, Ines Weller, Heidi Schelhowe, Moniko Greif)

3

Mit diesem Insistieren auf der Unmöglichkeit eines unmittelbaren Begreifens oder Verstehens von Natur „allein aus der Natur heraus“ kommen Derrida und Butler der erkenntnistheoretischen Kritikfigur der Kritischen Theorie Adornos und Horkheimers an der „Herrschaft des abstrakt Allgemeinen“ (der Begriffe) sehr nahe. Wie Derrida hat auch Butler den Frankfurter Adorno-Preis erhalten.

und den feministischen Forschungsergebnissen aus der Medizin und der Gynäkologie (Regine Kollek, Ulrike Maschewsky-Schneider, Claudia Homberg, Ellen Kulmann, Minneke Bosch etc.), in denen die Unterschiede zwischen Männern und Frauen zwar auch als gesellschaftlich „konstruiert“, weil als Teil der Konstruktion des historisch sich ändernden Wissens begriffen wird.

Dennoch rekurren wir dabei auf eine von Gesellschaft unterscheidbare Dimension der Wirklichkeit und begreifen diese Dimension als „Natur“.⁴ In diesem differenzlogisch und sprachkritisch reflektierten Sinne operieren wir in der Genderanalyse mit der Unterscheidung zwischen „Sex“ und „Gender“. Damit ist unser Verständnis von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen auf den referentiellen Rahmen eines Verständnisses von Wirklichkeit als „gesellschaftliche Naturverhältnisse“ (Becker/Jahn 2003) bezogen, der für die sozialwissenschaftlich-naturwissenschaftlich interdisziplinäre sozial-ökologische Forschung erkenntnisleitend wirkt.

2.1.2 Geschlechterverhältnisse als theoretische Kategorie wissenschaftlicher Forschung: spezifische Fragen und Problemstellungen

In der internationalen Forschung bildet Geschlecht einen eigenen Zugang zur Erkenntnis- und Wissensgewinnung, der inzwischen ausdifferenziert ist in unterschiedliche erkenntniskritische Ansätze der Gender Studies. Von ihrem Entstehungszusammenhang her betrachtet sind die Gender Studies aus den Women Studies entstanden, das heißt der Frauenforschung, die von der feministischen Bewegung seit Ende der sechziger Jahre letzten Jahrhunderts hervorgebracht wurde. Die enge Verknüpfung von emanzipatorischer Frauenbewegung und sich im Wissenschaftssystem institutionalisierender Frauenforschung brachte neue Fragen und Problemstellungen in die Wissenschaften ein. Diese waren zu Beginn der Frauenforschung, wie Regina Becker-Schmidt und Gudrun Axeli-Knapp in einem Überblick über die Entstehung und Unterscheidungen feministischer Theorien zeigen (Becker-Schmidt/Knapp 2000), zunächst stark auf die Sozialwissenschaften gerichtet: „Welche soziale Stellung haben in modernen westlichen Gesellschaften Frauen im Vergleich zu Männern?“ war eine übergeordnete Frage. Die Frauenforscherinnen der siebziger und achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts setzten sich in diesem Erkenntnishorizont sowohl theoretisch als auch empirisch intensiv mit der Frage auseinander, ob sich denn die Geschlechter nachweisbar unterscheiden. „Gibt es empirische Befunde, die Geschlechterdifferenzen im sozialen Verhalten, in Dispositionen oder Einstellungen ausweisen? Falls die sich auffinden lassen – worauf sind sie zurückzuführen? Auf geschlechtsspezifische Erziehung, auf den Einfluss sexuierter Praxen, auf die Verinnerlichung

⁴

Diese erkenntnistheoretische Position könnte als ein historisch situierter, doppelter Konstruktivismus bezeichnet werden (siehe Schultz 2001). Mit der Einführung einer Differenz zwischen den Beschreibungspraktiken der Sozialwissenschaften und der Naturwissenschaften, die um weitere Differenzbestimmungen innerhalb der naturwissenschaftlichen Beschreibungspraktiken (der Physik und der Biologie zum Beispiel) zu erweitern wäre, erscheint der Graben zwischen Konstruktivismus und Relativismus jedoch nicht mehr als unüberwindlich.

gesellschaftlicher Weiblichkeits- und Männlichkeitsklischees? Frauenforschung stellte mit solchen Fragen der klassen- und schichtenspezifischen Sozialisationsdebatte um 1968 eine geschlechtsspezifische zur Seite.“ (Becker-Schmidt/Knapp 2000, S. 30) Dabei entwickelten die Frauenforscherinnen eine Kritik an der in den Sozialwissenschaften dominierenden Rollentheorie (des amerikanischen Soziologen Talcott Parsons), die auf einem Modell konfliktfreier sozialer Integration beruhte. Denn unter dem Aspekt der gesellschaftlichen Zweckmäßigkeit (Funktionalismus) verteidigte Parsons auch die Rollen, die im Rahmen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung Frauen und Männern zugewiesen werden. Demgegenüber fragte die Frauenforschung danach, „ob solche Zwangsverpflichtungen mit den Bedürfnissen der Menschen übereinstimmen. Damit gerieten Ordnungsvorstellungen, die vor allem Frauen auf einschränkende und einseitige Rollenzuschreibungen ein schwören, in eine Legitimationskrise: Es war nicht zu übersehen, dass die propagierte Verteilung von sozialen Aufgaben auf die Geschlechter – Familie als Zuständigkeitsbereich der Frauen, Berufswelt als Betätigungsfeld für Männer – überkommene Geschlechterhierarchien reproduziert.“ (Becker-Schmidt/Knapp 2000, S. 32f.)

2.1.3 Der Blick auf die Verbindungen zwischen Produktion und Reproduktion: die Kategorie „Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung“

Ein großes Verdienst der Frauenforschung dieser Zeit besteht darin, den Zuständigkeitsbereich der Männer und den Zuständigkeitsbereich der Frauen, Produktion und Reproduktion, als zusammengehörige „Bereiche“ zu begreifen und in die Debatten über das Wirtschaften und die Gesellschaft einzubringen. „Warum zählen Hausarbeit und Subsistenzarbeit bisher nicht zu den gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten in der Aufrechterhaltung sozialer Kreisläufe? Warum war Prokreation, das wichtigste Element des Bevölkerungsbestands, kein zentrales Thema in den Sozialwissenschaften?“ rekonstruieren Becker-Schmidt und Knapp die zentralen Forschungsfragen der damaligen Zeit. Warum ist Hausarbeit unbezahlt, marktförmig vermittelte Arbeit hingegen bezahlt? fragte die damalige feministische Bewegung, die sich für einen „Lohn für Hausarbeit“ einsetzte (Federici 1977).⁵

Die Fokussierung des Untersuchungsinteresses genau auf die Vermittlungen zwischen Reproduktion und Produktion bildet bis heute einen erkenntnisleitenden Fokus, der immer wieder neue Forschungsfragen hervorbringt: Ob als Frage danach, warum in vielen technisch dominierten Umweltberufen weniger Frauen anzutreffen sind oder wie Beruf und Alltagsleben zu vereinbaren sind, eine Frage, die nicht als „Privatproblem“ der davon betroffenen Frauen und Männern untersucht wird, oder als Frage danach, wie die Bedürfnisse von Kindern in Stadtplanung und Architektur berücksichtigt werden: immer wird bei dieser Betrachtung die starre Grenzziehung zwischen den „beiden Bereichen“ kritisch hinterfragt und Produktion und Reproduktion vermittelt gesehen. Als Theorem, das bis heute die Geschlechterforschung leitet,

⁵ Einen Überblick über die Vielzahl an Veröffentlichungen zum Thema „Produktion/Reproduktion“ gibt die Bibliographie von Collin/Schultz 1985.

ist dieser Zusammenhang mit der Kategorie der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung gefasst.

2.1.4 Der Blick auf den weiblichen/männlichen Körper, auf Gesundheit, Prokreation und die damit verbundenen Normen und Rechte: die Kategorie „Gesellschaftliche Organisation von Intimität“

Ein zweites Verdienst der Frauenforschung der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts besteht in der Erschließung neuer Untersuchungsfelder für die Wissenschaften, in denen sozial- und naturwissenschaftliche (vor allem medizinische) Erkenntnisse in neuer Form zusammengebracht wurden: „weibliche Sexualität und Körpererfahrung, Sexismus, Gewalt gegen Frauen, Selbstbestimmung und Geburtenkontrolle, Frauenunterdrückung und die Geschichte des Rechts, Frauenbewegung und Widerstand. Das Verhältnis von Macht und Geschlecht wurde zum Fokus der politischen Orientierung, die Mikropolitiken in diversen sozialen Bereichen zum weit verzweigten Gegenstand feministischer Sozialwissenschaft.“ (Becker-Schmidt/Knapp 2000, S. 33) Damit entwickelte die feministische Forschung in Auseinandersetzung mit den praktischen Erfahrungen, die in den neuen Institutionen der Frauenbewegung (Frauenzentren, Frauengesundheits- und Mütterzentren) gewonnen wurden, einen Fundus an theoretischen und praktischen Einsichten rund um den Komplex weibliche Sexualität und Prokreation, Körper und Gesundheit in westlichen Gesellschaften, der – wie die Männerforschung heute kritisch vermerkt – in dieser ausgearbeiteten Form für Männer nicht vorliegt. Die Theoretisierung der „Body Politics“ hat inzwischen zu den größten Ausdifferenzierungen in der feministischen Erkenntnisgewinnung geführt.⁶ Dabei überschritten schon von ihrem Untersuchungsgegenstand her die Women Studies in dieser Art der Forschung immer die wissenschaftlichen Disziplinengrenzen zwischen Natur- und Sozialwissenschaften. Und schon vom Untersuchungsgegenstand her ist bei dieser interdisziplinären Betrachtung die Differenz zwischen den Wirkungen der Körper und des Materiellen und denen der Symbolproduktion zu reflektieren, ohne die beispielsweise Erkenntnisse der neueren, auch der feministischen Medizin, nicht im Forschungsdesign aufgenommen werden können. Einen besonderen Schwerpunkt der achtziger Jahre bildete dabei in den Women und Gender Studies die kritische Auseinandersetzung mit den „Biopolitiken“ und insbesondere auch mit den neueren Entwicklungen in der Reproduktionsmedizin und der gentechnischen Biologie. An diesen zumeist stark wissenschaftsethisch geführten Debatten schließen zum Teil neuere Forschungen über gentechnisch veränderte Organismen (in Nahrungsmitteln und Landwirtschaft) an. Obwohl die Erforschung der geschlechtlichen Körper, Gesundheit, Sexualität und Macht, Reproduktion und die darauf gerichteten Normen und Rechtsforderungen in den Gender Studies bis heute sehr unterschiedlich angelegt ist, können die damit untersuchten Einzelthemen als

⁶ Die theoretische Annahme des französischen Philosophen Michel Foucault einer gesellschaftlich vorherrschenden heterosexuellen Matrix, von der sowohl unterdrückende als auch produktiv-konstruktive Machtausübungen ausgehen, die sich in der Disziplinierung der geschlechtstypisierten Körper und den „Biopolitiken“ der westlichen Gesellschaften ausdrücken, wurde von Theoretikerinnen der Frauenforschung aufgegriffen und weiterentwickelt. Dabei unterscheiden sich die (hetero-)sexualitätskritischen und die gesellschaftskritischen Ansätze teilweise fundamental.

ein Komplex zusammengefasst werden. In der internationalen Diskussion wird er als „Social Organisation of Intimacy“ (Verloo/Roggeband 1996) bezeichnet.

Die beiden zentralen erkenntnisleitenden Kategorien der feministischen Forschung: die Kategorie der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und die Kategorie der gesellschaftlichen Organisation von Intimität (Körper, Gesundheit, Prokreation, Intimität) erschließen auch in der sozial-ökologischen Forschung spezifische Frage- und Problemstellungen. Sie dienen als eine Art „Suchscheinwerfer“, mit dessen Hilfe in zumeist geschlechtsneutral angelegten interdisziplinären Forschungsdesigns und Untersuchungsansätzen problembezogen die „genderrelevanten Forschungsfragen“ entwickelt werden können, anhand derer die Geschlechterrelevanz des Untersuchungsgegenstands im Einzelnen und konkret auf das vorgegebene Design bezogen, herausgearbeitet werden kann. Dabei verwenden wir die Kategorie Geschlecht als relationale Kategorie der Geschlechterverhältnisse, einerseits, um vergleichende Forschungsansätze zu fördern (z.B. die Gender Impacts des Systems der Abfalltrennung im deutsch-französischen Vergleich), andererseits aber auch, um einen konzeptionellen Anschluss an die internationale Frauen- und Genderpolitik und damit auch an die normative Dimension der Kategorie Geschlecht und deren Funktion im internationalen Nachhaltigkeitsdiskurs herstellen zu können.

2.2 Zum politischen und normativen Gehalt der Kategorie ‚Geschlecht‘

Das theoretische Verständnis von „Gender“ ist nicht essentialistisch festgeschrieben, sondern steht immer in einem wechselseitigen Bezug zur internationalen Frauen- und Genderpolitik, die sich vor allem auf den UN-Weltkonferenzen eine Plattform für Auseinandersetzung und strategische Vereinbarungen geschaffen hat. Einig sind sich die Frauenaktivistinnen weltweit darin – das hat auch die Politikwissenschaft an vielen Einzelbeispielen gezeigt –, dass die demokratischen frauenpolitischen Errungenschaften immer erst von Frauen erkämpft werden mussten. So ist das Wahlrecht für Frauen in vielen europäischen Ländern kein Resultat des Ersten Weltkriegs, sondern vielmehr ein Resultat eines langen Kampfes von Frauen für das Wahlrecht (den Suffragetten); und der Gleichberechtigungsartikel im BRD-Grundgesetz nach dem Zweiten Weltkrieg war kein Geschenk der Alliierten, sondern vielmehr das Resultat einer zähen Auseinandersetzung der „Mütter des Grundgesetzes“ (siehe Feministische Studien 1991). Das feministische Selbstbewusstsein über „den jahrhundertelangen Kampf der Frauen für demokratische Rechte“ macht verständlich, warum seitens der internationalen Frauenbewegung/en den globalen Verhandlungssystemen (UN) eine so große Bedeutung beigemessen wird.

Wie ein Blick in die Geschichte der UN-Frauenkonferenzen zeigt (Ruf 1998, Wichterich 2000), hat sich das politische Verständnis der Kategorie Frau – die in den neunziger Jahren ergänzt wurde durch die Kategorie Gender/Geschlecht – in den Debatten der Weltfrauenbewegung/en verschoben. Denn in politisch-strategischer Hinsicht stellt sich ebenfalls das Problem des paradoxen Zirkelschlusses: Wie von Frauen geredet werden kann, ohne die dabei mit-

schwingende Rede über „die Frau“ und „den Mann“ zu verfestigen. Zugespißt diskutiert wurde dieses Problem als Paradox der strategischen Identitätspolitik: Wie kann von Frauenpolitik die Rede sein, ohne zugleich den Frauen – und damit auch den Männern – quasi als geschlechtliche Innenausstattung eine „weibliche Identität“/„eine männliche Identität“ zu unterstellen? Auf der letzten Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking wurde dieses Paradox dahingehend „gelöst“, dass die Anerkennung kultureller Vielfalt und einer Vielfalt an identitätspolitischen Positionen als Axiom aller Genderpolitik gesetzt wurde („Paradigma der Vielfalt“, Corinne Kumar-D’Souza, zitiert bei Ruf 1998, S. 77).

Auf diese internationalen Auseinandersetzungen und die demokratischen Vereinbarungen der UN- und der internationalen Frauen- und Genderpolitik bezieht sich sozial-ökologische Forschung explizit, um normative Setzungen, die vor allem mit Demokratie- und Nachhaltigkeitspostulaten verbunden sind, transparent machen und der analytischen Betrachtung zuführen zu können. Dadurch können normative Setzungen im Forschungsdesign: beispielsweise, dass die Einführung des europäischen Emissionshandelssystems keine Geschlechterungleichheit und keine Diskriminierungen bewirken soll, auf anerkannte normative Grundvereinbarungen des europäischen Staatensystems und der durch die UN repräsentierten Weltgesellschaft zurückgeführt werden. Das Einbringen von darüber hinausgehenden oder abweichenden normativen Setzungen: beispielsweise, dass das Emissionshandelssystem mit der normativen Vorstellung von Luft als einem Gemeinschaftsgut – einem „Common Good“ – nicht vereinbar ist, kann vor diesem Hintergrund als eine neue ethische Vorstellung verdeutlicht werden, die als solche jedoch argumentativ begründet werden muss. Warum Geschlechterungleichheit zu vermeiden sei – das soll der folgende kurze Überblick über die politische Geschichte der Frauen- und Genderpolitik zeigen –, muss hingegen im heutigen Europa genauso wenig begründet werden wie die normative Setzung, dass es keine Sklaverei geben dürfe.

2.2.1 Geschlechtverhältnisse als politischer Indikator für Demokratie und Nachhaltigkeit: spezifische Fragen und Problemstellungen

Die politische und normative Dimension der Kategorie Geschlecht wurde international in den großen UN-Konferenzen der letzten 29 Jahre ausbuchstabiert. Dieser Prozess des Frauen-Lobbying kann rückblickend unter dem Slogan „Von der Konfrontation zur Integration“ (Wichterich 2000, S. 40) zusammengefasst werden und entlang der UN-Weltfrauenkonferenzen und den dort jeweils erreichten Vereinbarungen betrachtet werden: 1975 die erste Weltfrauenkonferenz in Mexiko-Stadt, 1980 die zweite in Kopenhagen, 1985 die dritte in Nairobi und 1995 die vierte in Peking. Von diesen UN-Konferenzen gingen die maßgeblichen Impulse für die beiden großen demokratischen Errungenschaften in der Frauenpolitik aus:

- 1979 die Verabschiedung der Antidiskriminierungskonvention CEDAW durch die UN Generalversammlung: the Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women, (die „Bill of Rights für Frauen“),

- die am 22.12.2002 ergänzt wurde durch die Verabschiedung eines Zusatzprotokolls zur Anti-Diskriminierungskonvention, das Einzelpersonen und Gruppen ein direktes Beschwerderecht bei den Vereinten Nationen einräumt.

Hinsichtlich von programmatischen Detailvereinbarungen gilt die Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 als bisher größter Erfolg der Frauen-Lobby-Politik. Die dort definierten frauen- und genderpolitischen Schwerpunkte der Aktionsplattform, die von 187 Regierungen als „Plattform zum Handeln“ verabschiedet wurden, bilden bis heute einen festen Bezugspunkt für frauenpolitisches Handeln. Die Aktionsplattform versteht sich als eine „Handlungsanweisung für die Machtbildung von Frauen“: Empowerment. „Sie liefert den umfassendsten Soll-Katalog für Frauen- und Geschlechterpolitik in der UN-Geschichte mit dem Ziel, „Gleichheit“ zwischen Frauen und Männern zu erreichen. Zur Umsetzung wird eine Doppelstrategie von Mainstreaming – dem Einbringen einer Geschlechterperspektive in alle politischen Ressorts, Institutionen und Programme – und gezielten Fördermaßnahmen von Frauen empfohlen.“ (Wichterich 2000, S. 13) Dabei ist unter Gender Mainstreaming zu verstehen, dass die Geschlechtergleichheit und Frauenförderung nicht mehr als Anhängsel der Politik, das heißt außerhalb des Mainstreams behandelt wird. Für die Durchführung benennt die Aktionsplattform verschiedene gesellschaftliche Akteure, sagt aber deutlich, dass die Hauptverantwortung bei den Regierungen liegt. Sie zeigt den Handlungsbedarf in zwölf Problemfeldern auf.⁷ Hinsichtlich des elften Problemfelds „Frauen und Umwelt“ führt sie aus, dass die Umweltpolitik in Konzepten nachhaltiger Entwicklung insbesondere die Belange von Frauen als Umweltschützerinnen, als Produzentinnen, Verbraucherinnen und Fürsorgerinnen in den Familien berücksichtigen soll. Frauen müssen verstärkt an umweltpolitischen Entscheidungen beteiligt werden. Die geschlechtsspezifischen Auswirkungen dieser Entscheidungen sind zu untersuchen.

2.2.2 Frauenpolitik im Umweltbereich: UNCED Konferenz in Rio de Janeiro 1992

Die Leitorientierung an einer „nachhaltigen Entwicklung“ war durch die UN-Conference for Environment and Development (UNCED)-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 „Earth Summit for Sustainable Development“ in die UN-Politik eingebracht worden. Die noch immer stark wirkenden Impulse der Rio-Vereinbarungen führten 1995 zu der – im Vergleich zu den ersten drei Weltfrauenkonferenzen – starken Aufnahme des Themas Umwelt im Peking-Dokument. Der Erdgipfel in Rio war durch starke Frauenorganisationen sehr gut vorbereitet worden. Insbesondere die Weltfrauenorganisation WEDO (Women's Environment and Development Organization) mit Sitz in New York und ihre brasilianische Sektion hatten die Rio-Konferenz besonders aktiv vorbereitet und dann auch mitgestaltet. Als Resultat von extensiven Konsultationen zwischen den NGOs erreichten die verschiedenen Frauenorganisationen in mehreren

⁷

1. Frauen und Armut, 2. Bildung und Ausbildung, 3. Frauen und Gesundheit, 4. Gewalt gegen Frauen, 5. Frauen und bewaffnete Konflikte, 6. Frauen und Wirtschaft, 7. Frauen in Macht- und Entscheidungspositionen, 8. Institutionelle Mechanismen zur Frauenförderung, 9. Menschenrechte der Frauen, 10. Frauen und Medien, 11. Frauen und Umwelt, 12. Mädchen.

Vorbereitungstreffen zu Rio eine gemeinsame Plattform: die „Women’s Action Agenda 21 for a Healthy Planet“.⁸

Als frauenpolitischer Erfolg wurde gesehen, dass in der verabschiedeten „Agenda 21“ Frauen erstmalig als „Major Group“ anerkannt werden, das heißt, als eine von neun zivilgesellschaftliche Gruppen, die für die nachhaltige Entwicklung als zentral anerkannt werden: „Major groups are groups of stakeholders in society whose involvement is essential to sustainable development. Agenda 21 acknowledges nine Major groups: women; children & youth; indigenous people; NGOs; local authorities; trade unions; business & industry; science & technology; farmers“ (WEDO: Women and Sustainable Development 2000–2002, S. 25).

Die „Agenda 21“ definiert die Rolle der „Major Groups“ besonders hinsichtlich ihrer Mitwirkung an Entscheidungsprozessen und neuer Formen der Partizipation. In Artikel 23.2 geht sie speziell auf die Mitwirkung dieser Gruppen in Umwelt- und Entwicklungsprozessen und an Impact Assessment-Verfahren ein: „One of the fundamental prerequisites for the achievement of sustainable development is broad public participation in decision-making. Furthermore, in the more specific context of environment and development, the need for new forms of participation has emerged. This includes the need of individuals, groups and organizations to participate in environmental impact assessment procedures and to know about and participate in decisions, particularly those which potentially affect the communities in which they live and work.“ (Declaration of Rio, Agenda 21, Article 23.2)

Gemäß dieser Leitorientierung an neuen Formen der Partizipation und der Entscheidungsfindung („New Forms of Participation and Decision-Making“) hat die UNEP, die UN Umweltorganisation, Regeln für die Partizipation an Weltkonferenzen definiert: „A representative from a Civil Society can attend the UNEP’s Governing Council and its special Sessions, if its organization is accredited.“ Um akkreditiert zu sein, muss die Organisation der „Rule 69“ genügen, welche die Teilnahme der „Civil Society Organizations“ (CSO) regelt. Diese Regel besagt, dass die entsprechende Organisation erstens eine internationale Nicht-Regierungsorganisation (NGO) sein muss; und dass sie zweitens ein Interesse im Umweltbereich haben muss (UNEP 2001). Die NGO kann dann als akkreditierte Lobbyorganisation Beobachtungsstatus bei der Konferenz haben⁹ oder aber auch, wenn dies von oder für die Konferenz festgelegt ist, als Akteur an einem „Stakeholder-Dialog“ teilnehmen. Ihre Funktion besteht insbesondere darin, die Positionen der Regierungsvertreter/innen kritisch zu überprüfen und zu kommentieren (siehe zu diesem Punkt den Beitrag von Ulrike Röhr zu den Klimakonferenzen). Über diese Form des Lobbyismus hat die internationale Frauenlobby in den neunziger Jahren erfolgreich Positionen in den Weltkonferenzen durchgesetzt.

⁸ Sie enthält elf thematische Handlungsfelder („actions“): 1. Democratic Rights, Diversity and Solidarity, 2. Code of Environmental Ethics and Accountability; 3. Women, Militarism and the Environment; 4. Foreign Debt and Trade; 5. Women, Poverty, Land Rights, Food Security and Credit, 6. Women’s Rights, Population Policies and Health; 7. Biodiversity and Biotechnology; 8. Nuclear Power and Alternative Energy; 9. Science and Technology Transfer; 10. Women’s Consumer Power und 11. Information and Education.

⁹ Für den Bereich der Klimapolitik hat sich beispielsweise „Rising Tide“ als NGO akkreditiert. Siehe www.risingtide.de oder auch [rising tide international](http://risingtideinternational.org). Von frauenpolitischer Seite hat sich auf der COP9 in Mailand neben der Frauen-NGO „Energia“ (für die Länder des Südens) auch „Life e.V.“ für die Länder des Nordens akkreditiert, siehe den Beitrag von Ulrike Röhr.

2.2.3 World Summit on Sustainable Development in Johannesburg 2002

Als weniger erfolgreich werden von Frauenorganisationen und insbesondere von WEDO die Ergebnisse des Weltgipfels World Summit on Sustainable Development (WSSD) in Johannesburg 2002 eingeschätzt. In Bezug auf den in Johannesburg verabschiedeten „WSSD Plan of Implementation“ sieht WEDO vor allem kritisch, dass die Vereinbarungen insgesamt vage geblieben sind und kein wirklicher Umsetzungsplan mit konkreten Ziel- und Zeitvorgaben verabschiedet wurde: „While the Plan of Implementation reaffirms some of the strongest ideas from Rio, including the precautionary principle, the principle of common but differentiated responsibilities, and the polluter-pays principle, the document is not an action plan. It does not specify clear responsibility or comprehensive targets and in many instances calls only for voluntary action.“

In Bezug auf die Klima- und Energiepolitik stellt WEDO in ihrer Bewertung des Implementationsplans kritisch fest: „The Summit catalyzed the ratification by several countries of the Kyoto Protocol, including China, Russia, and India, while other countries took a step back in climate change prevention, including Australia and the United States. (...) After significant efforts to secure targets on renewable energy sources, the Plan of Implementation only mentions an increased sense of urgency – there is no time frame for promoting renewable energy sources and no reference to phasing out nuclear energy.“ (WEDO 2002)

Trotz erfolgreicher Aushandlungen in vielen kleineren Punkten waren gerade bei den wichtigen Themen wie Energie und Handel die Frauen als Major Groups in Johannesburg nicht einbezogen. WEDO's abschließender Kommentar zum WSSD in Johannesburg kann in diesem Punkt als Zusammenfassung der kritischen Frauenpositionen wie auch als Wende zu einer kritischen Sicht auf die Einrichtung von „Major Groups“ und „Stakeholder Dialogues“ gesehen werden: „The Multi-Stakeholder Dialogue in Johannesburg was a significant experiment in formalized non-government participation, but the critical negotiations on energy, trade, and other issues were held in high-level meetings closed to the major groups. Roundtables featuring heads of state and Multi-Stakeholder Dialogues featuring the major groups – events that do not feed directly into negotiations – do not necessarily provide for effective participation or accountability.“ (WEDO 2002)

Vor diesem Hintergrund und auch vor dem Hintergrund der veränderten weltpolitischen Lage, insbesondere der UN-kritischen Haltung der derzeitigen US-Regierung, ist der Optimismus, der noch auf der Peking-Weltfrauenkonferenz herrschte, heute in der internationalen Frauenpolitik merklich gedämpft. Die Einschätzung, dass „Good Governance“ die Problemlagen von Frauen verbessern könne, wird nicht mehr unwidersprochen in der internationalen Frauenpolitik geteilt. Demgegenüber wird hervorgehoben, dass politische Maßnahmen vor den mächtigeren ökonomischen Kräften der globalisierten Wirtschaft kapitulierten und auch vor der transnational organisierten Kriminalität (Wichterich 2000, S. 35). 2005 wird es keine Zehn-Jahres-Konferenz zur Überprüfung des Peking-Prozesses geben, weil von allen Seiten (fortschrittliche Länder, UN, Frauenorganisationen) befürchtet wird, dass die Positionen von Peking angesichts zunehmend konservativer Tendenzen nicht zu halten wären. Statt dessen wurde auf einer der regelmäßig stattfindenden Sitzungen der UN Commission on the Status of

Women (CSW) im Frühjahr 2005 in New York Bilanz über die Fortschritte seit Peking gezogen.

2.2.4 Europa: Gender Mainstreaming im Amsterdamer Vertrag

In Europa hat es bis zum Amsterdamer Vertrag („Treaty establishing the European Communities“), der 1999 auf Basis eines Beschlusses der EU-Regierungskonferenz von 1997 abgeschlossen wurde, nur einen Artikel mit Bezug auf Gleichberechtigung gegeben. Dies war das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit (Artikel 119 im EWG-Vertrag von 1957). „Das sehr positive Resultat, die Gleichberechtigung der Geschlechter in den neuen Vertrag aufzunehmen, kam allerdings nicht von ungefähr, sondern war Resultat harter Lobbyarbeit“ schreibt Barbara Helffrich, die damals der Europäischen Frauenlobby (EWL) angehörte, die maßgeblich am Zustandekommen der Gleichberechtigungspassagen des Amsterdamer Vertrags mitgewirkt hat (Helffrich 1998, S. 35).¹⁰

Im Vertrag von Amsterdam wurde für die angeschlossenen Länder Europas die politische Strategie des Gender Mainstreaming zur Erreichung von Geschlechtergleichheit beschlossen. Die politische Strategie Gender Mainstreaming wird abkürzend als „die Integration der Geschlechterperspektive in alle Politikbereiche“ beschrieben. Sie grenzt sich damit als politische Strategie gegen einen politischen Ansatz ab, der eigene „Frauenbereiche“ definiert. Genderaspekte sollen im „Mainstream-Bereich“ integriert sein, dies bedeutet für Forschung und Politik: sie sollen demgemäß in der ‚Mainstream-Forschung‘ und in allen Politikfeldern integriert sein (werden). Um einem vorherrschenden Missverständnis vorzubeugen, muss jedoch betont werden, dass Gender Mainstreaming nicht Frauenförderpolitik ersetzt, sondern dass beide Politikansätze das gleiche Ziel verfolgen, nämlich die Gleichstellung der Geschlechter, dies jedoch auf unterschiedlichen Wegen. Der Amsterdamer Vertrag schreibt Gender Mainstreaming als rechtsverbindliche Querschnittsaufgabe fest. In Artikel 3 Absatz (2) wird festgelegt, dass „die Gemeinschaft darauf hin(wirkt), Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“.

Mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags sind durch die EU eine Vielzahl von Aktivitäten in Gang gesetzt worden, die in Fortschrittsberichten zum Gender Mainstreaming dokumentiert sind (Kommission der Europäischen Gemeinschaften 1998, 2000 und 2001).¹¹ In diesem Kontext ist auch die deutsche Bundesregierung aktiv geworden. Die Verpflichtung zur Gleichstellungspolitik ergibt sich für die BRD aus Artikel 3 Abs. 2 Grundgesetz. Der Satz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ wurde 1994 durch den Zusatz „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf

¹⁰ Der Europäischen Frauenlobby gehörten im Jahr 2002 über 3.000 (!) Frauenorganisationen in Europa an. Ihr zentrales Ziel besteht in der Förderung von Geschlechtergleichheit im ökonomischen und sozialen Leben.

¹¹ Diese jährliche Berichterstattung über die Aktivitäten zum Gender Mainstreaming ist verpflichtend und dient dazu, vorbildliche praktische Beispiele zu dokumentieren und diese zu systematisieren (<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cha/c10921.htm>).

die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ ergänzt. Damit wird der Staat zu einer aktiven und wirkungsvollen Gleichstellungspolitik verpflichtet, die nicht nur auf formelle Gleichstellung (juristischer Ansatz), sondern auf die faktische Gleichstellung der Geschlechter in der Lebenswirklichkeit hinwirkt. 1999 erkennt die deutsche Bundesregierung Gender Mainstreaming als zentrale Strategie zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern als durchgängiges Leitprinzip der Bundesregierung an.

2.2.5 Der Blick auf ein ‚Empowerment‘, auf Partizipation und Mitbestimmung an Entscheidungen: die Kategorie Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik

Wie der kurze Überblick über die internationale Geschlechterpolitik verdeutlicht, konzentrieren sich die frauen- und genderpolitischen Reflektionen und Aktionen auf die Durchsetzung von Rechten (Frauen-, Gleichstellungs-, Antidiskriminierungs-, Selbstbestimmungsrechte, siehe dazu Schuler 1995), andererseits auf neue Formen der politischen Partizipation, in denen die Beteiligung an Entscheidungen (Decision Making) zentral gesetzt wird. Denn trotz politischer Anstrengungen stagniert der Frauenanteil bei wichtigen politischen Entscheidungsprozessen und in wirtschaftlichen Führungspositionen.¹² Angesichts der Tatsache, dass die Deklaration der „Menschenrechte auch für die Frau“ schon 1791 von Olympe de Gouges als Antwort auf die rein männlich gefassten Menschenrechte der Französischen Revolution verfasst wurde, stellt sich die Frage, warum sich die männliche Dominanz im politischen Terrain mit einer solchen Hartnäckigkeit über eine solch lange Zeit hält. Zweitens ist für eine analytische Behandlung des normativen Gleichheitsanspruchs die Frage relevant, welche Auswirkungen die Unterrepräsentation von Frauen auf den Charakter der Politik, auf die Festlegung von Maßnahmen und auf die Ausgestaltung der in der Peking-Konferenz oder in der Johannesburg-Konferenz beschlossenen Strategien und Handlungsfelder hat. Dabei liegt dieser Aufmerksamkeit auf Partizipationsaspekten die Annahme zugrunde, dass eine stärkere Beteiligung von Frauen auch zu einer anderen, gendergerechteren Politikgestaltung führt.

Diese Hintergrundannahme ist in der feministischen Politikwissenschaft und in der Unternehmenssoziologie wiederholt untersucht und an Einzelbeispielen sowohl für die Politik als auch für die Wirtschaft bestätigt worden. Als Voraussetzung für ein Wirksamwerden des Frauenanteils hat die Geschlechterforschung immer wieder festgestellt, dass Frauen in Wirtschaft oder Politik eine „kritische Masse“ bilden müssen, um inhaltlich die Interessen von

¹² Nach einer Bilanzierung des Peking-Prozesses im Jahr 2000 wurde festgestellt: „In den Parlamenten sitzen fünf Jahre nach Peking 12,9 Prozent Frauen, ein Anstieg um anderthalb Prozentpunkte. Spitzenreiter ist Skandinavien mit knapp 40 Prozent, Schlußlichter sind die arabischen Staaten mit gut 3 Prozent. Die Einführung westlicher Demokratiemodelle in Osteuropa hat keineswegs zu gleicher Repräsentation von Frauen und Männern in der Politik geführt. Im Gegenteil: nach der Abwicklung von reservierten Sitzen für Frauen konnten Parteien und Parlamente sich weitgehend als männliche Biotope etablieren.“ (Wichterich 2000, S. 25)

Frauen oder anderen Diversity-Gruppen¹³ zu vertreten. In der Politik müsse zu dem formalen Aspekt des Frauen-/Männeranteils ein inhaltlicher hinzukommen, der sich in den Inhalten der Politik ausdrückt. Ohne „Genderanalyse“ und daraus abgeleiteten politischen Forderungen bewirkt der Anteil der teilnehmenden Frauen noch nicht automatisch eine inhaltlich andere Politikausrichtung, wie Ulrike Röhr in ihrem Beitrag am Beispiel der Klimaschutz-Verhandlungen zeigt.

Als politisches Konzept und Strategie zur Erreichung von mehr Präsenz und Macht in der Politik und in allen Bereichen der Gesellschaft verfolgt die internationale Frauenpolitik ein Empowerment der Frauen und anderer marginalisierter sozialer Gruppen. Dabei fokussiert die internationale Frauenlobby vor dem Hintergrund, dass das Mitmachen an einigen formalisierten Partizipationsformen (z.B. Stakeholder-Dialogen) zum Teil als „Spielwiese“ erfahren wurde, stark auf den Punkt der Mitgestaltung von Entscheidungen („Decision Making“). Auch die Europäische Kommission hat in ihrer Gender Equality-Politik diesen Punkt besonders aufgenommen und in einem Kommuniqué zu „Women and Men in Decision Making“ (EU vom 06.04.2004) umgesetzt.¹⁴

Diesen Ansatz der Stärkung von „Women Power“ and „balanced Participation of Women and Men in the Decision-Making Process“ haben wir in der sozial-ökologischen Forschung in analytischer Hinsicht mit dem Begriff der „Gestaltungsmacht“ aufgenommen. Die Kategorie Gestaltungsmacht bezeichnet sowohl die numerischen Anteile der Geschlechter in Institutionen und an Entscheidungsprozessen als auch ihre Stellung innerhalb von Entscheidungshierarchien und ihre Möglichkeiten, auf Entscheidungen überhaupt Einfluss nehmen zu können. Um den Empowerment-Ansatz über den Politikbereich hinaus auch auf die institutionellen Gefüge von Forschung, Wissenschaft und Technik beziehen zu können, die für die Lösung der Umweltprobleme eine starke Rolle spielen, wurde die Kategorie in der sozial-ökologischen Forschung auf diese Bereiche erweitert und ist begrifflich als „Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik“ (Schultz/Weller 1995) eingeführt worden, ins Englische übersetzt als „Shaping Power in Science, Technology and Politics“ (Schultz et al. 2002).

2.2.6 Fazit für die sozial-ökologische Forschung

Für die sozial-ökologische Forschung ist die Dimension Geschlecht/Geschlechterverhältnisse in zweifacher Weise relevant: Erstens als erkenntnistheoretisch begründeter Zugang zum Begreifen von Welt und Wirklichkeit, der in der internationalen Geschlechterforschung, den Women and Gender Studies, theoretisch begründet ist. Zweitens ist mit der Gestaltung der

¹³ Der Ansatz „Gender and Diversity“, der in der europäischen Frauenpolitik anerkannt ist, erweitert den Empowerment-Ansatz auf alle nicht gleichberechtigt behandelten gesellschaftlichen Gruppen. Neben „Gender“ werden „Ethnicity, Disability, Age or Income/Class“ als Kennzeichnungsmerkmale angesehen.

¹⁴ Sie erfasst ab jetzt regelmäßig die Geschlechterzusammensetzung in Institutionen der EU-Politik, in öffentlichen sowie in Rechtsprechungsorganen der Mitgliedsländer sowie von fünfzig öffentlich ausgewählten Unternehmen der Wirtschaft und des Wirtschaftssektors (Zentralbank etc.) anhand von Indikatoren.

Geschlechterverhältnisse aber auch eine politische Basisorientierung demokratischer Gesellschaften verbunden, die als normatives Postulat der Geschlechtergleichheit und Geschlechtergerechtigkeit (Gender Equity, Gender Justice) in der internationalen Politik anerkannt und in den UN-Weltkonferenzen ausbuchstabiert wird. In dieser Funktion sind die Geschlechterverhältnisse¹⁵ ein Indikator für Nachhaltigkeit und damit wiederum relevant für die Nachhaltigkeitsforschung. Für die sozial-ökologische Forschung sind beide Ebenen relevant. Sie sind konzeptionell in drei Kategorien gefasst: die Kategorien der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, der gesellschaftlichen Organisation von Intimität und der Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik. Diese Kategorien bezeichnen zentrale Genderdimensionen der sozial-ökologischen Forschung und dienen dazu, Forschungsfragen zur Identifizierung der „Gender Impacts“, bezogen auf die konkreten Problemstellungen des Forschungsprojekts, zu generieren. Außerdem verorten sie die Geschlechter-Dimension in den normativen Kontexten des Nachhaltigkeitsdiskurses und machen sie so für die interdisziplinäre Forschung transparent. Dabei ist einschränkend festzuhalten, dass die drei Genderdimensionen der sozial-ökologischen Forschung für Forschungsprojekte konzeptualisiert wurden, die sich auf Problem- und Fragestellungen der Länder des Nordens (Europa) beziehen. Für sozial-ökologische Forschungsprojekte, die sich auf makropolitische Zusammenhänge und auf die Länder des Südens beziehen, ist eine vierte analytische Kategorie, die in den Ländern des Nordens der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung untergeordnet werden kann, unbedingt als eigene Kategorie auszuweisen: das ist der geschlechtsspezifisch unterschiedliche Zugang zu Ressourcen: Landbesitz, Common Goods, Eigentum, Wasserressourcen etc. („Access to Resources“).¹⁶ Angesichts der aktuellen Debatte über Biodiversität, in der Landbesitz eine zentrale Rolle spielt, und angesichts der Privatisierung von Versorgungsdienstleistungen (Wasserversorgung z.B.) ist jedoch zu überlegen, dass diese Kategorie grundsätzlich aufgenommen werden sollte.

¹⁵ Einen Überblick mit neuesten statistischen Angaben über die Geschlechterverhältnisse weltweit gibt der seit 2000 alle 2 Jahre erscheinende Report von UNIFEM (UN Fund for the Development of Women): „Progress of the World's Women“.

¹⁶ Hummel, D./Hertler, C./Niemann, S./Lux, A./Janovic, C. (2004): Die Versorgungssysteme „Wasser“ und „Ernährung“ als Gegenstand sozial-ökologischer Forschung. 2. Arbeitspapier der SÖF-Nachwuchsgruppe demons. demons-working-paper 2, Frankfurt am Main: 14

2.3 Literatur

- Becker, E./Jahn, T. (2003): Umrisse einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Böhme, G./Manzei, A. (Hg.): Kritische Theorie der Technik und der Natur, München, S. 91–112.
- Becker-Schmidt, R. (2003): Frauen- und Geschlechterforschung in interdisziplinärer Perspektive. In: Paravicini, U./Zempel-Gino, M. (Hg.) (2003): Niedersächsischer Forschungsverbund für Frauen-/Geschlechterforschung in Naturwissenschaften, Technik und Medizin. Dokumentation. Wissenschaftliche Kolloquien 1999-2002, Hannover.
- Becker-Schmidt, R./Axeli-Knapp, G. (2000): Feministische Theorien. Zur Einführung, Hamburg.
- BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (2000): Rahmenkonzept Sozial-ökologische Forschung, Bonn.
- Butler, J. (1991): Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt am Main.
- Collin, B./Schultz, I. (1985): Bibliographie: Frauenarbeit in Produktion und Reproduktion 1978 –1984, Bielefeld.
- Federici, S. (1977): Lohn gegen Hausarbeit. Deutsche Ausgabe der „Lohn-für-Hausarbeits-Gruppen“ Berlin und Bremen, Berlin (italienisch: 1974).
- Feministische Studien (1991) Extraausgabe: „Frauen für eine neue Verfassung“.
- Helffrich, B. (1998): Frauenpolitische Arbeit im Integrationsprozess. Die Aktivitäten der Europäischen Frauenlobby im Kontext der Regierungskonferenz. In: femina Politica. Zeitschrift für feministische Politik.Wissenschaft. 7. Jg. , Heft 2, S. 35-44.
- ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung (1999): Sozial-ökologische Forschung – Rahmenkonzept für einen neuen Förderschwerpunkt. Gutachten im Auftrag des BMBF, Frankfurt am Main.
- Kropp, C. (2002): „Natur“. Soziologische Konzepte, politische Konsequenzen, Opladen.
- Lucke, D. (2003): Die Kategorie Geschlecht in der Soziologie. In: gender ... politik ... online. www.fu-berlin.de/gpo/doris_lucke.htm.
- Nünning, A. (Hg.) (1998): Metzler Lexikon Literatur- und Kulturtheorie. Ansätze (Personen - Grundbegriffe).
- Ortner, S. (1974): Is Female to Male as Natur is to Culture? In: Rosaldo, M.Z./Lamphere, L. (eds.): Women, Culture and Society, Stanford, S. 67–88.

- Ruf, A. (1998): Frauennetzwerke im Spannungsfeld von Globalisierung und Vielfalt. In: Klingebiel, R. /Randeria, S. (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht, Bonn, S. 66–84.
- Schultz, I./Weller, I. (Hg.) (1995): Gender & Environment. Ökologie und die Gestaltungsmacht der Frauen, Frankfurt am Main.
- Schultz, I. (2001): Umwelt- und Geschlechterforschung: eine notwendige Übersetzungsarbeit. In: Nebelung, A./Pöferl, A./Schultz, I. (Hg.): Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie, Opladen, S. 25–51.
- Schultz, I./Hummel, D./Hayn, D./Empacher, C. (2002): Gender in Research. Gender Impact Assessment of the specific programmes of the Fifth Framework Programme. Environment and Sustainable Development. Executive Summary, Brussels/Frankfurt am Main.
- UNEP (2001): Enhancing Civil Society Engagement in the Work of UNEP, Issues Paper on GC 21/19, internet: www.seu.ru/documents/eng/unep_cso/5.htm.
- Verloo, M./Roggeband, C. (1996): Gender Impact Assessment: The Development of a new Instrument in the Netherlands. In: Impact Assessment, Vol. 14, S. 3–21.
- Women's Environment and Development Organization, WEDO (2002): Gender Analysis of the WSSD Plan of Implementation, World Summit on Sustainable Development, New York (internet: [/www.wedo.org/sus_dev/analysis2.htm](http://www.wedo.org/sus_dev/analysis2.htm)).
- Women's Environment and Development Organization, WEDO (2002): Women and Sustainable Development 2000–2002, New York (internet: www.wedo.org/sus_dev).
- Wichterich, C. (2000): Wir wollen unsere Rechte jetzt – und zwar mit Zinsen. Fünf Jahre nach der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking: Bilanzen, Positionen, Perspektiven. Hg. von der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin.

3 Geschlechterverhältnisse in den internationalen Klimaschutzverhandlungen ¹⁷

Ulrike Röhr, genant – Leitstelle Geschlechtergerechtigkeit und Nachhaltigkeit/LIFE e.V.

3.1 Einleitung

1992 wurde nach zweijährigen Verhandlungen die UN-Klimarahmenkonvention (United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) verabschiedet und auf dem UN-Gipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro von 154 Staaten unterzeichnet. Im Hinblick auf konkrete Ziele war die Konvention weitgehend offen gehalten worden, bestimmte aber die Einrichtung von Institutionen, die den internationalen Prozess eines fortschreitenden Klimaschutzes stützen. Das ist die Einrichtung einer „Conference of the Parties“ (COP) sowie eines Klimasekretariats zu deren Unterstützung (Sekretariat der Klimarahmenkonvention 1999). Seitdem sollen bei den – bis auf Widerruf – jährlich stattfindenden Treffen Begrifflichkeiten definiert und Klimaschutzziele abgestimmt werden. Ferner soll der Austausch forciert und die Umsetzung der Konvention überprüft werden. Die Klimarahmenkonvention trat 1994 in Kraft, bis heute (Stand Mai 2004) ist sie von 188 Staaten unterzeichnet und von 166 Staaten ratifiziert worden.

Im Gegensatz zu der ebenfalls bei dem UN-Gipfel in Rio verabschiedeten Agenda 21, in der Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit bzw. der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern relativ breit integriert worden waren, fehlen diese Aspekte in der Klimarahmenkonvention völlig. Da aber die Konkretisierungen und Zielvereinbarungen zum Klimaschutz mit der Konvention noch nicht vereinbart waren, konnte erwartet werden, dass die fehlende Genderperspektive bei den jährlichen Konferenzen stärker ins Blickfeld rücken würde.

Diese Erwartung wurde zunächst bestätigt, geriet aber im weiteren Verhandlungsprozess in Vergessenheit. Erst mit der Konkretisierung der Instrumente des Kyoto-Protokolls, und hier vor allem des Clean Development Mechanism (CDM)¹⁸, erhielten mögliche geschlechtsspezifische Wirkungen und Anforderungen etwas mehr Aufmerksamkeit von GenderexpertInnen.

¹⁷ Die hier dargestellten Einschätzungen und Positionen beruhen, soweit nicht anders vermerkt, auf Diskussionen mit Klimaexpertinnen, die an den Konferenzen teilgenommen und die Verhandlungen verfolgt haben. Besonderer Dank für ihre Anregungen gilt Gotelind Alber vom Klima-Bündnis Europäischer Städte.

¹⁸ Zur Klärung der Begrifflichkeiten s.:
http://www.bmu.de/de/1024/js/sachthemen/energie/klima_bonn_glossar/

Da CDM-Projekte in Entwicklungsländern durchgeführt werden, es dort aktive Frauen-/ Gender-Netzwerke im Energiebereich und die entsprechenden Erfahrungen gibt, nehmen auch die derzeit dazu vorliegenden Positionen und Genderanalysen ausschließlich die Situation von Frauen in Entwicklungsländern in den Blick (s. z.B. Skutsch 2004, Skutsch/Wamukonya 2001). Für die Industriestaaten, die als finanzierende Länder ebenfalls daran beteiligt sind (Annex B-Staaten, vgl. Fußnote 18) fehlen Genderanalysen bisher völlig. Gleiches gilt für alle anderen Instrumente und Artikel der Klimarahmenkonvention und des Kyoto-Protokolls.

3.2 Historischer Überblick: Frauen auf den UN-Vertragsstaatenkonferenzen zum Klimaschutz

Die erste Vertragsstaatenkonferenz (COP1) fand 1995 in Berlin statt. Parallel zu den offiziellen Verhandlungen wurde das Internationale Frauenforum „Solidarität im Treibhaus“ veranstaltet, auf dem 200 Frauen aus 25 Ländern ihre Sicht auf den Klimaschutz diskutierten und Forderungen an die Staaten entwickelten. Das Programm des Forums macht deutlich, dass die Ursprünge der Frauenaktivitäten in der Anti-Atomkraft-Bewegung lagen. Dies zeigte sich in der Unterstützung der Nutzung erneuerbarer Energien zur Vermeidung von Klimaveränderungen, die vor allem als Alternative zur Nuklearenergie begriffen wurden. Das bestätigen auch Clancy et al. (2004) in dem Hintergrundpapier zur Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien: „In the North, for many women their direct involvement in energy issues came about with political opposition to nuclear power, for example, in Europe after the Chernobyl nuclear disaster. In proposing alternatives to nuclear power, women have begun to actively organise in promoting renewable energy. For example, Rainbow Serpent (the Plutonium Free Future Women’s Network based in Japan) has campaigned to demand that governments shift their investments and subsidies away from nuclear and fossil fuels towards safe, renewable energy systems“. Diese starke Präsenz von Frauen konnte sich in der Anti-Atomkraft-Bewegung halten; in der Erneuerbare Energien-Branche ging die Beteiligung von Frauen mit zunehmender Professionalisierung zurück (Röhr 2002).

Neben dem Internationalen Frauenforum gab es 1995 in Berlin eine Reihe weiterer Aktivitäten in Berliner Bezirken, die den Forderungen der Zivilgesellschaft nach wirksamen Klimaschutzvereinbarungen Nachdruck verleihen sollten. Hervorzuheben ist hier die „Meuterei auf dem Traumschiff – der Frauenbootsgipfel zum Klimagipfel“, mit dem Berliner Frauen-Umwelt-Organisationen auf dem Landwehrkanal in Berlin-Kreuzberg auf die Bedrohung durch Klimawandel mit einem „Wassertheater“ aufmerksam machten. Insgesamt entstand in Berlin der Eindruck, dass Frauen bei den Verhandlungen wie auch bei den begleitenden Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen eine bedeutende Rolle spielen. Zahlen allerdings, die diese persönliche Wahrnehmung beteiligter Frauen auf quantitativer Ebene bestätigen könnten, liegen nicht vor; auch die Liste der TeilnehmerInnen der offiziellen Konferenz ist nicht verfügbar.

In der Rückschau stellt sich die Frage, ob dieser furiose Start noch vom Schwung und der Euphorie der UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio getragen wurde. Fast

selbstverständlich war die internationale Frauenbewegung davon ausgegangen, dass die Agenda 21 und alle anderen UN-Beschlüsse zur Integration von Frauen-/Genderperspektiven nun in allen weiteren Verhandlungen und politischen Prozessen zumindest auf UN-Ebene umgesetzt würden. Aber schnell wurde deutlich, dass dies ein Trugschluss war: Klimaschutz wurde von den verhandelnden Parteien, dem Klimasekretariat wie auch den wissenschaftlichen Einrichtungen behandelt, als ob es ein genderneutrales Terrain sei.

Nach dem bemerkenswerten Auftakt der Beteiligung von Frauen(-organisationen) auf der COP1 in Berlin dauerte es fünf Jahre, bis Frauen-/Genderaspekte wieder im Konferenzprogramm auftauchten: Auf der COP6 in Den Haag wurde ein Side-Event „The Power of Feminine Values in Climate Change“ von der niederländischen Organisation ‚Business and Professional Women‘ angekündigt. In die hinterste Ecke einer außerhalb des Konferenzentrums liegenden Ausstellungshalle verbannt, konnte es keinerlei Aufmerksamkeit finden. Auffällig war auf dieser COP aber, dass in verschiedenen, täglich erscheinenden Konferenz-Newslettern der NGO-Gemeinde (z.B. The Earth Times, Equity Watch, ECO, ENB) mehrere Berichte über „die Frauen der COP“ erschienen, die einheitlich die geringe Präsenz von Frauen thematisierten – obwohl die COP6 den bis dato höchsten Frauenanteil hatte. Sie hoben vor allem deren wichtige Rolle bei den Verhandlungen hervor.

Die erste und bisher einzige „offizielle“ Erwähnung von Frauen gab es aber erst auf der COP7 in Marrakesch in Form einer EntschlieÙung. Mit der von Samoa eingebrachten, von Russland sowie der EU unterstützten Entscheidung 13/add.4 werden die Regierungen aufgefordert, Frauen bei der Nominierung für die unter der Klimarahmenkonvention und dem Kyoto-Protokoll eingerichteten Gremien stärker zu berücksichtigen (2001, Decision FCCC/CP/2001/13/add.4). Ferner soll das Sekretariat Informationen über die Genderzusammensetzung jeder der eingerichteten Gremien aufzeigen und sie den Unterzeichnerstaaten zur Aufmerksamkeit bringen. Bisher wurde diese EntschlieÙung aber vom Klimasekretariat nicht so verfolgt, dass es die entsprechenden Daten aktiv bekannt gemacht hat oder sie veröffentlichten würde. Allerdings stellt das Sekretariat auf Anfrage problemlos die entsprechenden Daten zur Verfügung.

Auf der COP8 in Neu Delhi wurde von ENERGIA, dem internationalen Netzwerk Gender und nachhaltige Energie im Süden, in Kooperation mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) ein Workshop „Is the Gender Dimension of the Climate Debate Forgotten? Engendering the Climate Debate: Vulnerability, Adaptation, Mitigation and Financial Mechanisms“ durchgeführt, der sehr viel Aufmerksamkeit erhielt, aber ausschließlich auf die Länder des Südens fokussierte.

Schließlich, nach mehr als 10 Jahren UN-Klimarahmenkonvention, traf sich auf Einladung zweier Frauenorganisationen (ENERGIA und LIFE) auf der vorletzten Konferenz in Mailand (COP9) eine 30-köpfige Gruppe interessierter KonferenzteilnehmerInnen, um sich gemeinsam und besser koordiniert für die Integration der Genderperspektive in die Verhandlungen und der Umsetzung der Ergebnisse einzusetzen. Geplant wurde dort, Ende 2004 auf der COP10 in Buenos Aires einen ganzen Tag den Geschlechteraspekten beim Klimaschutz zu widmen. Dafür wurde bereits Unterstützung von der schwedischen Umweltministerin zugesagt. Diese hatte, gemeinsam mit ihren Kolleginnen aus dem Netzwerk der Umweltministe-

rinnen, auf der COP9 in Mailand zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Promoting Gender Equality, Providing Energy Solutions, Preventing Climate Change“ eingeladen.

Erst seit zwei bis drei Jahren – seit der COP8 in New Delhi und einer Veröffentlichung von Oxfam zu Gender und Klimaschutz – wird in Diskussionspapieren vor allem von Frauen aus dem Süden darauf hingewiesen, dass die nicht vorhandene Gendersensibilität möglicherweise zu dem ineffektiven Verhandlungsprozess beigetragen habe und immer noch beiträgt, bzw. umgekehrt, dass das Kyoto-Protokoll mit der Integration einer Genderperspektive hätte gestärkt werden können.

Es deutet sich an, dass nach fast zehn Jahren einer sehr diskontinuierlichen und wenig abgestimmten¹⁹ Beteiligung von Frauenorganisationen an den Klimakonferenzen der Faden von der COP1 bzw. dem Internationalen Frauenforum „Solidarität im Treibhaus“ wieder aufgenommen wird. Den Boden für eine verstärkte Wahrnehmung von Genderaspekten bereiten Frauen, die an der Spitze von Umweltorganisationen/-netzwerken stehen, von denen zumindest einige die Notwendigkeit des Gender Mainstreaming erkennen.

3.3 Quantitative Beteiligung von Frauen an den UN-Klimaverhandlungen und deren Auswirkungen

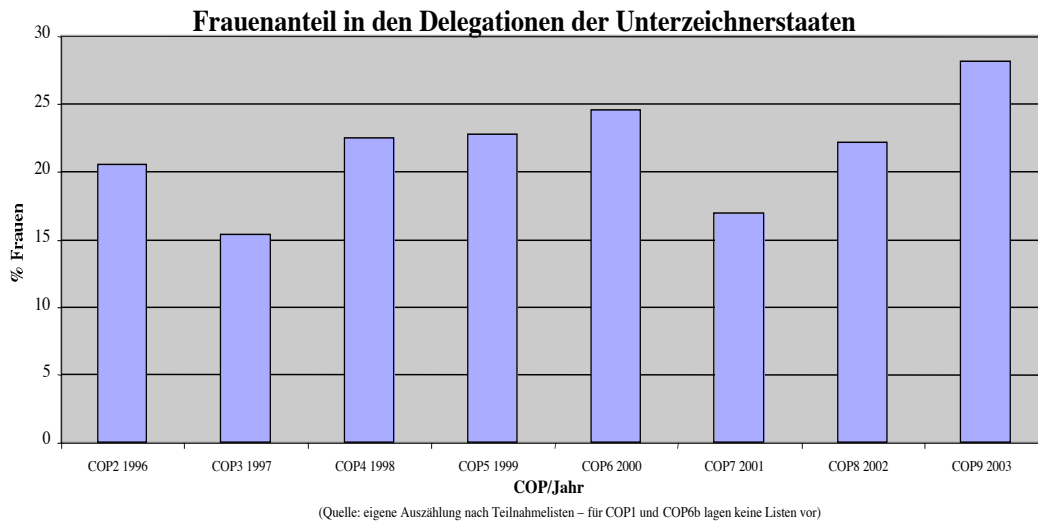
Grundsätzlich lassen sich die TeilnehmerInnen an den UN-Klimakonferenzen in sechs verschiedene Gruppen aufteilen: Regierungsdelegationen, Industrie und ihre Repräsentanten, Umwelt-NGOs, Städtenetzwerke und kommunale Verbände, Indigene und neuerdings auch Forschungsinstitutionen. Delia Villagrassa, langjährige Leiterin des Climate Action Network Europe und heutige leitende Direktorin von e5 (European Business Council for a Sustainable Energy Future), beschreibt die ‚familiäre‘ Situation zwischen Regierungsdelegationen, Wirtschafts- und Industrie-NGOs und Umwelt-NGOs bei den Klimaverhandlungen: Es habe in der Zeit von 1990 bis 1997 (Kyoto) kaum personelle Veränderung bei den TeilnehmerInnen gegeben. Das habe ein enges Networking und intensive Kommunikation ermöglicht. „I believe, that the unique framework and atmosphere of the climate negotiations have allowed the gender issue to become important“ (Villagrassa 2002, S. 41) reflektiert sie den besonderen Beitrag der beteiligten Frauen bei den Verhandlungen zum Kyoto-Protokoll. Basierend auf ihrem Networking, ihren zwischenmenschlichen Fähigkeiten und ihrer langfristigen Planung seien Frauen in der Lage gewesen, trotz ihrer Unterrepräsentanz eine starke und generell positive Rolle im Klimaschutz zu spielen (ebd.). Das zeigt sich auch bei den Städtenetzwerken, die bisher auf den Konferenzen ausschließlich durch Frauen vertreten waren.

¹⁹ So wussten häufig die OrganisatorInnen von Side-Events zu Frauen-/Genderspekten im Klimaschutz nicht, dass es vereinzelte Aktivitäten bei den vorhergehenden Konferenzen gegeben hatte und konnten sich deshalb auch nicht inhaltlich darauf beziehen.

a) Die Regierungsdelegationen

In den Regierungsdelegationen findet sich neben VertreterInnen der zuständigen Ministerien der jeweiligen Staaten ein teilweise sehr großer Stab an BeraterInnen aus Forschung, Industrie und Verbänden. Auffällig groß sind bei allen Konferenzen die Delegationen der Staaten, in denen die Konferenz stattfindet. So kann es durch diese „Aufstockung“ mit VertreterInnen aus Nichtregierungsorganisationen zu Verzerrungen im Geschlechterverhältnis der TeilnehmerInnen kommen. Bei der COP6 beispielsweise hatte die niederländische Delegation einen sehr hohen Frauenanteil, umgekehrt bei der COP7 die marokkanische einen sehr niedrigen.

Die folgende Tabelle zeigt, ungeachtet dieser möglichen Verzerrungen, die Entwicklung des Anteils von Frauen in den Regierungsdelegationen der Vertragsstaaten an den UN-Klimakonferenzen:



Der Anteil der an den UN-Klimakonferenzen anwesenden Ministerinnen schwankt zwischen 15% (z.B. COP9) und 20% (z.B. COP6) und liegt damit in etwa auf dem Niveau des Anteils weiblicher Ministerinnen weltweit.

Auch auf der Ebene der Delegations- und VerhandlungsleiterInnen sind Frauen wesentlich geringer repräsentiert als im Schnitt der Delegationen. Trotzdem waren es nach Ansicht von Villagrassa (2002) die Frauen, die die wichtigste Rolle bei der Gestaltung des Kyoto-Protokolls hatten – hier werden immer wieder beispielhaft die deutsche und die schweizerische Verhandlungsleiterin genannt, die in einer Art und Weise agierten, die sich wesentlich von der ihrer männlichen Kollegen unterschied. Sie verließen den „Verhandlungsbunker“ häufig, sie interagierten intensiv mit andern Delegationen außerhalb der formalen Sitzungen. Besonders hervorgehoben wird ihr Engagement bei der Integration der Delegationen aus Entwicklungsländern in den Verhandlungsprozess: Da diese zahlenmäßig unterlegen waren, ihre Delegationen häufig nur aus ein bis zwei Personen bestanden, waren sie nicht in der Lage, den Verhandlungen auf den oftmals zeitlich parallel stattfindenden Sitzungen zu folgen. Die weiblichen Verhandlungsleiterinnen kommunizierten mit diesen Ländern und beteiligten sie so an den Entscheidungen. Obwohl auch sie die Interessen ihrer Länder zu vertreten hatten,

ten, konnten sie auf der Basis ihrer persönlichen Integrität, durch Respekt und Vertrauen Brücken zwischen den Nationen bilden (Villagrassa 2002). Jennifer Morgan, die auf der COP1 in Berlin als Koordinatorin des US Climate Action Network teilnahm und heute verantwortlich für internationale Klimapolitik beim WWF ist, beschrieb das bereits 1995 so: „Denn, obwohl Frauen eine winzige Minderheit in diesen männlich dominierten UN-Strukturen sind, sind sie (...) es, die aufstehen und sagen: Lasst das Reden sein, füllt die Kluft zwischen den Verhandlungen im Gebäude und dem Geschehen in der realen Welt draußen und lasst uns vorwärts gehen.“ (Frauen für Frieden und Ökologie 1996, S. 19)

b) BINGO (Business and Industry NGO)

Die Gruppe der Industrievertreter ist auf den Konferenzen immer noch ein fast exklusiver Männerclub. Hier findet sich der von allen Gruppen geringste Frauenanteil, besonders wenn man die Ebene der entscheidenden Lobbyisten betrachtet. Ebenso gibt es hier auch die geringste geographische Vielfalt: die überwiegende Mehrheit kommt aus den USA, weniger als 5% aus den Entwicklungsländern. Die meisten Lobbyisten agierten stark und konsequent gegen das Kyoto-Protokoll. Ihre Aktionen lassen häufig einen Mangel an Feingefühl erkennen, reißerische Argumentationen und aggressives Lobbying tragen nicht zu einem positiven Image bei. Ihr Mangel an Verständnis für Networking und für die Einbeziehung unterschiedlicher Kulturen und Hintergründe wird von vielen als Grund für den – aus Sicht der Industrie – Misserfolg der Verhinderung des Kyoto-Protokolls gesehen (Villagrassa 2002, S. 41).

c) ENGO (Environmental NGO)

Obwohl sich auch hier im Durchschnitt eine Dominanz von Männern zeigt, werden doch einige der größten NGO von Frauen vertreten. Vor allem bei dem informellen Zusammenschluss der NGO, dem Climate Action Network (CAN) hat sich die „Frauenpower“ durchgesetzt: deren mitgliederstärksten und aktivsten regionalen Knotenpunkte werden von Frauen geleitet (Europa, USA, Canada, UK, CEE. Auch CAN-Afrika wird von einer Frau geleitet, gehört aber nicht zu den mitgliederstärksten Netzwerkknoten). Es waren Frauen, die eine Zusammenarbeit zwischen den NGOs aktiv ermöglicht haben und durch die starke Botschaften hinaus in die Welt gingen, bewertet Villagrassa (2002, S. 42) die Lobbyarbeit der Frauen. Sie benennt den Klimaschutz als einzigen NGO-Bereich, in dem Frauen eine solche Prominenz erreicht haben und hält es nicht für einen Zufall, dass genau der NGO-Bereich, in dem die Frauen die meiste Macht haben, auch die meiste Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit bekommt. Sie interpretiert den hohen Frauenanteil in leitenden Positionen des Klimaschutzes bei NGO dahingehend, dass die Komplexität des Themas Frauen anziehe, während Männer eher von gradlinigen „Kämpfen“ angezogen werden, die einfacher zu gewinnen sind (ebd.).

d) Frauenorganisationen

Ein abschließender Blick soll noch auf die Beteiligung von Frauenorganisationen an den Klimaverhandlungen geworfen werden. Ganze 21 Teilnehmerinnen aller acht hier ausgezählten UNFCCC-COPs vertraten explizit eine Frauenorganisation; die eine Hälfte als Mitglieder anderer NGO-Delegationen, die andere Hälfte in eigenen Kleinstdelegationen. Seit 1999 ist der „International Council of Women“ als Observer akkreditiert, seit 2003 als weitere Frauenorganisationen LIFE e.V. und Women in Europe for a Common Future (WECF). In der folgenden Tabelle der Vertreterinnen von Frauenorganisationen sind die als ‚Observer‘ akkreditierten Organisationen fett markiert. In Klammern die Anzahl der Vertreterinnen.

COP2/1996	Women for Peace and Ecology (1)
COP3/1997	International Women’s Year Liaison Group (2)
COP4/1998	–
COP5/1999	International Council of Women/ICW (1)
COP6/2000	ICW (2) , LIFE –Frauen entwickeln Ökotechnik e.V. (1), African Indigenous Women Organisation (1)
COP7/2001	ICW (2) , African Indigenous Women Organisation (1)
COP8/2002	ICW (1) , Women for Sustainable Development (1), All Indian Women’s Conference (1)
COP9/2003	ICW (1) , LIFE (3) , Women for Sustainable Development (1), African Indigenous Women Organisation (1) South Asia Indigenous Women Forum (1)

Diese ungewöhnlich geringe Beteiligung von Frauenorganisationen an UN-Konferenzen wird von einer NGO-Vertreterin nach der COP3 in Kyoto folgendermaßen interpretiert: „Die Argumente, die auf den Klimakonferenzen ausgetauscht werden, sind ausschließlich ökonomischer Natur. Entscheidungen, die getroffen werden, beachten noch nicht einmal das schlichte Überleben. Vielleicht haben Frauenorganisationen das Gefühl, dass sie in diese männlichen Perspektiven nicht eindringen können und bleiben deshalb zu Hause.“ (Sargent 1997, Übersetzung der Autorin) Der Widerspruch zwischen den Argumenten, dass einerseits die Komplexität der Thematik Frauen als Einzelpersonen anziehe (Villagrassa), andererseits die rein ökonomische Ausrichtung der Diskussionen Frauenorganisationen abschrecke (Sargent), kann hier nicht aufgelöst werden und weist auf Forschungsbedarf hin.

3.4 Geschlechterverhältnisse als Thema bei den Klimaverhandlungen

Nach dieser ausführlichen Betrachtung der Präsenz von Frauen auf den Klimakonferenzen stellt sich die Frage nach deren Wirkung: Führt eine geschlechtergerechtere Beteiligung – neben der Veränderung der Verhandlungsstrukturen – zu anderen, geschlechtersensiblen Ergebnissen?

Bezüglich der Verhandlungsstrukturen wurde bereits erwähnt, dass Frauen in leitenden Funktionen die Verhandlungen maßgeblich geprägt haben, dass ohne sie ein Ergebnis kaum zustande gekommen wäre – und dies, obwohl die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegationen keineswegs geschlechtergerecht war. Trotz dieser positiven Einschätzung der Wirkungen der Frauenbeteiligung seitens einiger NGO-Protagonistinnen ist ein Mangel an Genderaspekten sowohl bei den Verhandlungen als auch bei der Entwicklung von Instrumenten nicht zu übersehen. Skutsch (2002) führt die Nichtberücksichtigung von Genderaspekten auf den Generalisierungsanspruch der intendierten Ergebnisse zurück. Am Beispiel der Ausarbeitung des Kyoto-Protokolls zeigt sie, dass die VerhandlungsleiterInnen, um einen Erfolg zu erzielen, auf universelle Themen fokussieren mussten; Genderthemen hätten dabei die Aufmerksamkeit zerstreut. Darüber hinaus seien aber auch die Ressourcen der wenigen Frauen limitiert. In der allgemeinen Krise, in der die Verhandlungen um das Kyoto-Protokoll steckten, hätten Genderaspekte keinen Raum gehabt. Stellt man die (wenigen) Thematisierungen von Gender-/Frauenaspekten bei den Vertragsstaatenkonferenzen in Beziehung zu dem jeweiligen Stand der Verhandlungen, so scheint sich diese These zu bestätigen: Wenn die Verhandlungen stocken, wenn es nicht voran geht und/oder die Verhandlungen langfristig dahinplätschern, lässt man sich vom Thema „Gender“ oder der Partizipation von Frauen, sozusagen als „Pausenfüller“, aufmuntern. Dies zeigte sich auf der COP6 in Den Haag, die mangels Ergebnis bei einer zusätzlichen COP6b in Bonn fortgesetzt werden musste. Ebenso kann das relativ große Interesse an Genderaspekten auf der COP9 in Mailand darauf zurückgeführt werden, dass ansonsten wenig wirklich Entscheidendes bzw. Umstrittenes auf der Tagesordnung stand; ebenso könnte die Entschließung zur Beteiligung von Frauen an den Gremien der Klimaverhandlungen auf der COP7 in Marrakesch u.a. darauf zurückgeführt werden, dass ansonsten wenig Substantielles zum Klimaschutz verhandelt wurde und dass sie geprägt war durch den wenige Wochen vorher verübten Anschlag auf das World Trade Center in New York. Wenn die Verhandlungen in eine „heiße“ Phase kommen, müssen Ressourcen und Aufmerksamkeit aber wieder auf die „wichtigen Themen“ fokussiert werden. Gender als Lückenfüller und Verhandlungsmasse – davon wissen LobbyistInnen und VerhandlerInnen in vielen UN-Prozessen zu berichten (vgl. z.B. Wichterich 1992).

Ungeachtet dessen zieht das schwedische Umweltministerium in der Dokumentation des Workshops „Promoting Gender Equality, Providing Energy Solutions, Preventing Climate Change“ auf der COP9 etwas unerwartet das Fazit „there is no shortage of political decisions that highlight the importance of integrating gender concerns in energy and climate policy, the main problem is that there has been insufficient follow up within the key institutions“ (Johannah Bernstein/Swedish Environmental Ministry 2003, S. 6). Diese Bewertung mag bezogen auf andere UN-Prozesse richtig sein; bei den Klimakonferenzen mangelt es aber auch und vor

allem an der Anerkennung der Thematik der Geschlechtergerechtigkeit als eine für den Klimaschutz wichtige Grundlage: Bisher gibt es keinen Beschluss zur inhaltlichen Integration von Genderaspekten bei den Klimaverhandlungen, und nur einen zur Partizipation von Frauen, der sich ausschließlich auf die Nominierung von Frauen für die Gremien bezieht. Trotzdem wäre es begrüßenswert, wenn als erster Schritt wenigstens diese Entschließung druckvoll umgesetzt würde.

Die Gemeinde der Umwelt-NGO, die ansonsten jedes fehlende Thema lautstark einfordert, hat sich zur mangelnden Integration von Genderaspekten öffentlich bisher kaum geäußert. Dies fällt besonders ins Auge, weil „Equity“-Aspekte eine große Rolle in den Diskussionen gerade der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen spielen, um die herum sich eine eigene Bewegung gruppiert (siehe z.B. www.risingtide.de). Equity wird dabei allerdings weitgehend auf Nord-Süd-Gerechtigkeit reduziert, Fragen der Gerechtigkeit innerhalb der Nationen spielen eine geringe Rolle, Fragen der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern gar keine (z.B. Toth 1999).

Die wissenschaftliche Basis der Klimaverhandlungen:

das „Intergovernmental Panel on Climate Change“

Bisher zeigen sich weder von Seiten der Vertragsstaaten, noch des Klimasekretariats, noch der Observer Bestrebungen, Genderaspekte in die Klimaverhandlungen zu integrieren. Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) als wichtigstes und einflussreichstes wissenschaftliches Gremium im Klimabereich. Das IPCC wurde 1988 unter der Schirmherrschaft der UNEP und der World Meteorological Organisation (WMO) eingerichtet. Mit seinen Berichten zum Stand des Wissens über den Klimawandel stellt das IPCC die wissenschaftliche Grundlage für den Verhandlungsprozess zum Klimaschutz bereit. Auffällig ist, dass das IPCC jegliche Gendersensibilität in seiner Forschung und seinen Berichten vermissen lässt und damit – nicht zuletzt aufgrund seiner großen Autorität – den Grundstein dafür legt, dass Klimaschutz als genderneutrales Themenfeld behandelt wird. Bestätigt wurde diese Wahrnehmung auf der 20. Sitzung des IPCC (IPCC 2003), bei der beschlossen wurde, einen 4. Sachstandsbericht (Assessment Report) zu den Auswirkungen des Klimawandels, dessen Vermeidung bzw. über die Anpassung an die Auswirkungen für 2007 vorzubereiten. Dabei soll größere Aufmerksamkeit als bisher Querschnittsthemen gewidmet werden: dafür wurden sieben Themen²⁰ identifiziert, die in allen Arbeitsgruppen und Themen bearbeitet werden sollen. Anders als bei der UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), die 2003 ebenfalls Querschnittsthemen für ihre zukünftige Arbeit definierte, fehlt Gender bei denen des IPCC.

Auch beim Artikel 6 der Klimarahmenkonvention und dessen aktueller Bearbeitung, bei der sich Genderaspekte geradezu aufdrängen, sucht man sie vergeblich. Der Artikel 6: „Bildung, Ausbildung und öffentliches Bewusstsein“ fordert die Unterzeichnerstaaten auf, Bildungspro-

²⁰

Die Querschnittsthemen sind: 1. Uncertainty and Risk, 2. Integration of Adaptation and Mitigation, 3. Issues related to Article 2 UNFCCC and Key Vulnerabilities, 4. Sustainable Development, 5. Regional Integration, 6. Water, 7. Technology.

gramme und Programme zur Förderung des öffentlichen Bewusstseins in Bezug auf die Klimaänderungen und ihre Folgen durchzuführen, den öffentlichen Zugang zu entsprechenden Informationen sicherzustellen und eine Beteiligung der Bevölkerung an der Entwicklung adäquater Gegenmaßnahmen zu unterstützen (Sekretariat der Klimarahmenkonvention 1999). Hier böte sich die Chance, eine adäquate Beteiligung von Frauen an der Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels aktiv zu fördern und dies bereits bei der weiteren Ausgestaltung des Artikel 6 einzubeziehen. Diese Chance wird bisher nicht genutzt. Dies ist möglicherweise auf die gerade von Frauen (Sargent 1997) beklagte technokratische Bearbeitung des Klimawandels bei den Verhandlungen zurückzuführen.

Es ist zu vermuten, dass die geringe Berücksichtigung von Genderaspekten mit der ebenso geringen Beteiligung von GenderexpertInnen oder, um im UN-Sprachgebrauch zu bleiben, der „Major Group“ Frauen an den Verhandlungen zusammenhängt. Sie macht deutlich, dass es nicht ausreicht, den Frauenanteil zu erhöhen, wenn nicht gleichzeitig eine Genderanalyse der Verhandlungsgegenstände und -ergebnisse erfolgt. Nachteilig bemerkbar macht sich bei den Verhandlungen auch, dass international anerkannte und erfahrene Frauenorganisationen wie WEDO – Women’s Environment and Development Organisation, die bei den meisten anderen UN-Verhandlungsprozessen die Entwicklung der Forderungen von Frauen aus aller Welt organisieren und koordinieren, den Klimaprozess bisher nicht begleiten.

3.5 Klimaverhandlungen: Inhaltliche Genderaspekte und Anknüpfungspunkte aus Gendersicht

1. Adaptation und Vulnerability: Anpassung an den Klimawandel auf der einen, die Verwundbarkeit (zum Begriff der Vulnerability siehe den Beitrag von Gudrun Seltsmann) durch dessen Folgen auf der anderen Seite sind Themen, die bei den Klimaverhandlungen zunehmend auf der Agenda erscheinen. Für beides ist ein wesentlicher Faktor der Zugang zu Ressourcen: Die Konstruktion der Häuser, die Höhe der Dämme, aber auch die Art der landwirtschaftlichen Produktion den sich verändernden klimatischen Bedingungen anzupassen, erfordert finanzielle Ressourcen und ist in der Regel nur für die reichen Länder bzw. die reichen Bevölkerungsschichten innerhalb der Länder möglich. Verwundbar durch die Auswirkungen des Klimaschutzes sind in der Regel die Armen, diejenigen, die sich aufgrund mangelnder Ressourcen nicht ausreichend schützen können oder die aufgrund sozialer Rollen ungeschützt sind. Das wurde im 3. Sachstandsbericht des IPCC eindrucksvoll dargestellt (IPCC 2001). In beiden Konzepten – dem der Anpassung wie dem der Verwundbarkeit – sind aufgrund der unterschiedlichen gesellschaftlichen Rollen von Frauen und Männern, aufgrund des unterschiedlichen Zugangs zu Ressourcen deutliche Geschlechterunterschiede zu erwarten.

Zurückgegriffen werden kann für eine geschlechterdifferenzierte Bearbeitung der Themen u.a. auf die Ergebnisse der genderbezogenen Katastrophenforschung, die gerade zu klimabedingten Naturkatastrophen wie Überflutungen, Hochwasser, Stürme, Dürre mit einer ganzen Reihe interessanter Ergebnisse aufwarten kann – in erster Linie aus der Sicht sich entwickelnder Länder bzw. der am wenigsten entwickelten Länder, die die Hauptlast der Klimaveränderun-

gen tragen (werden tragen müssen). Hier wie überall in der Welt stellen Frauen das Gros der Armen, sind Frauen stärker von den direkten negativen Auswirkungen sowohl bei der Einkommensbeschaffung, als auch bei der Versorgungsarbeit, aber auch durch zunehmende Gewalt in unsicheren Situationen nach Katastrophen betroffen. Männer dagegen sind eher durch ihre eigenen „heroischen“ Aktionen gefährdet: bei der Suche und Rettung von Vermissten oder bei Aufräumarbeiten. Bemängelt wird von der genderspezifischen Katastrophenforschung, dass Frauen fast ausschließlich als Opfer betrachtet werden, selten als diejenigen, die zur Vorbeugung gegen Naturkatastrophen beitragen, z.B. durch das Pflanzen von Bäumen gegen Bodenerosion oder durch Verhaltensänderungen (Enarson 2000a und 2000b). Deshalb fordert die genderbezogene Katastrophenforschung eine Abkehr vom bisher dominanten technokratischen Zugang über das Gefahrenmanagement. Sie empfiehlt einen alternativen Diskurs, der soziale Gerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit verknüpft mit der Verminderung von Katastrophen durch nachhaltige Entwicklung. Diese Forderung ist direkt übertragbar auf die Klimaverhandlungen im Bereich Anpassung an den Klimawandel sowie auf die damit zusammenhängenden Instrumente und Finanzierungsfonds.

2. Ein Aspekt der „Vulnerability“ ist Gesundheit, die allgemein einen der wichtigsten Kristallisationspunkte genderspezifischer Perspektiven bei vielen Umweltthemen bildet. Gründe hierfür liegen u.a. in dem unterschiedlichen Gesundheitsbewusstsein von Männern und Frauen (BMFSFJ 2001), in den stärker auf Vorsorge und Fürsorge ausgerichteten sozialen Rollen von Frauen, aber auch in den unterschiedlichen physischen/biologischen Dispositionen.

Von der Weltgesundheitsorganisation wurde 1999 beschlossen, eine Methodik für nationale Gesundheitsberichte über die Verwundbarkeit durch und Anpassung an den Klimawandel zu entwickeln, mit der – unter anderem – verletzbare Bevölkerungsgruppen identifiziert werden sollten. Die Methodik wurde 2003 veröffentlicht (WHO Europe 2003), zeitgleich mit der ersten Studie zu „Climate Change and Human Health – Risks and Responses“ (WHO 2003). Zu kritisieren ist, dass die Methodik – die für die Berichte aller Nationen empfohlen wird – keine Bezüge zu Genderaspekten herstellt. Entsprechend sind die Daten der o.g. ersten Studie zu Klimawandel und menschlicher Gesundheit nach allen nur denkbaren Variablen disaggregiert – nicht aber nach Geschlecht. Eine Korrektur oder Ergänzung der Assessment-Methodik mit der erforderlichen Genderperspektive könnte dazu beitragen, die bisher fehlenden Daten bereitzustellen und die aus den Ergebnissen folgenden Maßnahmen entsprechend auszurichten.

3. Es fehlt eine grundlegende Genderanalyse der Instrumente des Klimaschutzes. Diese sind bisher ausschließlich aus der Genderperspektive des Südens analysiert worden – und auch dies eher fragmentarisch im Hinblick auf die Beteiligung von Frauen bzw. daraufhin, was getan werden muss, damit sie Frauen zugute kommen. Das heißt, die Instrumente selbst werden als gegeben gesetzt und unter der Prämisse, dass sie (auch) Frauen zugute kommen, positiv bewertet. Dies gilt für die Projekte des „Clean Development Mechanism“, also Maßnahmen, bei denen CO₂-reduzierende Maßnahmen in Entwicklungsländern finanziert werden, wie auch für die Fonds zur Anpassung an den Klimawandel. Aus der Sicht des Nordens stellen sich

diese Instrumente und deren Implikationen möglicherweise anders als im Süden dar, so dass die unterschiedlichen Situationen von Frauen bzw. die unterschiedlichen Geschlechterverhältnisse im Norden und im Süden auch zu unterschiedlichen Bewertungen und entsprechenden Forderungen im Klimaschutz führen können. Ist beispielsweise die Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen im Süden überlebensnotwendig, besteht im Norden die Gefahr, dass damit von den erforderlichen Veränderungen unseres Lebensstils (Energieverbrauch, Verkehrsvermeidung, ...) abgelenkt wird. Wichtig ist deshalb, auf der Basis von Genderanalysen Positionen auch aus der Sicht der industrialisierten Länder zu erarbeiten und bei den Verhandlungen zu vertreten. Das heißt auf der Kooperationsebene der Frauen-/Genderorganisationen, dass sehr genau abgestimmt werden muss, wie die jeweiligen unterschiedlichen Situationen konstruktiv in eine gemeinsame Strategie einfließen können.

4. Neben den Instrumenten selbst sollten aus der Genderperspektive die Budgetlinien, die Fonds, analysiert werden. Mit ihnen werden vor allem im Süden Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel, wie auch zur Information und zur Bildung oder Projekte im Rahmen der Clean Development Mechanism (CDM) finanziert. Mit Genderbudgeting als bereits entwickeltem, aber voraussichtlich an die Thematik anzupassendem Analyseinstrument könnte die Vergabe von Mitteln an die Prinzipien der Geschlechtergerechtigkeit geknüpft und damit deren Nutzen für „Vulnerable Groups“ erhöht werden.

3.6 Positionen zu den ‚flexiblen Mechanismen‘ des Kyoto-Protokolls

Betrachtet man das Kyoto-Protokoll aus der Perspektive einer nachhaltigen Entwicklung, fällt auf, dass dessen „flexible Mechanismen“, d.h. Emissionshandel und projektbasierte Instrumente wie Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM), in erster Linie die Ökonomie und die Ökologie bedienen. Die Instrumente sind auffällig ökonomisch ausgerichtet – hier ist der Emissionshandel nur ein Beispiel. Auch bei der Ökologie erfolgt eine Reduktion auf einen Bereich: den Klimaschutz und innerhalb dieses Bereichs wiederum auf einen Aspekt: die Verminderung der Emissionen. Die soziale Dimension der Nachhaltigkeit wie auch die handelnden Menschen werden weitgehend ignoriert; kurzfristige, rein ökonomische Optimierung leitet das Vorgehen. Aus der Perspektive der Vorsorge/des vorsorgenden Wirtschaftens sollte aber als Handlungsmaxime nicht nur gelten, wo es am schnellsten am meisten CO₂-Reduzierung pro eingesetztem Euro gibt, sondern wo es am meisten Nachhaltigkeit für das eingesetzte Geld gibt. Nach dem Vorsorgeprinzip muss es auch beim Klimaschutz und der Verhinderung des Klimawandels um Langfristperspektiven gehen, nicht um kurzfristige, häufig auch kurzlebige Erfolge.

Aspekte der Gerechtigkeit spielen eine nicht unerhebliche Rolle bei den flexiblen Mechanismen – werden allerdings bei den Klimaverhandlungen, wenn überhaupt, nur marginal betrachtet. So kann beispielsweise der Emissionshandel in Verbindung mit CDM und JI dazu

führen, dass die weltweite Ungleichheit der Pro-Kopf-Emissionen weiter auseinander driftet, weil es die billigsten CO₂-Zertifikate vermutlich in den Ländern mit den geringsten pro-Kopf-Emissionen geben wird. Kauft der Norden diese auf, könnte damit eine Entwicklung in den Ländern verhindert oder zumindest erschwert werden, wenn fossile Energien durch den weiter zu hohen Verbrauch im Norden zu teuer werden.

Projekte des „Clean Development Mechanism“ (CDM), so beschreibt es das Kyoto-Protokoll, sollen der nachhaltigen Entwicklung dienen. Wie aber wird Nachhaltigkeit in den Ländern, in denen die Projekte durchgeführt werden, definiert? Und vor allem: Wer definiert, was nachhaltig ist? Die Partizipation der verschiedenen Bevölkerungsgruppen – Indigene, ländliche Bevölkerung, Frauen etc. – wird zwar bei der Planung von CDM-Projekten in Deutschland als wichtige Anforderung an die Projekte definiert, aber ob die Ergebnisse der Konsultation im weiteren Prozess wirklich berücksichtigt werden, bleibt ebenso offen, wie die Qualität der Konsultation. Wird z.B. die Information über das geplante Projekt vorrangig über das Internet verbreitet, werden wesentliche Teile der Bevölkerung – vor allem, aber nicht nur, die Frauen – ausgeschlossen. Sind die Fristen für Eingaben zu kurz angesetzt, ist eine reale Beteiligung der Bevölkerung in entlegenen Gegenden, häufig Indigene, gar nicht möglich.

Zur Beteiligung von Frauen an CDM-Projekten gibt es vor allem von Frauen/Gender-Energieorganisationen aus dem Süden klare Forderungen: Diese müssen die Energiebedürfnisse von Frauen berücksichtigen, d.h. die Art der Energie zur Verfügung stellen, die im Haushalt und/oder für einkommensschaffende Maßnahmen benötigt werden. Die mit den Projekten produzierte Energie muss erreichbar und bezahlbar sein. Vor allem müssen Frauen vor Ort an der Entwicklung der Projekte beteiligt werden. Befürchtungen bestehen hier vor allem hinsichtlich der Größe der Projekte: Finanziell und organisatorisch rentabel sind vor allem Großprojekte, diese gehen aber in aller Regel an den eher geringen Energieverbräuchen der Frauen vorbei. Eine ausschließlich Förderung solcher Großprojekte wäre also aus Sicht der Frauen und der Armutsbekämpfung fatal (s. Skutsch/Wamukonya 2001).

Aber auch in den investierenden Industrieländern können die billig durch Finanzierung von CO₂-einsparenden Techniken in Entwicklungsländern erworbenen CO₂-Zertifikate negative Auswirkungen haben. Hier kann der CO₂-Ausstoß durch die Anrechnung der ‚Credits‘ gleich bleiben oder sogar erhöht werden. Völlig aus dem Blickfeld gerät dabei, dass CO₂ nicht isoliert in die Luft emittiert wird, sondern gekoppelt ist mit anderen Verschmutzungen, d.h. die Luftverschmutzung könnte hier vor Ort wieder zunehmen.

Ob Emissionshandel als ein auf den Mechanismen des Kapitalmarktes basierendes Instrument wirksam zum Klimaschutz beitragen kann, soll hier nicht diskutiert werden. Die vorliegenden Allokationspläne der Europäischen Länder machen deutlich, dass er allenfalls zu einer prozentpunktgenauen CO₂-Reduzierung führen wird. Die im Kyoto-Protokoll festgelegten Reduktionsziele sind aber so gering, dass diese Verminderung des CO₂-Ausstoßes nicht ausreichen wird, um den Klimawandel aufzuhalten.

Nur wenig beachtet wurden bisher die Wechselwirkungen des Emissionshandels mit den CO₂-Reduktionen in anderen Sektoren. Da bei den meisten Allokationsplänen der Europäischen Union der Industrie eher mehr Emissionen zugesprochen wurden denn weniger, muss die Re-

duktion im Verkehrs- und Haushaltsbereich erreicht werden. Dies ist auch durchaus nachvollziehbar, da hier die größten Zuwächse in den letzten Jahren zu verzeichnen waren. Der Verkehrsbereich hat mit der Automobilindustrie eine mächtige Lobby, die erfahrungsgemäß jegliche Einschränkung zu verhindern weiß. So bleiben als letztes Glied in der Emissions-Kette die Haushalte, die vor der Aufgabe stehen, widersprüchliche Anforderungen zu erfüllen: technische Aufrüstung der Haushalte – vor allem mit Kommunikationstechnologie als selbstverständlicher Anforderung des Arbeitsmarktes an Information und Erreichbarkeit – mit der damit verbundenen Zunahme des Energieverbrauchs auf der einen, Reduzierung von CO₂-Emissionen auf der anderen Seite. Ein Spagat also, bei dem es sehr genau zu betrachten gilt, wie die Geschlechterverhältnisse von den zu erbringenden Reduktionszielen betroffen sind, beispielsweise bei der Verfügbarkeit über Kommunikationstechnik und PKW oder bei Entscheidungen über energetische Wohnungssanierungen und die Nutzung von Energie für die technische Entlastung von Hausarbeit und für Raumwärme (z.B. in Miethaushalten von Seniorinnen). Neben der grundsätzlichen Frage der Wirksamkeit des Emissionshandels löst nicht nur aus der Genderperspektive das Verschenken der Verschmutzungsrechte Verwunderung aus. Luft, neben Wasser eine wesentliche Grundlage allen Lebens und ein ‚Common Good‘, wird als frei verfügbares Medium gehandelt. Es stellt sich die Frage, ob das Verteilen von Emissions-Rechten nicht auch den psychologischen Effekt des Eigentums an Luft und damit auch des Rechts auf Verschmutzung birgt und ob mit dem Emissionshandel eine neue Stufe in der besonders von Frauen und ihren Organisationen im Umwelt- und Entwicklungsbereich sowie GlobalisierungskritikerInnen heftig kritisierten Privatisierung von „Common Goods“ eingetreten ist. Hier mangelt es bisher an Forschung auf der einen, dezidierten politischen Positionen auf der anderen Seite.

Ein letzter, die Effekte der Beteiligung an internationalen Verhandlungsprozessen betrachtende und vor allem aus der Genderperspektive interessanter Aspekt ist der Haltungsschwenk der Umweltverbände gegenüber dem Emissionshandel: Wurde dieser zunächst als „Handel mit heißer Luft“ rigoros abgelehnt, führte die Erkenntnis, dass in den Klimaverhandlungen kaum weitergehende Ergebnisse zu erzielen sind, zu dessen Akzeptanz. Heute wird der Emissionshandel von vielen Umweltverbänden als „einzig wirksames klimapolitisches Instrument“ (WWF-Pressemitteilung anlässlich der Diskussionen um den deutschen Allokationsplan, April 2004) bezeichnet. Diese Entwicklung lässt den Verdacht aufkommen, dass die Teilhabe von Nichtregierungsorganisationen an internationalen Verhandlungen nicht dazu führt, dass diese ihre Positionen massiv vertreten und in die Verhandlungen einbringen, sondern umgekehrt die Positionen „entradikalisiert“ und den Verhandlungen angepasst werden. Diese Tendenz ist zumindest bei den Klimaverhandlungen seit einigen Jahren sichtbar, so dass es kaum noch Unterschiede in den Positionen der (fortschrittlicheren) Regierungen und denen der sie kritisch beobachtenden Umwelt-NGOs gibt. Brunnengräber/Walk (1998, 2000) analysieren in ihrer Dissertation über Global Governance am Beispiel der Klimaverhandlungen, dass die NGOs nicht nur international vernetzt, sondern auch erheblich mit dem System verquickt seien. „Sie beschäftigten sich mit den gleichen Detailfragen, die auch in den Verhandlungen relevant waren, unabhängig davon, ob sie auch für einen effektiven Klimaschutz von Bedeutung sind.“ (Brunnengräber/Walk 1998) Hier stellt sich die Frage, welche Schlüsse daraus für die Beteiligung von Frauen an dem Klimaprozess zu ziehen sind und/oder ob ein Zusammenhang besteht zwischen der marginalen Beteiligung von Frauenorganisationen und dem systemkonformen Agieren der Umwelt-NGOs.

3.7 Schlussbemerkung

Die internationalen Klimaverhandlungen und die zum Klimaschutz eingesetzten Instrumente des Kyoto-Protokolls haben mit einiger Wahrscheinlichkeit eine hohe Genderrelevanz. Dies gilt nicht für alle Instrumente und nicht für alle Regionen der Welt in gleichem Ausmaß. Wie welches Instrument an welchem Ort auf die Geschlechterverhältnisse wirkt, ist ansatzweise nur für den Süden erforscht. Für den Norden lässt z.B. die Einrichtung und Besetzung der deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt befürchten, dass technokratische Instrumente auch entsprechende Verfahren nach sich ziehen, in denen Geschlechteraspekte wie auch Frauenförderung als Störfaktoren ignoriert werden.

3.8 Literatur

- Bernstein, J./Swedish Ministry for Environment (2003): Promoting Gender Equality, Providing Energy Solutions, Preventing Climate Change. Seminar report (draft) on the COP9 Seminar, Milan Dec. 9, 2003.
- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2001): Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland, Berlin.
- Bundesumweltministerium and Heinrich Böll-Stiftung (2001): Gender Perspectives for Earthsummit 2002 – Energy, Transport, Information for Decision-Making. Report on the International Conference, Berlin.
- Brunnengräber, A./Walk, H. (1998): Kaffee, Kekse, Konversation. Klimakonferenz: Die ‚globale Zivilgesellschaft‘ in Aktion. In: Die Wochenzeitung (Schweiz), Nr. 47, 18. Jg., 19.11.1998, S. 9-10.
- Brunnengräber, A./Walk, H. (2000): Die Globalisierungswächter. NGO und ihre transnationalen Netze im Konfliktfeld Klima, Münster.
- Clancy, J./Roehr, U. (2003): Gender and Energy: Is there a Northern Perspektive? In: Energy for Sustainable Development, Vol VII, Nr. 3, S. 44-50.
- Clancy, J./Oparaocha, S./Roehr, U. (2004): Gender Equity and Renewable Energies. Thematic Background Paper No. 12, Bonn (www.renewables2004.de/pdf/tbp/TBP12-gender.pdf).
- Enarson, E. (2000a): Gender Issues in Natural Disasters: Talking Points and Research Needs. ILO InFocus Programme on Crisis Response and Reconstruction Workshop, Geneva May 3-5, 2000.
- Enarson, E. (2000b): Gender and Natural Disasters. InFocus Programme on Crisis Response and Reconstruction. Working Paper 1, Genova.
- Frauen für Frieden und Ökologie (Hg) (1996): Solidarität im Treibhaus. Internationales Frauenforum zum UN-Klimagipfel, 1.-2. April 1995. Dokumentation, Berlin.
- IPCC (2001): Climate Change 2001. Impacts, Adaptation and Vulnerability. Contributions of the Working Group III to the Third Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change, Cambridge.
- IPCC Secretariat (2003): Communication No. 9577-03/IPCC/AR4 vom 26. November 2003, Genf.

- Röhr, U. (2002): Gender and Energy in the North. Background Paper for the International Conference Gender Perspectives on Earth Summit 2002: Energy, Transport, Information for Decision Making. Ed: UNEP UK, German Ministry for Environment, Nature Protection and Nuclear Safety, Heinrich Böll Foundation, Berlin/London.
- Sargent, M. (1997): How the women stayed at home. United Nations third conference on climate change. Publiziert per E-Mail.
- Sekretariat der Klimarahmenkonvention (1999): Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderung, Bonn.
- Skutsch, M. (2004): CDM and LULUCF: What's in for Women? Unpublished Note for the Gender and Climate Change Network.
- Skutsch, M. (2002): Protocols, Treaties, and Action: The 'Climate Change Process' Viewed through Gender Spectacles. In: Oxfam Journal 2/2002: Gender and Development – Climate Change, S. 30-39.
- Skutsch, M./Wamukonya, N. (2001): Is there a Gender Angle to Climate Change Negotiations? Positionspapier.
- Toth, F.L. (ed.) (1999): Fair Weather? Equity Concerns in Climate Change, Earthscan Publications.
- Villagrassa, D. (2002): Kyoto Protocol Negotiations: Reflections on the Role of Women. In: Oxfam Journal 2/2002: Gender and Development – Climate Change, S. 40-44.
- WHO – World Health Organisation (2003): Climate Change and Human Health – Risks and Responses, Genf.
- WHO Europe – World Health Organisation Europe (2003): Methods of Assessing Human Health Vulnerability and Public Health Adaptation to Climate Change, Copenhagen.
- Wichterich, C. (1992): Die Erde bemuttern. Frauen und Ökologie nach dem Erdgipfel in Rio. Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung, Köln.

4 Gender Issues von Klimawahrnehmung und Klimawandel – mit einem Exkurs zur Debatte über die Partizipationsmöglichkeiten an Emissionshandelssystemen

Gudrun Seltsmann, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

4.1 Einleitung

Emissionshandelssysteme sind ein marktbasiertes klimapolitisches Instrument, mit dem ein effizientes Management des Klimaschutzes erreicht werden soll. Für eine Einschätzung dieses Instruments aus einer Genderperspektive stehen dabei vor allem zwei Aspekte im Mittelpunkt: Zum einen geht es um mögliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung von Emissionshandelssystemen. Zum anderen stellt sich die Frage, ob Emissionshandelssysteme unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer haben. Dabei gehen wir von der Annahme aus, dass die Wahrnehmung und Bewertung klimapolitischer Instrumente nicht losgelöst von den generellen Einstellungen zu Umwelt und Klimawandel einerseits und zu den möglichen Folgen des Klimawandels andererseits betrachtet werden kann. Daraus ergeben sich für diese Sondierung insgesamt vier Fragen:

- (1) Wie werden Klimaveränderungen von Männern und Frauen wahrgenommen und bewertet?
- (2) Wie wirken sich die Folgen des Klimawandels auf Männer und Frauen aus?
- (3) Gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede im Hinblick auf die Einstellungen zu Klimapolitik im Allgemeinen und zu marktbasierten Instrumenten im Besonderen und
- (4) wie wird die Einführung von Emissionshandelssystemen unter Partizipationsgesichtspunkten diskutiert?

Dazu wurde mit Hilfe des Internets die Literatur zum Thema sondiert und aufgearbeitet, sowie Gespräche mit Klima- und Energie-Expertinnen²¹ geführt. Außerdem wurde die Umweltbewusstseinsstudie 2002, die eine Reihe von Fragen zum Thema Klima beinhaltet, genderspezifisch ausgewertet.

²¹ Wir danken Ulrike Röhr von Life e.V. und Gotelind Alber vom Klima-Bündnis europäischer Städte für das Interview und viele hilfreiche Hinweise, die in diese Ergebnisdarstellung eingegangen sind.

Bei dieser Recherche wurde deutlich, dass klimapolitische Instrumente aus einer Genderperspektive bislang nur wenig untersucht worden sind. Dies gilt nicht nur für Emissionshandelssysteme, sondern für klimapolitische Instrumente generell. Der folgende Bericht beschränkt sich daher auf die Untersuchung der Einstellungen und Bewertung von Klimawandel und Klimapolitik (Teil 1), gestützt auf eine Sekundärauswertung der Umweltbewusstseinsstudie 2002 des Umweltbundesamts und den Ergebnissen des Eurobarometers 2002. Im zweiten Teil werden zentrale Erkenntnisse der Untersuchungen über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen des Klimawandels skizziert.

Abschließend wird im dritten Teil ein Exkurs über die Debatte zu Partizipationsmöglichkeiten an Emissionshandelssystemen dargestellt, da der Punkt der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in der frauenpolitischen Diskussion zentral ist.

4.2 Einstellungen zu Klimawandel und Klimapolitik

4.2.1 Deutsche Umweltbewusstseinsstudien

Im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und des Umweltbundesamts (UBA) wird seit 1991 anfänglich jährlich, seit 1996 im Zwei-Jahres-Turnus eine repräsentative Umfrage zum Umweltbewusstsein der Bevölkerung durchgeführt. Erstmals 1998 wurden diese Umfragen gruppenspezifisch differenziert, u.a. nach Geschlecht, Alter und Einkommen (Preisendörfer 1999). Autorinnen wie Weller und Schultz (1996) und Empacher et al. (2002) haben wiederholt auf die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung umweltbezogener Aspekte hingewiesen. Schultz und Weller (1996) kamen in ihrer Aufarbeitung der Debatte zum Umweltbewusstsein zu dem Schluss, dass Frauen ein höheres Umweltbewusstsein aufweisen als Männer, und Geschlecht somit eine relevante Kategorie innerhalb der Umweltbewusstseinsforschung darstellt. Preisendörfer kommt in seiner Auswertung der Umweltbewusstseinsstudien von 1991 bis 1998 zu dem Ergebnis, dass „im Fall des Geschlechts die Unterschiede deutlicher und konsistenter sind als bei allen in dieser Arbeit bisher überprüften soziodemographischen Merkmalen“ (1999, S. 140). Zur zwei Jahre später durchgeführten Umweltbewusstseinsumfrage „Umweltbewusstsein in Deutschland 2000“ (Kuckartz 2000) führte das Institut für sozial-ökologische Forschung im Auftrag des Umweltbundesamts eine geschlechtsspezifische Sekundäranalyse mit dem Titel „Analyse der Folgen des Geschlechtsrollenwandels für Umweltbewusstsein und Umweltverhalten“ durch. Dabei kommen die Autorinnen zu dem Ergebnis, „dass die Kategorie *Geschlecht* (Betonung im Original) beim Umweltbewusstsein und Umweltverhalten eine große Relevanz besitzt, mit entsprechenden Implikationen für Umweltkommunikation und -politik.“ (Empacher et al. 2002, S. 207)

Da die Studie von 2000 keine spezifischen Fragen zu Klima und Klimapolitik enthielt, blieb zunächst offen, ob dieser generelle Befund auch für diese Themen zutrifft. Um dieser Frage nachzugehen wurde die Umweltbewusstseinsstudie von 2002, die eine Reihe klimabezogener

Fragen enthält, vom Institut für sozial-ökologische Forschung geschlechtsspezifisch ausgewertet. Damit sollte überprüft werden, ob Männer und Frauen den Klimawandel unterschiedlich wahrnehmen und die Klimapolitik unterschiedlich bewerten.

Daten

Analysiert wurden die Daten aus der Umweltbewusstseinsstudie von 2002. In dieser Studie ist „Klima“ als ein Themengebiet neben anderen Gebieten aktueller Umweltpolitik aufgenommen. Ausgewertet wurden alle Fragen zum Thema Klima, Luftverschmutzung und Gesundheit. Insgesamt waren 2361 Männer und Frauen befragt worden. Dabei wurden 55 Fälle entnommen, die bei einer der von uns untersuchten Fragen keine Antwort gegeben hatten. Von der neuen Grundgesamtheit N=2306 waren 1098 Männer und 1208 Frauen.

Ergebnisse

Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass Frauen bei allen klimarelevanten Fragen tendenziell ‚umweltsensibler‘ antworten und bestätigen damit die Ergebnisse von Schultz/Weller, Preisendörfer und Empacher et al. Geschlecht spielt auch für den Bereich des Klimaschutzes eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Die Unterschiede zwischen den Antworten der Frauen und Männer sind jedoch nicht bei allen Fragen signifikant und im Folgenden sollen nur die Ergebnisse berichtet werden, die auf einem 5%-Niveau statistisch signifikant waren.²²

Frauen sind stärker als Männer der Meinung, dass es in den nächsten 20 bis 50 Jahren zu einer Erwärmung des Klimas²³ kommen wird. Für den Fall, dass der Klimawandel nicht mehr zu verhindern ist, bezweifeln 63,2% der Frauen im Vergleich zu 58,8% der Männer, dass Deutschland die aus dem Klimawandel resultierenden Probleme bewältigen kann.

Auch bei der Einschätzung, wie sich Umweltprobleme auf die Gesundheit auswirken, werden geschlechtsspezifische Unterschiede deutlich. Die Befragten sollten angeben, wie stark ihre Gesundheit derzeit durch Umweltprobleme²⁴ belastet ist. Anschließend wurden sie um eine Einschätzung gebeten, wie stark ihrer Meinung nach die Gesundheit der Kinder und Enkel-

²² Um zu untersuchen, ob Unterschiede in den Antworten von Männern und Frauen bestehen und ob diese Unterschiede zufällig oder signifikant sind, wurde jeweils ein chi²-Unabhängigkeitstest durchgeführt, der testet, ob die Antworten der beiden Gruppen statistisch unabhängig sind. Zur Kontrolle wurde Cramer's V berechnet, ein chi²-basiertes Zusammenhangsmaß, das sowohl die Anzahl der Messwerte als auch die Anzahl der Zeilen und Spalten berücksichtigt.

²³ „Am Anfang eines neuen Jahrtausends kann man ja einen Blick in die Zukunft wagen. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die folgenden Ereignisse im Zeitraum der nächsten 20 bis 50 Jahre eintreffen?“ (Erwärmung des Klimas)

²⁴ „Sagen Sie mir bitte, wie stark, glauben Sie, belasten Umweltprobleme derzeit Ihre Gesundheit?“

kinder in den nächsten 25 Jahren durch die Umweltprobleme²⁵ betroffen sein wird. Während nur 22,5% aller Befragten sich durch die Umweltprobleme stark oder sehr stark in ihrer Gesundheit belastet sahen, erwarteten 65,9%, dass dies bei der Gesundheit der Kinder und Enkelkinder stark oder sehr stark der Fall sein wird. Vergleicht man die Geschlechter, zeigt sich bei der Frage nach der eigenen Gesundheitsbelastung ein geringer Unterschied von 3,6 Prozentpunkten. Frauen fühlten sich mit 24,2% etwas stärker durch Umweltprobleme in ihrer Gesundheit belastet als Männer mit 20,7%. Der Unterschied verstärkt sich jedoch bei der Einschätzung für die kommenden Generationen. Hier waren 69,5% der Frauen im Vergleich zu 61,9% der Männer der Meinung, dass die Umweltprobleme einen starken oder sehr starken Effekt auf die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder haben werden. Interessant ist, dass in der subjektiv empfundenen Gesundheitsbelastung durch Umweltprobleme kaum Unterschiede bestehen, Frauen aber stärker davon ausgehen, dass die zukünftigen Generationen durch Umweltprobleme gesundheitlich beeinträchtigt sein werden. Auch bei der Wahrnehmung und Bewertung von Umweltrisiken zeigen sich deutliche Unterschiede. Frauen schätzen bestimmte Umweltrisiken wesentlich gefährlicher für sich selbst und ihre Familien ein als Männer dies tun. So äußerten 55,9% der Frauen im Vergleich zu 47,5% der Männer die Meinung, dass die von Auto und Industrie verursachte Luftverschmutzung²⁶ für sie selbst und ihre Familie sehr oder äußerst gefährlich ist. Auch die durch den Treibhauseffekt hervorgerufenen Klimaveränderungen wurden von 50,1% der Frauen und nur von 41,3% der Männer als äußerst oder sehr gefährlich eingestuft. Diese höhere Risikosensibilität der Frauen wird durch weitere Studien belegt (Finucane 2000, Böcker 2003).

Die Gründe für diese höhere Risikosensibilität wurden lange Zeit ausschließlich in der unterschiedlichen Sozialisation und Gesundheitsverantwortung von Frauen und Männern gesehen. Heute werden darüber hinaus als ein bedeutender Faktor für die Risikowahrnehmung auch die Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen und Kontrollmöglichkeiten über Risiken gesehen (genanet/LIFE e.V. 2003). Studien in den USA haben gezeigt, dass das Risikobewusstsein von weißen Frauen und schwarzen Männern etwa auf dem gleichen Level liegt, während schwarze Frauen die höchste, weiße Männer die mit Abstand geringste Risikosensibilität zeigen. „Perhaps white males see less risk in the world because they create, manage, control, and benefit from many of the major technologies and activities. Perhaps women and nonwhite men see the world as more dangerous because in many ways they are more vulnerable, because they benefit less from many of its technologies and institutions, and because they have less power and control over what happens in their communities and their lives.“ (Slovic 1997, S. 5)

Bei den Einstellungen zu Deutschlands Rolle in der Europäischen Klimapolitik zeigt sich, dass 62,9% Frauen im Vergleich zu 53,8% der Männer der Meinung sind, dass Deutschland in der Klimapolitik voran gehen und nicht auf eine gesamteuropäische Lösung warten sollte. Darüber hinaus zeigt sich, dass 27,8% der Männer, jedoch nur 22,2% der Frauen sehr oder eher zufrieden mit der Rolle Deutschlands bei den internationalen Klimakonferenzen sind.

²⁵ Und wie stark werden Ihrer Meinung nach Umweltprobleme die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder belasten – sagen wir, in den nächsten 25 Jahren?

²⁶ „Wie gefährlich ist die durch Autos und Industrie verursachte Luftverschmutzung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?“

Besonders interessant ist bei dieser Frage der hohe Anteil (14%) derer, die mit „Weiß nicht“ geantwortet haben. Kuckartz (2002) weist darauf hin, dass „der große Anteil dieser Kategorie und die zahlreichen Unentschlossenen (41% „weder noch“) darauf hindeuten, dass ein gewisses Informationsdefizit hinsichtlich der Rolle der Bundesregierung auf internationalen Klimakonferenzen besteht.“ Schaut man sich die geschlechtsspezifische Verteilung derer an, die mit „Weiß nicht“ geantwortet haben, sieht man, dass 16,4% der Frauen im Gegensatz zu 11,9% der Männer diese Antwort gegeben haben. Dies deutet darauf hin, dass mehr Frauen als Männer ihren Informationsstand über die Rolle der Bundesregierung bei internationalen Klimakonferenzen als ungenügend einschätzen.²⁷

4.2.2 Europäische Umweltbewusstseinsstudien: Ergebnisse aus dem Eurobarometer

Bedauerlicherweise gibt es keine europäische Umweltbewusstseinstudie, die systematisch nach Geschlecht auswertet. Das wäre besonders wünschenswert, weil es Aufschluss über interkulturell verallgemeinerbare Geschlechtsunterschiede bzw. über deren kulturelle Prägung geben würde. Es gibt jedoch den Eurobarometer, ein Erhebungsinstrument der Europäischen Union, um die Meinungen der Bevölkerung seiner Mitgliedsstaaten zu Fragen der Integration sowie zu aktuellen politischen Problemfeldern zu erheben und zu dokumentieren. Der Eurobarometer 58.0 (2002) untersucht die Einstellungen der Europäer gegenüber der Umwelt. Auch wenn diese Studie nicht systematisch nach Gender ausgewertet wurde und keinen Klimaschwerpunkt hat, sind einige Ergebnisse doch aufschlussreich für unsere Fragestellung. So weisen die deutschen Befragten eine stärkere Sensibilität für Naturkatastrophen auf, was nach Ansicht der Autoren auf die zurückliegenden Ereignisse, wie die „Jahrtausendflut“ der Elbe, zurückgeführt werden kann. Außerdem unterscheiden sie sich von den Befragten anderer europäischer Länder dadurch, dass sie sich besorgter über die Zerstörung der Ozonschicht und den Klimawandel äußern. Zu Geschlechterunterschieden berichten die Autoren des Eurobarometer lediglich, dass Frauen ohne Ausnahme risikosensibler sind und bestimmte Umweltgefahren als beunruhigender einstufen, wobei der Unterschied nur in drei Fällen mehr als 5 Prozentpunkte beträgt: Naturkatastrophen, Atomenergie und die Verwendung bestimmter Chemikalien. Außerdem fühlen sich auch hier Frauen weniger gut informiert. Dabei finden sich die größten Diskrepanzen bei Atomenergie und Abholzung.

²⁷

Auch bei der 2004 durchgeführten Befragung (Kuckartz 2004) zeigt sich bei der Einschätzung der deutschen Rolle bei den internationalen Klimakonferenzen ein ähnliches Bild. Insgesamt hat die Zufriedenheit mit der deutschen Klimapolitik leicht zugenommen. Allerdings sind wiederum mehr als die Hälfte der Befragten unentschieden oder antworten mit „weiß nicht“. Geschlechtsspezifische Unterschiede werden bei dieser Frage nicht berichtet.

4.3 Genderspezifische Auswirkungen des Klimawandels

In den vergangenen Jahren hat sich zunehmend die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Klimawandel negative Auswirkungen auf die Gesundheit haben kann. Eine Studie des WHO kam zu folgendem Ergebnis: „Overall, climate change is projected to increase threats to human health, particularly in lower income populations, predominantly within tropical/subtropical countries“ (WHO 2003, S. 10). Für uns ist von besonderem Interesse, ob und wie sich der Klimawandel unterschiedlich auf Männer und Frauen sowie andere soziale Gruppen auswirkt.

Unter dem Begriff des Klimawandels werden im Folgenden verschiedene Problembereiche wie Luftverschmutzung, extreme Temperaturen, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen zusammengefasst. Die Genderperspektive kann in diesem Fall nicht nur auf Unterschiede zwischen Männern und Frauen aufmerksam machen, sondern auch als „Eye-Opener“ für andere gefährdete Gruppen fungieren.

4.3.1 Das Konzept der Vulnerability

Aufgrund seiner globalen Dimension steht der Klimawandel seit einigen Jahren im Mittelpunkt der internationalen umweltpolitischen Diskussion. Dabei besteht jedoch die Gefahr, das Problem des Klimawandels allein in seinen globalen Auswirkungen und Veränderungen auf der Makroebene zu sehen und dabei die Mikroebene und die unterschiedlichen Auswirkungen auf Individuen und Regionen zu vernachlässigen. Klimawandel wirkt sich auf verschiedene Regionen und verschiedene Personen oder Personengruppen auf unterschiedliche Art und Weise aus. Erstens, weil Klimaveränderungen in bestimmten Regionen verstärkt auftreten und zweitens, weil innerhalb dieser Regionen verschiedenen sozialen Gruppen unterschiedliche Ressourcen zur Verfügung stehen, um auf den Klimawandel zu reagieren. Der in der internationalen Diskussion gängige englische Fachbegriff „Vulnerability“ beschreibt diese unterschiedliche Anfälligkeit von Regionen oder Gruppen, Schaden zu nehmen. Dieser Begriff kommt aus der Katastrophenforschung und wird heute auch für Auswirkungen des globalen Umwelt- und Klimawandels verwendet. Das österreichische „Advanced Institute on Vulnerability to Global Change“ definiert Vulnerability als Anfälligkeit von Personen, Regionen und Systemen durch multiple, zum Teil interagierende Belastungen Schaden zu nehmen.²⁸ Ziel ihrer Forschung ist es zu analysieren, welche Personen, Regionen und Systeme anfällig sind, wofür und wie sehr sie anfällig sind, was die Gründe für ihre Vulnerability sind und welche Maßnahmen diese Vulnerability verringern können.

²⁸ Das Advanced Institute on Vulnerability to Global Environmental Change ist ein einjähriges Forschungsprogramm, das von SysTem Analysis Research and Training (START) und dem International Institute on Vulnerability to Global Environmental Change (IIASA) ins Leben gerufen worden ist. Die oben angeführte Definition findet sich in ihrer Ausschreibung zu diesem Forschungsprogramm. http://www.pages.unibe.ch/news/pictures_info/P3_Announcement.pdf

In der Regel sind für die Vulnerability einer Gruppe sowohl physiologische als auch soziale Faktoren ausschlaggebend. Zu unterscheiden ist daher zwischen der physiologischen Konstitution, die bestimmte Personengruppen anfälliger für Krankheiten und Verletzungen macht, und der sozio-ökonomischen Situation, in der sich Personen befinden. Diese Situation bestimmt darüber, zu welchen sozialen und ökonomischen Ressourcen eine Person oder eine Gruppe Zugang hat und welche Ressourcen für die Bewältigung von Katastrophensituationen zur Verfügung stehen. Vulnerability ist jedoch kein Synonym für Armut oder soziale Klasse. Vielmehr wird die Fähigkeit, extreme Umweltbelastungen und Katastrophensituationen zu überstehen durch ein ganzes Bündel von Faktoren wie Alter, körperliche Beeinträchtigung, Staatsangehörigkeit, Rasse, Ethnizität und Geschlecht beeinflusst (Enarson 2000).

4.3.2 Geschlechtsspezifische Betroffenheit von Wirkungen des Klimawandels

In einem von der Europäischen Kommission in Auftrag gegebenen Gender Impact Assessment (ISOE 2003) kommen die AutorInnen in ihrem Überblicksbericht über den Stand der Forschung zu „Gender and Disaster Research“ zu dem Ergebnis, dass (Natur-)Katastrophen eindeutig geschlechtsspezifische Auswirkungen besitzen. Beispielsweise sind die Sterblichkeitsraten als Folge von Katastrophen bei Vulnerable Groups erhöht, Frauen und Mädchen sind häufiger von Verletzungen und Krankheiten betroffen als Männer. Außerdem steigen während und nach Katastrophen die Arbeitsbelastungen sowie die Verantwortung der Frauen. Es konnte auch beobachtet werden, dass es in Katastrophenkontexten zu einem Anstieg der Zahl sexueller Übergriffe und häuslicher Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen kommt. Männer dagegen sind eher gefährdet, sich durch heroisches Verhalten in Gefahr zu bringen oder werden durch maskuline Normen daran gehindert, um Hilfe zu bitten.

Naturkatastrophen wirken sich unterschiedlich auf Männer und Frauen, Jungen und Mädchen aus, weil die Gesellschaft ihnen unterschiedliche Rollen und Verantwortungen zuschreibt. Frauen sind für gewöhnlich in den niedrig entlohten und prekären Beschäftigungszweigen und der Schattenwirtschaft überrepräsentiert, was sie für Einkommensverluste im allgemeinen und in Krisensituationen im besonderen anfälliger macht. Darüber hinaus haben sie weniger Zugang zu Ressourcen, Informationen und Frühwarnsystemen (Krishnamurty 2001). Außerdem sind Frauen aufgrund von Erbrecht, Tradition und arrangierten Ehen häufig von Vätern, Ehemännern und Söhnen abhängig (Enarson 2000). Dieser Mix aus finanzieller Benachteiligung, fehlendem Zugang zu Ressourcen und Informationen, Abhängigkeit und Kontrollverlust machen Frauen zu einer besonders gefährdeten Gruppe. Diese verschiedenen Auswirkungen sind nicht auf alle Katastrophenkontexte übertragbar, sondern hängen stark von sozialen, kulturellen und politischen Faktoren ab.

In den Industrieländern hat die Verschlechterung der Umweltbedingungen für Frauen unter anderem zur Folge, dass die Verübung der alltäglichen Arbeiten zeitintensiver und belastender wird. Beispielsweise müssen Frauen mehr Zeit für die Versorgung und Betreuung der Kinder aufbringen, wenn diese wegen Sommersmog nicht draußen spielen können oder wenn

die Mütter wegen des hohen Verkehrsaufkommens die Kinder auf dem Weg zur Schule oder zu Freizeitaktivitäten begleiten müssen. Dies lässt sich schwer mit ihren eigenen Erwerbsarbeitsverpflichtungen vereinbaren. Kinder sind zudem besonders anfällig für durch Luftverschmutzung bedingte Krankheiten wie Allergien und Asthma. Frauen, die in den meisten Fällen für die Pflege von Familienmitgliedern verantwortlich sind, müssen mehr Zeit für solche Pflegeleistungen aufbringen (ISOE 2003, S. 60).

Bisher lag der Fokus der Katastrophenforschung stärker in den Ländern des Südens. Extreme Wetterlagen und Naturkatastrophen, wie Überschwemmungen und Waldbrände, die in den letzten Jahren auch in den Industrieländern vermehrt auftreten, weisen jedoch auf die Notwendigkeit einer eigenständigen Forschung für die Industrieländer hin. Diese Länder sind zudem durch spezifische Strukturen gekennzeichnet, die in die Forschung integriert werden müssen, z.B. eine alternde Bevölkerung, die bei solchen Katastrophen besonders gefährdet ist. Gerade unter den älteren Generationen ist ein Großteil Frauen, deren Gefährdung sich dadurch noch verstärkt (ISOE 2003).

4.3.3 Genderaspekte der Klimafolgen in Deutschland

Auswirkung von extremen Wetterlagen

In dem von der EU geförderten Projekt „Weather Impacts on Natural, Social and Economic Systems“ (WISE) untersuchte das Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) Auswirkungen extremer Witterungssituationen auf Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Untersuchung der Auswirkungen auf die Bevölkerung wurde 1998 in Norddeutschland eine Umfrage durchgeführt, um Erkenntnisse über die öffentliche Wahrnehmung besonders heißer und trockener Sommer sowie milder Winter und die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen zu gewinnen.

Die Befragten sollten bei der Frage „Welche Auswirkungen hatte dieser heiße Sommer auf folgende Bereiche ihres Lebens?“ für verschiedene Bereiche, wie persönliches Wohlbefinden, Freizeitaktivitäten, Gesundheit, Aktivitäten in Schule und Beruf, Luftqualität, Straßenverkehr und Hausarbeit, angeben, wie vorteilhaft oder nachteilig sie durch die erhöhten Temperaturen beeinflusst waren. Sowohl Männer als auch Frauen fanden, dass sich heißes Sommerwetter nachteilig auf die verschiedenen Bereiche des täglichen Lebens auswirkt, mit Ausnahme der Freizeitaktivitäten. Frauen empfanden das heiße Wetter jedoch in allen Bereichen belastender. Der Anteil der Befragten, der keinen Einfluss von heißem Wetter auf ihr tägliches Leben wahrnahm, ist bei Männern um 7,5% höher als bei Frauen. Außerdem zeigt sich bei Frauen, dass die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen in allen abgefragten Bereichen höher als bei Männern ist. Mehr Frauen wechseln zum Beispiel ihr Transportmittel und nutzen das Auto weniger und dafür das Fahrrad mehr. Die Untersuchung zusammenfassend kann man sagen, dass Frauen und Männer heiße und trockene Sommer signifikant unterschiedlich wahrnehmen. Die sich daraus ergebende Anpassung an das heiße Wetter unterscheidet sich zwar auch, die Unterschiede sind jedoch nicht so eindeutig wie bei der Wahrnehmung.

Aufschlussreich für gesellschaftliche Auswirkungen von Wetterlagen sind auch die Ergebnisse, die sich bei der Untersuchung von Extremtemperaturen auf die Gesundheit und Sterblichkeit ergaben. Dabei zeigten sich bei hohen Sommertemperaturen signifikante Zusammenhänge in den älteren Altersgruppen und bei allen Frauen. Daraus lässt sich schließen, dass Frauen und ältere Menschen in Bezug auf Sterblichkeit besonders gefährdet sind.

Auswirkungen von Überschwemmungen

Das PIK hat dreimal, zuletzt im August 2003, mehrere hundert Haushalte in den vom Hochwasser betroffenen Elbgebieten befragt und einige Antworten genderspezifisch ausgewertet. Dabei zeigte sich bei der Frage „Macht Ihnen der Gedanke an die Möglichkeit eines weiteren Hochwassers in Ihrer Region Angst?“ ein klarer Zusammenhang ($r=.30$) mit dem Geschlecht. Frauen äußerten signifikant mehr Angst als Männer. Eine Reihe anderer Fragen ergab schwache positive Zusammenhänge ($.10 < .20$). So empfanden Frauen das Hochwasser als etwas schlimmer und schätzten das Risiko des Eintreffens verschiedener Hochwasserschäden und der damit verbundenen Folgen für das eigene Wohlbefinden in den nächsten 5 Jahren sowie die Wirksamkeit und Kosten von Selbstschutzmaßnahmen als leicht höher ein.²⁹

4.4 Exkurs: Zur Debatte über die Partizipationsmöglichkeiten an Emissionshandelssystemen

Emissionshandelssysteme sind ein klimapolitisches Instrument zur Reduktion von Emissionen. Wie in den vorangegangenen Kapiteln gezeigt werden konnte, haben hohe Emissionen bzw. Luftverschmutzung sowie die damit einhergehenden Klimaveränderungen Auswirkungen auf die Menschen. Da es die Bürgerinnen und Bürger sind, die unter den Folgen der Emissionen leiden, wäre es wünschenswert, wenn diese auf die Gestaltung des Emissionshandelssystems sowie auf die Festlegung der Höchstwerte maßgeblich Einfluss nehmen könnten. In seiner bisherigen Form ist das Emissionshandelssystem jedoch ein Handelsforum zwischen Unternehmen, das wenig Einflussmöglichkeiten für Privatpersonen bietet. Es gibt jedoch Vorschläge, die eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger möglich machen. Diese sollen im Folgenden unter dem Gesichtspunkt der Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern, Laien und nicht-professionellen „Stakeholdern“ vorgestellt werden. Diese Vorschläge können insofern mit in die Genderanalyse aufgenommen werden, als sie mit einem erweiterten „Gender and Diversity“-Ansatz ebenfalls in den Blick kommen. Gender fungiert hier als „Eye-Opener“ für die Berücksichtigung sozialer Gruppen, die mit dem Privaten assoziiert sind: die Bürgerinnen und Bürger und deren Einflussmöglichkeiten auf das Emissionshandelssystem sowie Haushalte und die informelle Ökonomie.³⁰

²⁹ Persönliche Mitteilung von Thorsten Grothmann vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung, 2003.

³⁰ Wir diskutieren im Folgenden das Problem der Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung des Emissionshandelssystems losgelöst von seiner Problematisierung im Hinblick auf Nord-Süd-Gerechtigkeit und dem Problem der – mangelnden – Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen der Länder des Südens.

Die Idee der Partizipation von Bürgern an den Emissionshandelssystemen ist eng verknüpft mit der Frage nach der Art des Allokationsmechanismus. Es gibt zwei Allokationsmechanismen, die in der Literatur diskutiert werden. Einmal das „Grandfathering“, bei dem die Zertifikate basierend auf historischen Emissionen kostenlos an die Emittenten vergeben werden und einmal das „Auctioning“, bei dem die Zertifikate an die Emittenten versteigert werden. Beide Formen werden von Prof. Schneider und Prof. Ahlheim (2001) kritisch gesehen. Ihnen zufolge werden dabei die Präferenzen der Haushalte und deren Konsumentensouveränität ignoriert und insbesondere die Möglichkeit der Bürger, auf die Emissionshandelssysteme Einfluss zu nehmen, unterminiert. Darüber hinaus kritisieren Ahlheim und Schneider (2001), dass das Besitzrecht an der Natur in keinem der beiden Fälle den Bürgern zugesprochen wird, sondern im Fall des Grandfathering den Unternehmen, im Fall des Auctioning der Regierung. Deswegen schlagen sie ein alternatives Emissionshandelssystem vor, in dem das Besitzrecht auf die Natur den Bürgern zugesprochen wird. Das würde bedeuten, dass die Gesamtmenge der Emissionen festgelegt und dann auf alle Bürger verteilt wird. Diese können dann die Zertifikate verkaufen, im Austausch für Konsumgüter; sie können die Zertifikate aber auch zurückhalten und damit zu einer noch stärkeren Emissionsreduktion beitragen, falls ihnen die von der Regierung angestrebten Zielreduktionen nicht weit genug gehen.

In den USA gibt es ähnliche Ansätze, die ebenfalls das Besitzrecht an der Natur den Bürgern zusprechen. Ein Beispiel dafür ist die von Peter Barnes gegründete Initiative des US-Skytrust, die den Versuch darstellt, ein Emissionshandelssystem zu gestalten, welches das Besitzrecht an der Natur den Bürgern zuspricht und sie somit an den Gewinnen durch den Verkauf der Ressource Natur beteiligen möchte. Diese Initiative bezieht sich dabei auf Erfahrungen aus dem Alaska Permanent Fund, der in den 70iger Jahren gegründet wurde. Damals wurden das Besitzrecht an der Natur und somit auch die Bodenschätze den Bürgern Alaskas in Form von einer Aktie pro Person zugesprochen. Die Gewinne wurden in einem Treuhandfonds verwaltet und jährlich in Form von Dividenden an die „Aktionäre“ ausgeschüttet. Der US-Skytrust basiert auf demselben Prinzip, wobei der Treuhandfond sozusagen die Ressource „Himmel“ verwaltet und das Recht zur Verschmutzung des Himmels in Form von Zertifikaten verkauft. Jedes Jahr wird als erstes das Höchstmaß an Emissionen festgelegt und in Form von Zertifikaten an die Emittenten verkauft. Diese zahlen dazu in den Treuhandfond ein und am Ende des Jahres werden die Dividenden an die Aktionäre resp. die Bürger ausgezahlt. Der ökonomische Vorteil, der sich dadurch für die Bürger ergibt, soll die voraussichtlich durch den Emissionshandel entstehenden höheren Strompreise kompensieren.

Die beiden Vorschläge ähneln sich zwar in ihrer Ausgangsposition, dass das Besitzrecht an der Natur den Bürgern gehört, unterscheiden sich jedoch in ihren Implikationen. Bei Ahlheim und Schneider steht der Umweltschutz und die Konsumentensouveränität im Vordergrund; die Bürger können aktiv auf die Umweltpolitik einwirken und steuern, wer wie viel emittieren darf, und damit maßgeblich auf die Reduktion von Emissionen Einfluss nehmen. Bei Peter Barnes (2001), dem Gründer der Skytrust Initiative, steht auch der Umweltschutz im Vordergrund, insbesondere die Reduktion von Emissionen. Er sieht jedoch nicht vor, dass die Bürger auf das Emissionshandelssystem Einfluss nehmen können. Sein Hauptanliegen ist vielmehr, dass die Bürger von der Ressource Natur profitieren sollten. Die Idee hinter den beiden Ansätzen ist zwar ausgearbeitet, die praktische Umsetzung und die Kosten (z.B. enorme Transaktionskosten) bisher weitgehend unklar.

Eine kritische Einschätzung des US-Skytrust wurde von Bob Hinkley (2001) geäußert. Er argumentiert, dass die Luft mit einem Preis zu versehen nicht unweigerlich zu Respekt, sondern im Gegenteil zu einer Minderschätzung dieser Ressource führt. Rechte zur Verschmutzung der Luft kaufen zu können, werde nicht zu einer stärkeren Respektierung der Luft führen, sondern den Akt des Verschmutzens legitimieren. Daraus könne resultieren, dass jeder Anreiz für freiwillige Handlungen sozialer Verantwortlichkeit und Klimaschutz unterminiert werden und somit ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz wegfällt. (Dieser Kritikpunkt Hinkleys am US-Skytrust kann auch auf die Emissionshandelssysteme im Allgemeinen übertragen werden.)

Die Emissionshandelssysteme können sich auch über die Strompreise auf die Haushalte auswirken. Im Gegensatz zu einer Energie- oder Ökosteuer fallen die Preiserhöhungen hier nicht beim Endverbraucher an, sondern beim Anbieter. Von Seiten des Klima-Bündnisses wird befürchtet, dass die Anbieter den Großabnehmern vergünstigte Preise anbieten, während die Kleinabnehmer, also die Haushalte, den regulären Preis zahlen. Das würde bedeuten, dass die Haushalte den größeren Anteil der Preiserhöhung zahlen müssten. Außerdem würden dadurch diejenigen, die viel Energie verbrauchen, belohnt und diejenigen, die Energie sparen, bestraft. Die sozial Schwächeren und damit verstärkt Frauen, wären durch eine solche Preiserhöhung als Folge der Einführung eines Emissionshandelssystems finanziell härter getroffen.

4.5 Schlussbemerkung

Vor dem Hintergrund der hier präsentierten Argumente kann man sagen, dass nicht nur bedeutende Unterschiede in den Einstellungen von Männern und Frauen in Bezug auf Klimawandel und Klimapolitik bestehen, sondern dass der Klimawandel sich auch zum Teil unterschiedlich auf Frauen und Männer auswirkt. Die Ursachen dafür zu analysieren, bedürfte weiterer und vertiefender empirischer Untersuchungen. Eine äußerst wichtige Rolle scheinen dabei die Einflussmöglichkeiten auf Politik und Entscheidungsprozesse zu spielen. Je geringer die Einflussmöglichkeiten, desto höher das Risikoempfinden. Die Partizipationsmöglichkeiten von Frauen zu erhöhen, würde maßgeblich dazu beitragen, das Risikoempfinden zu verringern und darüber hinaus zu einer stärkeren Thematisierung von genderrelevanten Themen führen.

Für die Emissionshandelssysteme konnten in Bezug auf Gender keine so eindeutigen Ergebnisse gefunden werden. Dies dürfte zu einem Teil damit zusammenhängen, dass soziale Aspekte im Allgemeinen und Gender im Besonderen in der Forschung zum Thema bisher kaum untersucht worden sind und über mögliche Genderaspekte, die bei der Einführung von Emissionshandelssystemen in der Zukunft entstehen könnten, nur gemutmaßt werden kann. Vorstellbar sind zwei zentrale Auswirkungen, einmal erhöhte Strompreise und zum anderen mögliche Arbeitsplatzeffekte,³¹ in der Form, dass die neu entstehenden Berufe, wie z.B. Carbon-

³¹ Aus der 2001 vom BMU in Auftrag gegebenen Studie „Klimaschutz schafft Arbeitsplätze“ geht hervor, dass Klimaschutzmaßnahmen meist zu Arbeitsplatzgewinnen in männerdominierten Branchen, wie Baugewerbe und Maschinenbau, führen.

Broker, sich im technisch-wirtschaftlichen Bereich befinden, die traditionell stärker von Männern besetzt werden.

4.6 Abkürzungen und Literatur

Abkürzungen

BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
COP	Conference of the Parties
ECCP	European Climate Change Programme; http://europa.eu.int/comm/environment/climat/eccp.htm
EORG	The European Opinion Research Group
ESIG	Environmental and Societal Impact Group; http://www.esig.ucar.edu/
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change; www.ipcc.ch
ISDR	International Strategy for Disaster Reduction
ISOE	Institut für sozial-ökologische Forschung
PIK	Potsdam Institut für Klimafolgenforschung
UBA	Umweltbundesamt
UN DAW	Division for the Advancement of Women
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change; http://unfccc.int
WISE	Weather Impacts on Natural, Social and Economic Systems

Literatur

- Ahlheim, M./Schneider, F. (2002): Allowing for Household Preferences in Emission Trading – A Contribution to the Climate Policy Debate. *Environmental and Resource Economics* 21. Jg., 317-342
- Barnes, P. (2001): *Who owns the Sky? Our common Assets and the Future of Capitalism*. Washington
- BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hg.) (2001): *Arbeitsplätze und Klimaschutz*
- Böcker, A. (2003): Geschlechterdifferenzen in der Risikowahrnehmung bei Lebensmitteln genauer betrachtet: Erfahrung macht den Unterschied, In: *HuW Heft 2*: S. 65-75
- BUND, DNR, Forum Umwelt & Entwicklung et al. (2003): Antwort von Umwelt- und Entwicklungsverbänden auf den Brief der SPD-MdB Ulrich Kelber und Ulrike Mehl zu „Klimaschutz in Deutschland bis 2020“
- Danish Environmental Protection Agency (2003): *Denmark's Third Communication on Climate Change – Under the United Nations Framework Convention on Climate Change*
- Empacher, C./Hayn, D./Schubert, S./Schultz, I. (2002): Die Bedeutung des Geschlechtsrollenwandels. In: Umweltbundesamt (Hg.), *Nachhaltige Konsummuster: ein neues umweltpolitisches Handlungsfeld als Herausforderung für die Umweltkommunikation; mit einer Zielgruppenanalyse des Frankfurter Instituts für sozial-ökologische Forschung*, Kap. II, 182-214
- Enarson, E. (2000): *Gender and Natural Disasters*. InFocus Programme on Crisis Response and Reconstruction, Working Paper 1. Recovery and Reconstruction Department: Genf
- Eurobarometer 58.0 (2002): *The attitudes of Europeans towards the environment*. The European Opinion Research Group (EORG), Directorate-General Environment
- European Commission (2002): *EU Focus on Climate Change*. Belgien
- Finucane, M.L./Slovic, P. et al. (2000): Gender, Race, and Perceived Risk: The 'White Male' Effect. In: *Healthy Risk and Society*, Jg. 2, Heft 2: 159-172
- Genanet/LIFE e.V. (2003): *Kurzinformationen zu Gender und Nachhaltigkeit*, Nr. 9: Risikowahrnehmung und -bewertung. Frankfurt a.M./Berlin (www.genanet.de)

Hinkley, B. (2001): Who Owns the Sky? Our Common Assets and the Future of Capitalism. A Book Review. Hope Magazine. <http://www.hopemag.com/issues/fall01/bookWhoOwns.htm>

<http://europa.eu.int/comm/environment/climat/emission.htm>

<http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/l28109.htm>

ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung (Hg.) (2003): Research on Gender, the Environment and Sustainable Development. Studies on Gender Impact Assessment of the Programmes of the Fifth Framework Programme for Research, Technological Development and Demonstration. AutorInnen: Schultz, I./Hummel, D./Empacher, C./Kluge, T./Lux, A./Schramm, E./Schubert, S./Stieß, I./Hayn, D./Ladewig, J./Stiebig, K.. Brüssel: Official Publications of the European Commission

Krishnamurty, J. (2001): The ILO Response to Natural Disasters. Paper presented at the UN (DAW)(ISDR) Expert Group Meeting on „Environmental Management and the Mitigation of Natural Disasters: a Gender Perspective“. Türkei

Kuckartz, U. (2002): Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Im Auftrag des Umweltbundesamtes. Berlin

Kuckartz, U./Rheingans-Heintze, A. (2004): Umweltbewusstsein in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Im Auftrag des Umweltbundesamtes. Berlin <http://www.umweltstudie2004.de>

Nelson, V./Meadows, K./Cannon, T./Morton, J./Martin, A. (2002): Uncertain Predictions, Invisible Impacts, and the Need to Mainstream Gender in Climate Change Adaptations“. Gender and Development, 10. Jg., H. 2, 51-59

PIK – Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (2000): Weather Impacts on Natural, Social and Economic Systems. German Report. PIK-report Nr. 59

Preisendörfer, P. (1999): Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewusstsein in Deutschland 1991–1998“. Opladen: Leske und Budrich

Reuters Ltd. (1998): Smog Discriminates between the Sexes. U.S. Study about Effects of Air Pollutants on Girls and Boys

Sargent, M. (1997): NGO Attendance at International Conferences or Why did the Women Stay at Home? Manuscript

- Schultz, I./Weller, I. (1996): Nachhaltige Konsummuster und postmaterielle Lebensstile. Bestandsaufnahme der Ergebnisse der einschlägigen sozialwissenschaftlichen Forschung zu den Themenkreisen Umweltbewußtsein und -verhalten, Wertewandel, neue Lebensstile und neue Wohlstandsmodelle, einschließlich einer Identifizierung des weiteren Forschungsbedarfs resp. der entsprechenden Weiterentwicklungsmöglichkeiten der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung. Eine Vorstudie i. A. des Umweltbundesamtes. Frankfurt am Main
- Sijm, J.P.M. (2003): Interaction of the Emission Trading Directive with Climate Policy Instruments in the Netherlands – Policy Brief. Research funded by the European Commission under the project Interaction in EU Climate Policy (INTERACT)
- Slovic, P. (1997): Trust, Emotion, Sex, Politics, and Science: Surveying the Risk Assessment Battlefield. www.oregonstate.edu/dept/IIFET/2000/papers/slovic.pdf
- The Marrakesh Accords and the Marrakesh Declaration (2001): Report of the Conference of the Parties at its Seventh Session
- Wamukonya, N./Skutsch, M. (2002): Is there a Gender Angle to the Climate Change Negotiations? *Energy Environment*, 115–124
- WHO (2003) Climate Change and Human Health – Risks and Responses

5 Eine Methode zum Identifizieren von Gender Impacts in der sozial-ökologischen Forschung

Irmgard Schultz/Immanuel Stieß, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

5.1 Das Gender Impact Assessment

Das Gender Impact Assessment (GIA) wird im BMU als „Gleichstellungsprüfung“ übersetzt. Es dient der Überprüfung der Wirkungen von politischen Maßnahmen auf Frauen, auf Männer sowie auf die Geschlechterverhältnisse. Seine zentrale Funktion besteht darin, festzustellen, ob eine politische Maßnahme (wie bspw. ökonomische Instrumente, Rechtsetzungsvorhaben, politische Programme, Konzepte etc.) unterschiedliche Wirkungen auf Frauen und Männer hat und ob diese geschlechtsspezifischen Wirkungen vorhandene Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abbauen oder verfestigen. Somit zeigt es auf, wie negative Folgen im Vorhinein vermieden oder im Nachhinein abgebaut werden können.

Das Instrument wurde von Mieke Verloo und Conny Roggeband 1992 für die holländische Regierung entwickelt. Die beiden Wissenschaftlerinnen haben sich bei der Entwicklung des GIA an anderen Instrumenten der Folgenabschätzung, insbesondere an der Umweltverträglichkeitsprüfung (Environmental Impact Assessment), die international ein „Beispiel für ein gut etabliertes Politikinstrument“ (Verloo/Roggeband 1996, S. 4) darstellt, orientiert.³² Nach Verloo und Roggeband ist das Gender Impact Assessment „an instrument designed to analyze potential effects of new government policies on the gender relations“ (ebd., S. 3). Seither sind in Holland eine ganze Reihe politischer Maßnahmen einem GIA unterzogen worden, unter anderem in den Feldern Erziehung³³, Arbeit, soziale Sicherheit, chronische Krankheiten, Freizeit und Familienpolitik. Dabei wurde das GIA-Konzept als eine „ex ante-Evaluation“ angewendet, „which means that the impact on gender relations are assessed before the final decision on a given policy proposal is taken. The results of the GIA can then be used in the process of political decision-making. If necessary, policies can be changed“.

Grundsätzlich kann das Instrument des Gender Impact Assessment aber auch zur Evaluation einer politischen Maßnahme, die bereits durchgeführt wurde, angewendet werden. Ein solches GIA ist exemplarisch an sieben (Sub-)Programmen des 5. Europäischen Rahmenforschungsprogramms durchgeführt worden, von denen das ISOE das Sub-Programm „Umwelt und

³² Die Methode des Impact Assessment wird inzwischen auch in sozialen Politikbereichen angewendet, bspw. in Schweden als Health Impact Assessment (www.lf.se/hkb/engelskversion/enghkb.htm) sowie in Finnland als Health Technology Assessment (www.stakes.fi/finnohta/e/assessment.html).

³³ Eine Beschreibung dieser ersten Anwendung findet sich in Verloo/Roggeband 1996, S. 12ff.

nachhaltige Entwicklung“ evaluiert hat (siehe die Ergebnisse dieses GIAs in Schultz et al. 2001; die Ergebnisse der GIAs aller sieben (Sub-)Programme sind in Maxwell et al. 2002 enthalten).³⁴

Schließlich kann ein GIA auch während der Entwicklung einer Maßnahme und zu deren Verbesserung schon vor ihrer Verabschiedung (Maßnahmen begleitend) durchgeführt werden. In dieser Funktion soll das GIA bei allen Rechtsetzungsverfahren im BMU eingesetzt werden und ist exemplarisch am Beispiel des Umweltinformationsgesetzes (UIG), das aktuell an die europäische Rechtsprechung angepasst werden muss, angewendet worden.

Wichtig für eine Übertragung auf die im Projekt JET-SET anstehende Genderanalyse ist die Unterscheidung von drei Arbeitsschritten eines GIA: einer Vor- oder Relevanzprüfung, zweitens einem Analyseteil, in dem die Genderaspekte der Maßnahme im Einzelnen festgestellt und analysiert werden, und drittens einem Bewertungsteil.

Dieser Dreischritt wird insofern im Projekt JET-SET aufgenommen, als 1. eine Art Relevanzprüfung in Form der Aufnahme von Genderaspekten im Antrag stattgefunden hat, 2. die Identifizierung von für das Projekt relevanten Genderaspekten auf dem Gender-Workshop des Verbundprojekts stattfinden soll und 3. eine gemeinsame Bewertung der identifizierten und analysierten Genderaspekte für einen späteren Zeitpunkt verabredet werden muss. Dann sollte die Bedeutung der in die Basisprojekte integrierten und analysierten Genderaspekte für das Gesamtprojekt eingeschätzt werden, beispielsweise unter der Fragestellung: Was bedeuten die Ergebnisse der Genderanalyse für die Fragestellungen der Basisprojekte und was bedeuten sie für ein Verständnis von Emissionshandelssystemen als sozial-ökologische Transformation?

5.2 Zur Methode des Identifizierens von „Gender Issues“ in der sozial-ökologischen Forschung

Der Vorschlag für das methodische Vorgehen auf dem Gender-Workshop des Verbundprojekts baut auf den theoretischen Darlegungen des vom ISOE für die Europäische Kommission durchgeführten Gender Impact Assessments des Sub-Programms „Environment and Sustainable Development“ (5. Forschungsrahmenprogramm der EU) auf. Im Rahmen dieses Projekts wurden die sieben Forschungsschwerpunkte dieses Programms unter Gendergesichtspunkten evaluiert: (1) „Sustainable Management and Quality of Water“, (2) „Global Change, Climate and Biodiversity“, (3) „Sustainable Marine Ecosystems“, (4) „City of Tomorrow and Cultural Heritage“, (5) „Fight against Major Natural and Technological Hazards“, (6) „Development of Generic Earth Observation Technologies“, (7) „Socio-Economic Aspects of Environmental Change in the Perspective of Sustainable Development“.

³⁴ Ein ausführlicher State of the Art-Bericht zu den sieben Schwerpunkten des Umweltprogramms, von denen der Schwerpunkt 2 die Forschung zu: ‚Global Change, Climate and Biodiversity‘ versammelte, ist in ISOE 2003 publiziert.

Analog zum Forschungsgebiet „Emissionshandelssysteme“ mussten auch hier bezogen auf die sieben Forschungsfelder zuerst die jeweilig relevanten Genderaspekte (Gender Issues) identifiziert werden.

Dafür wurde über Internetrecherchen und ExpertInneninterviews jeweils der Stand der Genderforschung (was gibt es bisher an Genderliteratur und Genderansätzen z.B. bezogen auf die Wasserforschung, bezogen auf die Global Change-Forschung etc.) recherchiert und in einem Bericht zusammengetragen. Vorweg wurde übergreifend die „Gender & Environment-Forschung“ insgesamt überblicksmäßig in vier herausgearbeiteten Schwerpunkten dargestellt (wegen seines umfassenden Charakters wurde dieser Bericht von der EU-Kommission im Jahr 2003 veröffentlicht, siehe ISOE 2003).

Vor dem Hintergrund dieses Berichts und mithilfe einer Sichtung vorhandener Gender Impact Assessment-Konzepte wurden schließlich drei übergreifende Genderdimensionen identifiziert, die für alle umweltbezogenen Forschungsgebiete als relevant angesehen werden müssen:

1. die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (Frauen- und Männerarbeit in der bezahlten, der unbezahlten und der offiziellen wie inoffiziellen Ökonomie);
2. die gesellschaftliche Organisation von Intimität (Körper, Gesundheit und Reproduktion);
3. die Gestaltungsmacht in Wissenschaft, Technik und Politik.

Diese drei Genderdimensionen sind jeweils als ein Suchscheinwerfer für die Identifizierung eines großen genderrelevanten Komplexes vorzustellen, in denen dann in einer Art Fein-Tuning die darauf bezogenen Gender Issues aufgefunden werden können. Sie dienen als Suchscheinwerfer, indem sie eine Reihe generalisierende Fragen provozieren, anhand derer dann ins Konkrete gehend weitergefragt wird und damit die einzelnen „Issues“ identifiziert werden können.

5.3 Erste Genderdimension: die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung

„The gendered division of labour is a concept that refers to a complex of values, norms, rules and practices in the field of labour, where an asymmetrical distinction is produced between women and men, between paid and unpaid labour, between work inside and outside the home, and between male and female tasks and professions. An important substructure is the division of tasks between women and men in political organisations“ (Verloo/Roggeband 1996, S. 6). Dabei unterscheiden wir „Gender Issues“ der ersten Dimension, die sich auf die Produktion, d.h. auf die Stellung von Frauen und Männern in der Erwerbsarbeit (in der Branche, in der beruflichen Organisation) beziehen von „Gender Issues“ der ersten Dimension, die sich auf die Arbeit in der Reproduktion, d.h. auf die Strukturen der Versorgungs- und Gemeinwesenarbeit

beziehen und von „Gender Issues“, die sich auf die Wechselwirkungen und Beziehungen von Produktion und Reproduktion beziehen.

Mit diesem Verständnis von geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung ergeben sich folgende Fragen im Hinblick auf Gender Issues der Emissionshandelssysteme:³⁵

Gender Issues hinsichtlich der Erwerbsarbeit

1. Haben Emissionshandelssysteme Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung?
2. Haben sie Auswirkungen auf das Verhältnis von Männerarbeitsplätzen und Frauenarbeitsplätzen?
3. Haben sie Auswirkungen auf die Positionen von Frauen und Männern in der Arbeitshierarchie?
4. Haben sie Auswirkungen auf die Karrierechancen von Frauen/von Männern?
5. Haben sie Auswirkungen auf die Berufsausbildung von Frauen/von Männern?
6. Haben sie Auswirkungen auf den illegalen Arbeitsmarkt?

Gender Issues hinsichtlich der Versorgungsarbeit (Hausarbeit) und der Haushaltsorganisation:

7. Haben Emissionshandelssysteme Auswirkungen auf die Versorgungsarbeit? Erschweren sie/erleichtern sie die unbezahlten Versorgungsarbeiten? Führen sie beispielsweise zu neuen Informationsaufgaben im Haushalt?
8. Haben sie Auswirkungen auf die Haushaltsorganisation insgesamt? Erschweren sie beispielsweise die Haushaltsorganisation durch neue/größere Kosten?
9. Führen sie zu Änderungen in der Haushaltsorganisation? Beispielsweise durch Wirkungen auf Energiespar- und Klimaschutzmaßnahmen?

³⁵ Der Fragenkatalog umfasst potentielle Gender Issues von Emissionshandelssystemen unabhängig von ihrem räumlichen Geltungsbereich und ihrer konkreten institutionellen und rechtlichen Ausgestaltung. Die Bearbeitung der Fragen im Rahmen des Verbundprojekts JET-SET erfolgt am Beispiel des EU-EHS.

Gender Issues hinsichtlich der „Work-Life-Balance“:

10. Haben Emissionshandelssysteme Auswirkungen auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben?
11. Sind die neuen Berufe des Carbon Brokers beispielsweise extrem flexibilisiert, durch lange Arbeitszeiten gekennzeichnet, durch ungesicherte Arbeitsverhältnisse zu beschreiben?
12. Sind die neuen Berufe, die mit dem Emissionshandelssystemen entstehen, mit Kinderversorgung und Kindern zu vereinbaren?

5.4 Zweite Genderdimension: die gesellschaftliche Organisation der Privatbeziehungen, der Reproduktion (Prokreation), der Gesundheit und der Körperbelange

„Organisation of Intimacy“ meint die gesellschaftliche Organisation von Sexualität, Prokreation und persönlichen Beziehungen hinsichtlich von Männlichkeit oder Weiblichkeit. „As a concept, this referred to norms and institutions around sexuality, extending to the social organisation of personal relationships, procreation, and motherhood: a much broader field than sexuality alone.“ (Verloo/Roggeband 1996, S. 6) Die gesellschaftliche Organisation der Privatbeziehungen sollte den Frauen ein Leben in Selbstbestimmung erlauben und Frauenrechte nicht verletzen.

Dabei unterscheiden wir „Gender Issues“, die sich auf Frauengesundheit/Männergesundheit/Gesundheit von Diversity-Gruppen beziehen von solchen, die sich auf „Vulnerability“ und „Vulnerable Groups“ oder auf die Wahrnehmung oder das Management von Risiken beziehen.

Mit diesem Verständnis der gesellschaftlichen Organisation der Privatbeziehungen, der Reproduktion und der Körperbelange könnten im Hinblick auf Emissionshandelssysteme folgende Gender Issues relevant sein:

Gender Issues hinsichtlich der Frauengesundheit und der Männergesundheit (der Gesundheit von Kindern, Alten etc.):

13. Haben Emissionshandelssysteme unmittelbare Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen/von Männern, von Diversity-Gruppen?
14. Haben sie mittelbar Auswirkungen auf die Gesundheit von Frauen/von Männern/von Diversity-Gruppen?

15. Haben sie unmittelbare/eine mittelbare Wirkung auf die reproduktive Gesundheit von Frauen, von Männern und von Diversity-Gruppen?
16. Spielt die unterschiedliche gesundheitliche Anfälligkeit von Frauen, Diversity-Gruppen und Männern hinsichtlich von Wirkungen der Klimaveränderung bei den Emissionshandelssystemen eine Rolle?

Genderaspekte hinsichtlich der Vulnerability von Frauen, Männern, Diversity-Gruppen:

17. Spielt die Vulnerability von Frauen, Kindern und anderen Diversity-Gruppen bei den Emissionshandelssystemen eine Rolle? Sollte sie berücksichtigt werden?

Genderaspekte hinsichtlich der Risikowahrnehmung:

18. Berücksichtigen Emissionshandelssysteme die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Risikowahrnehmung von Frauen und Männern?
19. Spielt die unterschiedliche Risikowahrnehmung bei den EHS eine Rolle (sollte sie eine Rolle spielen)?

5.5 Dritte Genderdimension: Gestaltungsmacht von Frauen und Männern in Wissenschaft, Technik und Politik

„It addresses the problem of unequal gender-relations and male dominance within science, within technical design and politics.“ (...) „Shaping power means the power to create and shape knowledge, new technologies and environmental strategies by reflecting the power of women – and men – to create and shape every day life. This perspective ist problem-orientied with respect to both: to the women’s lack of power and to ecological problems“. (Schultz et al. 2001, S. 10)

Dabei unterscheiden wir in der dritten Genderdimension:

20. „Gender Issues“ im Hinblick auf die Gestaltungsmacht, die Geschlechterzusammensetzung und geschlechtsspezifische Partizipation in den (wissenschaftlichen) Gremien, die an der (Fort-)Entwicklung der Emissionshandelssysteme beteiligt sind oder waren;
21. „Gender Issues“ im Hinblick auf die geschlechtsspezifische Gestaltungsmacht in Gremien und öffentlichen Institutionen, die EHS umsetzen (technische Durchführung);

22. und „Gender Issues“, die sich auf die Gestaltungsmacht, das heißt auf Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten und die Geschlechterpartizipation bei der politischen Weiterentwicklung der Emissionshandelssysteme beziehen.

Mit diesem Verständnis von der Gestaltungsmacht von Frauen und Männern in Wissenschaft, Technik und Politik ergeben sich folgende Fragen im Hinblick auf Gender Issues der Emissionshandelssysteme:

Genderaspekte hinsichtlich der Geschlechterpartizipation in der wissenschaftlichen Begleitung von Emissionshandelssystemen (Gutachtergremien z.B.):

23. Wie sieht die Geschlechterzusammensetzung (Gender Composition) in den wissenschaftlichen Gremien, die Emissionshandelssysteme begründen, begutachten etc. aus? Spielt die Gender Composition für die ausgearbeiteten Empfehlungen eine Rolle?

Genderaspekte hinsichtlich der Geschlechterpartizipation in der technischen Durchführung von EHS:

24. Wie sieht die Geschlechterzusammensetzung (Gender Composition) in den Gremien der technischen Erfassung der Emissionswerte und der unternehmensbezogenen Grenzfestlegungen aus? Spielt die Gender Composition (z.B. der zuständigen UBA-Abteilung) für die Ergebnisse dieser Arbeiten eine Rolle?

Genderaspekte hinsichtlich der Geschlechterpartizipation in der politischen Durchführung von Emissionshandelssystemen:

25. Wie sieht die Geschlechterzusammensetzung (Gender Composition) in den politischen Institutionen und Gremien aus, die Emissionshandelssysteme beschlossen haben/die letztlich den Allokationsplan verabschieden? Spielt die Gender Composition für die Ergebnisse dieser Arbeiten eine Rolle?
26. Wie werden Bürgerinnen und Bürger an den Emissionshandelssystemen beteiligt? Sind die Auswirkungen geschlechtsspezifisch unterschiedlich (z.B. hinsichtlich von Akzeptanz, Risikowahrnehmung aufgrund mangelnder Partizipationschancen etc.)? Welche Bedeutung hat dies für Emissionshandelssysteme?

5.6 Forschungsfragen für die erste Phase des Verbundvorhabens JET-SET

Nach einer Präsentation der in den Recherchen gewonnenen Erkenntnisse zum Thema „Klimapolitik und Gender“ wurde der Fragenkatalog auf einem Workshop des Verbundprojekts JET-SET zum Thema „Gender Impacts von Emissionshandelssystemen“ am 10.02.2004 vorgestellt und gemeinsam überprüft. Ausgehend von den unterschiedlichen Fragestellungen und disziplinären Ausrichtungen der einzelnen Teilprojekte wurden Fragen identifiziert, die in den Teilprojekten bearbeitet werden können. Die Auswahl der Fragen und die Zuordnung zu den einzelnen Teilprojekten wurden protokolliert. Die Ergebnisse der Untersuchungen werden in einem zweiten Gender-Workshop Mitte 2005 präsentiert und im Projektverbund bewertet.

Aus Sicht des Gesamtprojekts wurden fünf Themenschwerpunkte herausgearbeitet, die für die Fragestellung des Verbundprojekts von Bedeutung sind. Aufgrund des technischen Charakters des Instruments zeichnen sich dabei vor allem mittelbare Wirkungen auf die Geschlechterverhältnisse ab:

Der erste Themenkomplex betrifft mögliche Arbeitsplatzeffekte in den von den Auswirkungen des Emissionshandels betroffenen Branchen. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob es in „Gewinner-“, und „Verlierer“-Branchen zu Arbeitsplatzeffekten kommt, von denen Männer und Frauen in unterschiedlicher Weise betroffen sind. Ebenfalls berücksichtigt werden sollen die neuen mit dem Emissionshandel verbundenen Tätigkeiten in Behörden, Handel, Überwachung, Consulting vor allem im Hinblick auf Flexibilitätsanforderungen und ihre Auswirkungen auf die „Work-Life-Balance“.

Ein zweiter Themenkomplex sind zusätzliche Kostenbelastungen, die sich aus möglicherweise steigenden Strompreisen ergeben. Hier stellt sich die Frage nach den Auswirkungen auf unterschiedliche Haushaltstypen, von denen Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise betroffen sein könnten.

Ein dritter Themenkomplex sind Fragen zu den tatsächlichen Wirkungen des Emissionshandels hinsichtlich der Reduktion von Treibhausgasen/des Klimawandels und damit vermittelt hinsichtlich möglicher geschlechtsspezifischer Wirkungen auf die Gesundheit von Frauen und Männern und auf „Vulnerable Groups“.

Viertens stellt sich die Frage, welcher Aufwand sich z.B. durch erhöhte Informationsanforderungen für die Haushalte ergibt. Dies ist aufgrund der Beschränkung des EU-Emissionshandels auf gewerbliche Akteure bislang nur wenig relevant, könnte jedoch bei einer Ausweitung des Emissionshandels auf weitere Sektoren, wie Haushalte oder Verkehr, möglicherweise eine Rolle spielen. Zu berücksichtigen wäre dabei insbesondere, ob es zu zusätzlichen Anforderungen im Bereich der Haus- und Versorgungsarbeit kommt, von denen Frauen besonders betroffen sind.

Fünftens wurde die öffentliche Akzeptanz von Emissionshandelssystemen und die Bewertung dieses Instruments aus Gendersicht als ein interessanter Fragenkomplex festgehalten, wobei

jedoch kritisch angemerkt wurde, dass eine Bearbeitung dieser Fragen ohne empirische Erueirung schwer fallen wird. Analogiebildungen anhand von anderen politischen Instrumenten, zu denen Bewertungen aus Gendersicht (wie beispielsweise der Ökosteuer) vorliegen, können nicht vorgenommen werden, da diesbezügliche Studien nicht bekannt waren.

Vor diesem Hintergrund sind für die einzelnen Teilprojekte die folgenden Forschungsfragestellungen identifiziert worden:

Teilprojekt Institutionen (Basisprojekt 1)

Im Teilprojekt „Institutionen“ sollen die Geschlechterzusammensetzung und der geschlechtsspezifische Zugang zu Entscheidungspositionen in den wissenschaftlichen Gremien, die den Emissionshandel begutachten und den Gremien zur technischen Abwicklung des Emissionshandels untersucht werden. Dies gilt ebenfalls für die Geschlechterzusammensetzung und den Zugang zu Entscheidungspositionen in den politischen Institutionen und Gremien (z.B. die, die mit dem nationalen Allokationsplan befasst sind). Dabei ist einschränkend jedoch die Datenverfügbarkeit eine Voraussetzung für diese Untersuchungen.

Teilprojekt Risiko und Marktmacht (Basisprojekt 2)

Das Teilprojekt untersucht das Verhalten von Unternehmen am Markt. Im Rahmen der Fragen und der zugrunde gelegten theoretischen Ansätze kann keine der identifizierten Genderaspekte bearbeitet werden.

Teilprojekt Sozialer Diskurs und soziale Wahrnehmung (Basisprojekt 3)

Für die in diesem Teilprojekt bearbeitete Fragestellung haben mögliche geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Wahrnehmung und Bewertung von klimapolitischen Instrumenten eine Relevanz. Von eher hypothetischer Bedeutung ist die Frage, ob bei der Öffentlichkeitsbeteiligung Frauen und Männer in unterschiedlicher Weise berücksichtigt wurden.

Teilprojekt Landnutzung und Energiepflanzen (Basisprojekt 4)

Mögliche geschlechtsspezifische Arbeitsplatzeffekte können sich dadurch ergeben, dass in landwirtschaftlichen Betrieben je nach Größe in unterschiedlichem Maße Frauen beschäftigt sind. Verändert sich die Relation der Betriebsgröße durch Energiepflanzenanbau, könnte dies unterschiedliche Auswirkungen auf die Beschäftigung von Frauen und Männern haben. Daher soll geprüft werden, ob eine solche Beziehung besteht und gegebenenfalls bei der Erstellung von Landnutzungsszenarien berücksichtigt werden.

Teilprojekt Makroökonomische Auswirkungen (Ergänzungsprojekt 6)

In diesem Teilprojekt sollen die (potentiellen) Beschäftigungswirkungen in den durch den Emissionshandel betroffenen Branchen untersucht werden. So weit dies aufgrund der Daten-

lage zu diesem Zeitpunkt überhaupt möglich ist, sollen im Rahmen der verfügbaren Ressourcen die Auswirkungen von Emissionshandelssystemen auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung untersucht werden. Dies betrifft zum einen das Verhältnis der beschäftigten Frauen und Männer in den betroffenen Branchen sowie den Zugang zu leitenden Positionen.

Bei der Untersuchung von Verteilungswirkungen von Energiepreisen sollen, so weit dies auf Basis von Datenlage und Methodik möglich ist, die Auswirkungen auf unterschiedliche Haushaltstypen und mögliche geschlechtsspezifische Auswirkungen berücksichtigt werden.

Querschnittsprojekt 1:

Mögliche Ergebnisse aus den Basisprojekten sollten auch bei der Erstellung von Szenarien berücksichtigt werden. Dies betrifft zum einen mögliche geschlechtsspezifische Arbeitsplatzeffekte, die Verteilungswirkung von steigenden Energiepreisen sowie die Auswirkungen auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung im Haushalt.

5.7 Literatur

- Becker, E./Jahn, T. (2003): Umrisse einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Böhme, G./Manzei, A. (Hg.): Kritische Theorie der Technik und der Natur, München, S. 91-112.
- Hayn, D./Schultz, I. (2002): Gender Impact Assessment im Bereich Strahlenschutz und Umwelt. Abschlussbericht. Im Auftrag des BMU, Frankfurt am Main.
- ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung (Hg.) (2003): Research on Gender, the Environment and Sustainable Development. Studies on Gender Impact Assessment of the Programmes of the Fifth Framework Programme for Research, Technological Development and Demonstration. AutorInnen: Schultz, Irmgard/ Diana Hummel/Claudia Empacher/Thomas Kluge/Alexandra Lux/Engelbert Schramm/Stephanie Schubert/Immanuel Stieß/Doris Hayn/Johannes Ladewig/Karim Stiebig, Brüssel.
- Kontos, S./Walser, K. (1979): „weil nur zählt was Geld einbringt“. Probleme der Hausfrauenarbeit, Gelnhausen.
- Maxwell, L./Slavin, K./Young, K. (2002): Gender & Research. Conference Proceedings, Brussels, 88-9 November 2001, Brussels.
- Schultz, I. (2001): Umwelt- und Geschlechterforschung: eine notwendige Übersetzungsarbeit. In: Nebelung, A./Pöferl, A./Schultz, I. (Hg.): Geschlechterverhältnisse – Naturverhältnisse. Feministische Auseinandersetzungen und Perspektiven der Umweltsoziologie, Opladen, S. 25–51.
- Schultz, I./Hummel, D./Hayn, D./Empacher, C. (2001): Gender Impact Assessment of the Specific Programmes of the Fifth Framework Programme: Environment and Sustainable Development. Executive Summary, Brussels.
- Verloo, M./Roggeband, M. (1996): Gender Impact Assessment: The development of a new Instrument in the Netherlands. In: Impact Assessment, Vol. 14, No. 1, S. 3-21.

6 Ausblick

Irmgard Schultz/Immanuel Stieß, Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)

Die Ergebnisse der Sondierung und die Heuristik zur Identifizierung von Gender Issues liefern Hinweise darauf, dass klimapolitische Instrumente genderspezifische Wirkungen besitzen können. Es ist daher zu überprüfen, welche Auswirkungen der Emissionshandel als klimapolitisches Instrument in den EU-Staaten auf Männer und Frauen und das Verhältnis zwischen den Geschlechtern hat. Energieindustrie und -politik sind bislang ein weitgehend von Männern dominierter Bereich, in dem Frauen nur in geringem Maß Zugang zu Entscheidungspositionen haben. Daher ist besonders darauf zu achten, ob der Emissionshandel dazu beitragen kann, den Zugang von Frauen zu Arbeitsplätzen und Entscheidungspositionen in diesem Bereich zu verbessern. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich außerdem auf die möglichen Verteilungseffekte steigender Energiekosten für unterschiedliche Haushaltstypen, von denen allein lebende oder allein erziehende Frauen mit geringem Einkommen überproportional betroffen sein könnten.

Wie die Auswirkungen des Emissionshandels auf die Geschlechterverhältnisse im Einzelnen zu bewerten sind, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht abschließend beurteilt werden, da noch keine Erkenntnisse über die konkreten Genderwirkungen von Emissionshandelsystemen vorliegen. Bei Abschluss der Sondierung im ersten Halbjahr 2004 befindet sich der EU-Emissionshandel erst in der Implementierungsphase. Belastbare Daten über Preis- und Beschäftigungswirkungen liegen daher noch nicht vor. Angesichts dieser Datenlage sollten keine unrealistischen Erwartungen an die Bearbeitung der Genderfragen in den einzelnen Teilprojekten von JET-SET gerichtet werden. So würden bereits Trendaussagen über mögliche Genderwirkungen in einzelnen Branchen und Sektoren sowie eine grobe Abschätzung möglicher Verteilungseffekte auf Haushalte, die erste Anhaltspunkte für eine Einschätzung der konkreten Genderwirkungen liefern, einen deutlichen Erkenntnisgewinn darstellen.

Darüber hinaus lassen sich im Zusammenhang mit dem EU-Emissionshandel aus einer Genderperspektive weitere Forschungsfragen formulieren. Dies betrifft zum einen den Entstehungsprozess der Emissionshandelsrichtlinie auf EU-Ebene. Aus NGO-Perspektive fand dieser Prozess weitgehend im Windschatten der Klimaverhandlungen auf der internationalen Ebene (Kyoto-Prozess) statt. Die unterschiedlichen Einschätzungen von Villagrassa und Sargent zum Beitrag der beteiligten Frauen und dem Stellenwert von Gender Issues bei den internationalen Klimaverhandlungen zeigen, dass in dieser Frage weiterer Forschungsbedarf besteht. Dabei könnte auch der Hypothese nachgegangen werden, dass der eher technische Charakter des Themas Frauen eher abschreckt. Darüber hinaus wurde bislang noch kaum untersucht, in welcher Weise Genderaspekte auf einer politisch-administrativen Ebene in der EU eine Rolle gespielt haben.

Auf einer nationalen Ebene stellt sich in Deutschland darüber hinaus die Frage nach den Wirkungen des Emissionshandels auf andere Sektoren wie Haushalte oder Verkehr. Dies betrifft die Genderwirkungen einer potentiellen Ausweitung des Emissionshandels auf diese Sektoren. Zu berücksichtigen sind zudem die indirekten Wirkungen des Emissionshandels auf diese Sektoren, die bereits heute absehbar sind: Der Kompromiss über die Gesamtemissionsmenge für die Industrie macht in den anderen Sektoren verstärkte Reduktionsbemühungen erforderlich, um die auf einer nationalen Ebene verbindlich festgelegten Reduktionsziele zu erreichen.

Darüber hinaus verweist die Sondierung auf ein generelles Forschungsdefizit. Bislang konzentrierten sich Genderanalysen im Bereich der Klimapolitik vorwiegend auf Prozesse und Auswirkungen in den Ländern des Südens. Sowohl die Wirkungen als auch die Wahrnehmung und Bewertung klimapolitischer Instrumente in den Industrieländern sind bislang aus einer Genderperspektive nur unzureichend untersucht worden. Andererseits konnte bereits durch die Sondierung gezeigt werden, dass Frauen und Männer den Klimawandel und die damit verbundenen Risiken unterschiedlich wahrnehmen und bewerten. Offen bleibt, welche Folgerungen sich daraus beispielsweise für die Einschätzung klimapolitischer Instrumente unter Gendersichtspunkten ergeben. Angesichts der sich abzeichnenden Verlagerung hin zu marktbasierten Instrumenten in der Klimapolitik stellt sich die Frage, wie diese Instrumente aus Gendersicht bewertet werden, mit besonderer Dringlichkeit. Der hohe Anteil an Unentschiedenen bei der Bewertung der deutschen Rolle bei den internationalen Klimaverhandlungen weist auf erhebliche Vermittlungsprobleme der Klimaschutzpolitik hin. Hier ist näher zu untersuchen, in welchem Ausmaß diese Unentschiedenheit auf einem grundsätzlichen Desinteresse, Informationsdefiziten oder einer skeptischen Haltung der Bevölkerung gerade im Hinblick auf marktbasierte Instrumente des Klimaschutzes beruht. Für eine effizientere Energiepolitik wäre darüber hinaus zu untersuchen, ob es klimapolitische Strategien gibt, die von Frauen besonders favorisiert werden. Lässt sich etwa eine Präferenz von Frauen für Energievermeidungsstrategien oder für Erneuerbare Energien auf empirischer Ebene nachweisen?

Schließlich gewinnt die auf einer internationalen Ebene formulierte Frage der Partizipation von Frauen an energiepolitischen Entscheidungen auch auf einer nationalen Ebene an Dringlichkeit. Welche Partizipationsverfahren wären geeignet, eine stärkere Mitwirkung von Frauen zu ermöglichen?

Vor dem Hintergrund einer geographischen Erweiterung des EU-Emissionshandelssystems gewinnen Aspekte der Gender-Partizipation zusätzlich an Bedeutung. Dies gilt insbesondere für das Szenario einer möglichen Erweiterung des EU-Emissionshandelssystems durch eine intensivere Einbeziehung projektbasierter Mechanismen, wie Clean Development Mechanism (CDM) oder Joint Implementation (JI). Im Unterschied zum Emissionshandel erfolgt die Genehmigung im Rahmen projektbasierter Mechanismen in stärkerem Maße einzelfallbezogen. Die vorgesehene Wirkungsabschätzung bezieht – zumindest bei größeren Vorhaben – neben ökologischen Aspekten auch soziale und ökonomische Auswirkungen mit ein. Im Hinblick auf die bei der Genehmigung vorgesehene Partizipation stellt sich daher die Frage, wie die bestehende Praxis im Hinblick auf die Kriterien der Gender-Partizipation und der Gender-Equity zu bewerten ist. Im Hinblick auf eine Wirkungsanalyse ist zudem zu prüfen, welche genderspezifischen Auswirkungen mit diesen Vorhaben möglicherweise verbunden sind.

7 Summary

The introduction of a European Emission Trade System (EETS) causes far-reaching processes of socio-ecological transformation covering the institutional settings of climate policy, the market behaviour of enterprises in the energy market as well as public discourse about climate policy and land use patterns. A comprehensive assessment of potential economical, ecological, social and gender effects of the EETS can only be carried out within a conceptual framework drawing on different disciplinary angles and methodologies.

The discussion paper focuses on the assessment of potential gender impacts of the EETS. The first part introduces a general conceptual framework for the gender analysis of the EETS. It draws on an approach, which was developed within the field of social-ecological research to assess gender impacts of political instruments and programs in various fields of action. It highlights the gendered division of labour, the gendered organization of intimacy and the gendered distribution of power to create and shape knowledge, new technologies and environmental policies as main axis for investigation.

The second part takes a closer look at climate policy and gender and investigates the gender relations in international climate negotiations. On the one hand, womens-NGOs attended the whole COP process and tried to influence the course of negotiations. On the other hand, climate change has long been considered to be a “gender-neutral” issue. The result is a paradox situation where individual women have played a prominent role in international climate negotiations, while gender issues are hardly recognized.

The third part reports findings from a survey on research on gender impacts and the EETS, also taking into account the role of gender differences in the perception and evaluation of climate change and policy instruments. Climate change and gender have long been considered to be mainly a topic for countries from the South, while only few studies investigate these gender issues from a Northern perspective.

Finally, in part four the gender impact assessment approach is applied to the assessment of the EETS. Starting from the gender impact approach, a broad array of potential EETS-related gender issues was derived and presented to the collaborators of the JET-SET project on a workshop in February 2004. A general appraisal resulted in a list of selected research topics, which will be investigated within the different modules of the JET-SET project.